Free21
Credible news mounted on paper

# Magazin

Nr. 1, 11. Jg., Februar 2024

Im Netz: www.free21.org

# BEWUSSTLOS

... und kriegsversehrt in the Zukunft

ab Seite 4

1

## Die **Gräueltaten** im Gazastreifen

2

Die Zerstörungswut Israels im Gazastreifen und die Unterstützung seiner Verbündeten ist die perfekte Verkörperung der „westlichen Werte“,
*schreibt Caitlin Johnstone*

▶ SEITE 13

## **„Zentralisierung der Staatsmacht** stärken“

3

Die Ampelregierung will das Bundespolizeigesetz zur Ausweitung polizeilicher Befugnisse überarbeiten – natürlich nur zum Wohle aller.
*Von Laurenz Nurk*

▶ SEITE 25

## **CIA-Schattenkrieg** gegen Russland

4

Ein Exposé in der Washington Post lüftet den Schleier über den Schattenkrieg, den die CIA seit 2014 gegen Russland führt,
*berichtet Jeremy Kuzmarov*

▶ SEITE 37

Unterstütze **Free21:** drucken – lesen – teilen – spenden: **www.free21.org**

Free21
Credible news mounted on paper
Magazin
Nr. 1, 11. Jg., Februar 2024

## Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.
Free21 funktioniert als Netzwerkprojekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung, die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

**Herausgeber:**
Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei,
Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin,
E-Mail: verein@free21.org

**Eingetragen** beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

**St.-Nr.** 27/680/76987

**Redaktion:** Dirk Pohlmann

**ViSdPR:** Dirk Pohlmann,
c/o Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin,
Telefon: +49 176 579 12 654
E-Mail: redaktion@free21.org

**Lizenz:** CC BY-NC-ND 4.0.
Alle Artikel auf Free21.org können (sofern nicht anders angegeben) für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei genutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

**Bildrechte auf Seite 1 dieses Magazins:**
**Bild 1: ©Shooft.**
**Bild 2: Wafa (Q2915969), Wikimedia Commons, CC-BY-SA-3.0**
**Bild 3: Bundespolizei**
**Bild 4: DonkeyHotey, Flickr, CC BY 2.0 Deed**

## GESCHICHTE

### 4 2024: Eine neue multipolare Weltordnung entsteht

Vor unseren Augen entsteht eine multipolare Welt. Den Weg dorthin, von der Bipolarität nach dem 2. Weltkrieg über die unipolare Welt nach dem Zusammmenbruch der Sowjetunion, *beschreibt Ola Tunander.*

## KRIEG & FRIEDEN

### 13 Die Gräueltaten im Gazastreifen

Die Gräueltaten im Gazastreifen sind die perfekte Verkörperung der „westlichen Werte“ und ihrer regelbasierten Ordnung. *Von Caitlin Johnstone*

### 15 Exklusivinterview mit einem Überlebenden des Gaza-Ghettos

Israel führt einen brutalen Krieg gegen die Bevölkerung in Gaza. Wie es ist, dort zu leben und zu überleben, *erzählt Antoun Ananias im Interview von Felix Abt*

### 20 „Darum geht es – den Völkermord sofort zu stoppen!“

Südafrika brachte Israel vor den Internationalen Gerichtshof. Über die Hintergründe und Auswirkungen berichtet der Völkerrechtler und ehemalige UN-Mandatsträger, *Professor Dr. Alfred de Zayas im Interview von Thomas Kaiser*

## INNENPOLITIK

### 25 Ampelregierung will Zentralisierung der Staatsmacht „gezielt stärken“

Eine große zentralisierte Machtkonzentration zu verhindern, ist eine der Lehren aus der Nazi-Zeit. Heute wird eine solche Zentralisierung durch verschärfte Landespolizeigesetze und durch ein verschärftes Bundespolizeigesetz wieder hergestellt. *Von Laurenz Nurk*

### 29 Freispruch für den US-Autor CJ Hopkins

Der US-amerikanische Satiriker und Autor CJ Hopkins wurde wegen der angeblichen „Verbreitung verfassungswidriger Symbole“ angeklagt, nachdem er zwei Posts auf X veröffentlicht hatte, in denen Abbildungen seines Buchtitels eingebunden waren. Von diesem Vorwurf wurde er nun freigesprochen. Über den Prozess *berichtet Aya Velazquez*

## GEOPOLITIK

### 37 Der CIA-Schattenkrieg gegen Russland seit 2014

Die Washington Post berichtete über den Schattenkrieg, den die CIA gegen Russland seit 2014 in der Ukraine führt. So werden Attentate auf Personen und Infrastruktur durchgeführt und Millionen Dollar ausgegeben, um die Geheimdienste der Ukraine zu schlagkräftigen Verbündeten gegen Russland zu machen.
*Von Jeremy Kuzmarov*

### 41 Venezuela holt Alex Saab heim

Der venezulanische Diplomat Alex Saab wurde im Jahr 2020 während einer diplomatischen Mission auf Kap Verde von den USA entführt und gefoltert. Nach drei Jahren kehrt er nun nach Venezuela zurück. Von seiner Rückkehr *berichtet Orinoco Tribune*

## UTOPIE

### 45 Vorläufig gescheitert: Zum 100. Todestag von Lenin

Vor 100 Jahren starb Wladimir Iljitsch Lenin. Er war der Begründer der Sowjetunion und ein bedeutender Theoretiker des Imperialismus. Seine Analyse ist immer noch hochaktuell. Was wir aus seinem Leben und Wirken lernen können, *beschreibt Hermann Ploppa*

# Bewusstlos in eine kriegsversehrte Zukunft

*Liebe Leserinnen, liebe Leser,*

1989 war das Jahr einer historischen Chance, wie sie nur selten, sehr selten, in der Geschichte vorkommt. Einer Chance die gründlich versiebt wurde. Viele von uns, auch ich, waren bewusstlos vor Freude, dachten, dass jetzt der Frieden ausbrechen würde. Am 9. November 1989 stand ich mit Tränen in den Augen nachts an der Autobahn und winkte den Fahrern der Trabbis zu. Es war wunderbar, diese Wirklichkeit in sich aufzusaugen. Zukunft war ein Zauberwort.

1989 steht aber auch für den Beginn des Verrats des Westens am sowjetischen Friedenspolitiker Michael Gorbatschow, dessen Scheitern keine Tragödie war, sondern gewollt. Die Möglichkeit, einer wahrhaft neuen Weltordnung, wie sie Immanuel Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden" beschrieben hatte, war eine realistische Zukunftsperspektive. Kant beschrieb eine Weltregierung freier Republiken, bei der militärische Gewalt nur noch nach rechtlicher Legitimation zur Friedenssicherung ausgeübt würde, so, die wie die Polizei im Inneren eines Staates den Kampf aller gegen alle beendet.

Gleichzeitig bereitete 1989 aber auch die Möglichkeit für die Militärplaner der USA, eine unipolare Weltordnung durchzusetzen, global einmal feucht durchzuwischen, sozusagen. Hohe US-Politiker wähnten sich in der Gnade Gottes, der seinen Auserwählten den Sieg im Kalten Krieg geschenkt hatte. Im Nachgang ging es dann ganz praktisch darum, die Kriegsbeute einzufahren.

1989 begann dementsprechend die Absicherung der US-Weltherrschaft durch einen hypertrophen Militärapparat, eine Art Frankenstein-Version des Militärisch-Industriellen-Komplexes. 1989 wurde die Absage der USA an eine Welt ohne Nuklearwaffen und vielleicht sogar ohne Krieg eingeleitet. Heute gibt die USA soviel Geld für sein Militär aus, wie der Rest der Welt zusammen. Dieser Staatshaushalt dient nicht der „Verteidigung" sondern der Kriegsführung, weltweit. Wer als einziges Werkzeug einen Hammer besitzt, für den sieht jedes Problem wie ein Nagel aus.

Unsere Titelgeschichte ist eine Zeitraffer-Aufnahme dieser Entwicklung vom beglückenden Anfang bis in die kriegsversehrte Gegenwart. Auch unser aller Bewusstsein ist zunehmend kriegsversehrt. Die Nachrichten aus Gaza sind unerträglich.

Unsere Titelgeschichte beschreibt auch, wie Europa kaltgestellt wurde. Europa, der einst blutgetränkte Kontinent ewiger Kriege, war nach dem 2. Weltkrieg auf dem Weg der Diplomatie. „Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als eine Minute zu schießen", sagte Helmut Schmidt. Deutschland und Frankreich, die Erbfeinde, verwandelten sich in den Motor eines neuen, friedlichen Europa.

Aber Europa hat sich nicht gegen den Kriegskurs der USA gewehrt. In Schweden, dem Land des Friedenspolitikers Olof Palme, der wenige Wochen vor einem historischen Gipfeltreffen mit Michail Gorbatschow ermordet wurde, ermahnte der höchste Militär seine Bürger jetzt, sich auf den Krieg vorzubereiten. Die Kirche meldete stolz, dass sie bereit ist, Beerdigungen für bis zu 5% der Bevölkerung durchführen zu können. Für zu erwartende Kriegsopfer im zu erwartenden Krieg.

Vielleicht ist es nun an der Zeit aus der Bewusstlosigkeit aufzuwachen. Denn Zukunft ist kein Zauberwort mehr.

*Ihr Dirk Pohlmann,*
*Chefredakteur Free21*

Free21
Übersetzer/in

Free21 wird international!
Unser Team übersetzt international relevante Artikel aus dem Englischen ins Deutsche und Dänische sowie umgekehrt. Bist Du in zwei der drei Sprachen zuhause und in beiden stilistisch und orthografisch sicher? Dann freuen wir uns über Deine Hilfe beim Übersetzen bzw. Korrekturlesen.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an **translate@free21.org**

Dieser Text wurde zuerst am TT.MM.JJJJ auf www.olatunander.substack.com unter der URL ‹https://olatunander.substack.com/p/2024-an-emerging-multipolar-world› veröffentlicht. Lizenz: Ola Tunander, Free21, CC BY-NC-ND 4.0

*US-Präsident George H.W. Bush und Michail Gorbatschow unterzeichnen am 1. Juni 1990 ein Abkommen über die Beendigung der Produktion chemischer Waffen und den Beginn der Vernichtung ihrer jeweiligen Bestände. (Bild: George H.W. Bush Presidential Library / public domain)*

# 2024: Eine neue **multipolare Weltordnung** entsteht

*Dieses Paper wurde im Dezember 2023 an der Universität Wien präsentiert. Darin wird Material aus meinem Artikel im Bulletin of Peace Proposals (später Security Dialogue) aus dem Dezember 1991: „Bush's Brave New World: A New World Order – A New Military Strategy", in dem ich die Vision der USA von einer unipolaren Weltordnung vorstelle, verwendet. Ich verwende auch Material aus einem Artikel und einem Buchkapitel mit dem Titel „US Strategy for a New World Order", in dem die multipolare gegenüber der unipolaren Weltordnung erörtert wird (präsentiert auf dem Ersten Xiangshan Forum, China Association for Military Science, 2006; und in einer gekürzten Version auf der Konferenz „Trialogue21" des U.S. East-West Institute & Chinas Institute of International Studies in Washington, 2008). Der zweite Abschnitt dieses Papers stützt sich auf meinen Artikel von 2023 auf Substack „Did Russia violate International Law?"; einen Artikel und ein Buchkapitel über Unipolarität und einen „Proto-Weltstaat" (präsentiert auf dem Dritten Xiangshan Forum 2010) sowie einen Bericht für das Norwegian Peacebuilding Centre NOREF von Dezember 2014: „Chinas Denken über Frieden und Sicherheit" („China's thinking on peace and security") [1]. Ich werde diesen letzten Artikel als Anhang zu diesem Artikel veröffentlichen.*

**Autor: Ola Tunander**

ist Professor Emeritus am PRIO (Peace Research Institute Oslo – Institut für Friedensforschung) in Oslo. Von 1987-2016 arbeitete er als Forscher am PRIO und veröffentlichte 12 Bücher und eine Reihe von Artikeln zu den Themen: Sicherheitspolitik, Marinestrategie, U-Bootoperationen, Geopolitik, Dual state, Psychologische Operationen (PSYOP) und zur Geschichte des Kalten Krieges.

## Von der Bipolarität zur Unipolarität

Nachdem der Zweite Weltkrieg Europa gespalten hatte, stand die Sowjetunion den Vereinigten Staaten und Westeuropa gegenüber. Und diese bipolare Weltordnung dominierte den Kalten Krieg bis 1989. Nach dem Fall der Berliner Mauer war die Bipolarität vorbei. Einige Wissenschaftler begannen sofort von einer „neuen multipolaren Welt" zu sprechen, in der die wirtschaftliche Macht eine bedeutendere Rolle spielen würde als die militärische Macht, aber in einem berühmten Artikel in *Foreign Affairs* 1990-91 argumentierte der neokonservative US-Analyst Charles Krauthammer, dass dies eine Illusion sei. Einige Akademiker hatten von Japan und Deutschland/Europa, China und einer geschwächten Sowjetunion/Russland neben den USA als den neuen Säulen einer neuen multipolaren Weltordnung gesprochen, aber „seit die ersten Schüsse in Kuwait fielen", haben sich die wirtschaftlichen Mächte „Deutschland

und Japan [...] im Allgemeinen unter den Tisch verkrochen“, schrieb Krauthammer [2]. Als der Krieg begann, unterwarfen sich diese Mächte sofort der US-Herrschaft. Nach Krauthammer enthüllte der Krieg die wirkliche Machtstruktur der neuen Welt, es gab nur „eine einzige erstklassige Macht“ auf der globalen Bühne: die Vereinigten Staaten.

Krauthammers Artikel „The Unipolar Moment“ („Der unipolare Moment“) von 1991 wurde zum Manifest für die neue neokonservative Elite, die Washington seit drei Jahrzehnten dominiert. Dies war die führende Sicherheitselite in den USA und bald darauf auch in Europa. Für die Neokonservativen war die USA der globale Hegemon, und Krauthammer fährt fort [3]:

„„Europa qualifiziert sich noch nicht einmal als Akteur auf der Weltbühne, was uns mit der wahren geopolitischen Struktur der Nachkriegswelt, die durch die Golfkrise scharf in den Fokus gerückt wurde, zurücklässt: ein einziger Pol der Weltmacht, der aus den Vereinigten Staaten an der Spitze des industriellen Westens besteht. Vielleicht ist es genauer zu sagen, die Vereinigten Staaten und dahinter der Westen [...] Der Irak, der unbeabsichtigt die unipolare Struktur der heutigen Welt enthüllt hat, kann nicht aufhören, sich darüber zu beschweren. [...] Es wird viel von einer neuen multipolaren Welt und dem Versprechen der Vereinten Nationen als Garant einer neuen Nachkriegsordnung geredet. Aber das ist eine Fehlinterpretation von Ursache und Wirkung, hier also den Vereinigten Staaten und den Vereinten Nationen. Die Vereinten Nationen garantieren nichts. Abgesehen von einer formalen Bedeutung kann man kaum sagen, dass sie existieren. Kollektive Sicherheit? Im Golf hätte sich ohne das Führen, Anspornen, Bestechen und Erpressen der Vereinigten Staaten niemand gerührt.“

Nach der militärischen Konfrontation des Kalten Krieges, eigentlich schon im September 1989, präsentierte der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der USA, Admiral William Crowe, ein neues strategisches Konzept [4]. Ein globaler Krieg mit den Sowjets war nicht mehr das wichtigste Element, die USA begannen, sich auf „regionale Notfälle“ vorzubereiten. Ein Jahr später sagte Verteidigungsminister Dick Cheney, dass man sich nun auf „regionale Notfälle“ wie „die Bedrohung des Persischen Golfs“ konzentriere. In Cheyneys „Entwurf eines Leitfadens zur Verteidigungsplanung“ aus dem April 1992 heißt es, die US-Verteidigungsstrategie solle „das Entstehen eines neuen Rivalen verhindern“ und „jede feindliche Macht daran hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen unter abgesicherter Kontrolle ausreichen würden, globale Macht zu erlangen“ [6]. Die Kontrolle über den Persischen Golf wurde als entscheidend angesehen, um den Ölfluss nach China, Europa und Japan zu kontrollieren und zu verhindern, dass sie sich zu Rivalen der Vereinigten Staaten entwickeln. Die USA sollten alleine handeln, „wenn kollektive Maßnahmen nicht koordiniert werden können“, so das Dokument [7]. Crowes Nachfolger als Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs, General Colin Powell, sagte [8]: „Wir haben nicht mehr den Luxus, für eine Bedrohung planen zu können. Wir planen jetzt eine Supermacht zu sein. Wir sind der wichtigste Akteur auf der Weltbühne, mit weltweiter Verantwortung, mit weltweiten Interessen.“ Ab Mitte der 1990er Jahre führten die US-Special Forces 2000-3000 Einsätze durch [9], einschließlich Ausbildungsmissionen und verdeckter Operationen in mehr als 130 Ländern pro Jahr. Teams der US-Special Forces waren für jeweils einen Kontinent zuständig. Sie konnten überall auf der Welt agieren. Die Vereinigten Staaten waren kein Nationalstaat mehr. Sie waren, ähnlich wie die Vereinten Nationen, eine globale Organisation, jedoch mit „einer supranationalen politisch-militärischen Behörde", die laut Krauthammer „einzelne Staaten bestach und erpresste“. Die USA waren eine Macht, die weltweit militärische Kräfte verdeckt einsetzte. „Wir sind die einzige Supermacht“, sagte Powell.

Amerikanische Militäranalysten begannen, von einer „unipolaren Weltordnung“ zu sprechen. Die USA waren „der Schwerpunkt des industriellen Westens“ der einzige Pol der Weltmacht . Es hätte eine multipolarere Welt geben können, weil alle Wirtschaftsmächte unterschiedliche Interessen hatten, aber als der Krieg im Golf begann, mussten sich alle der militärischen Macht beugen. Dies ist die Lektion, die die neokonservative Elite der USA aus dem Golfkrieg von 1991 gezogen hat. Cheneys enger Berater Paul Wolfowitz sagte, dass wir gelernt haben, dass die Russen überhaupt nichts unternommen haben [10]. Sie griffen nicht ein. Wir könnten und sollten Krieg gegen einen Staat nach dem anderen führen, um diese Regimes zu stürzen, die zu Moskau gehört hatten. Das war seine Schlussfolgerung. Und später in den 1990er Jahren drängten er und seine Kollegen, einen Krieg gegen den Irak im Rahmen des „Project for a New American Century“ (PNAC) zu führen[11]. Ab 2000 argumentierte die neokonservative Elite in einem Dokument „Rebuilding America's Defenses“ („Wiederaufbau der amerikanischen Verteidigung“), dass die notwendige militärische Transformation „wahrscheinlich lange dauern wird, es sei denn, es gibt ein katastrophales und beschleunigendes Ereignis“ [12].

Nach Meinung dieser Elite eröffneten die Ereignisse am 11. September 2001 die Möglichkeit, einen Krieg gegen den Irak zu führen. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sagte Stunden nach der Katastrophe, dass sie den Irak bombardieren sollten [13] (weil es keine „nennenswerten Ziele“ in Afghanistan gäbe , die einen Marschflugkörper wert seien). Der ehemalige Oberbefehlshaber der alliierten NATO Streitkräfte in Europa, General Wesley Clark, sagte, dass die endgültige Entscheidung, Krieg gegen den Irak zu führen, bereits zehn Tage nach dem 11. September getroffen wurde [14]. Einige Wochen später beschloss Rumsfeld, auch „Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und schließlich Iran auszuschalten“ [15]. Die Vereinigten Staaten wollten aus zwei Gründen in fünf Jahren sieben Kriege (mit Afghanistan acht) führen: Erstens gab es eine „günstige Gelegenheit“ („window of opportunity“). Militärkräfte sollten nicht zur Abschreckung, sondern zum Angriff auf andere Staaten eingesetzt werden, wie es Wolfowitz bereits zehn Jahre zuvor gesagt hatte. Zweites sollten die USA weiter einen Krieg nach dem anderen führen, um die anderen Wirtschaftsmächte dazu zu bringen sich wieder „unter dem Tisch zu verste-

cken“, um Krauthammers Worte zu verwenden. Die Vorherrschaft der USA, die fast 50 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben tätigten, konnten nicht in politischen Einfluss umgewandelt werden, wenn es keine Krieg oder Drohungen mit Kriegen gab. Die Vorherrschaft des Krieges war die Grundlage für die unipolare Weltordnung der USA, die *Pax Americana*. Die USA erklärten nun Unipolarität und permanenten Krieg, „den Krieg gegen den Terror“ (The War on Terror), als die Welt der Zukunft.

Zu dieser Zeit dominierte die Idee einer unipolaren Weltordnung, einer *Pax Americana*, die Republikanische Partei der USA, aber weitgehend auch die Demokratische Partei. Bill Odom – ehemaliger Direktor der National Security Agency und ehemaliger Militärberater von Zbigniew Brzezinski, der wiederum stellvertretender nationaler Sicherheitsberaters von US-Präsident Carter gewesen war – beschrieb die Vereinigten Staaten als eine „supranationale politisch-militärische Autorität“, eine Art „Imperium“ [17]. Diese Art des Denkens war vielen Europäern fremd. Im Gegensatz zum amerikanischen Liberalismus glaubten europäische politische Führer zwar vor vielen Jahrzehnten ebenfalls an Machtpolitik und Krieg als politisches Instrument („Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“). Aber in den frühen 2000ern definierten sich die Europäer überwiegend als friedliebend, während die USA mit der Planung eines Krieges mit dem Irak beschäftigt waren. 2003 stoppten die Europäer – die Deutschen und die Franzosen – den Versuch der USA, den Weltsicherheitsrat als Legitimation für den US-Krieg gegen den Irak zu nutzen. Die Amerikaner waren schockiert. Es gab immer noch europäischen Widerstand gegen die unipolare Weltordnung. Der amerikanische neokonservative Ideologe Robert Kagan sagte [18]: „Amerikaner und Europäer haben die Plätze getauscht – und die Ansichten. Das liegt zum Teil daran, dass sich [...] die Machtverhältnisse dramatisch verschoben haben“. Und er fährt fort: „Powell und Rumsfeld haben [trotz ihrer Unterschiede] mehr gemeinsam als Powell und die Außenminister Frankreichs, Deutschlands und sogar Großbritanniens.“ Europäer und Amerikaner leben auf verschiedenen Planeten. Die Europäer kommen von der Venus und die Amerikaner vom Mars, argumentierte er.

*BRICS-Gipfel 2014 in Brasilien mit von links nach rechts: Wladimir Putin, Narendra Modi, Dilma Rousseff, Xi Jinping und Jacob Zuma. (Foto: President of Russia / Kreml / public domain)*

Kagan betonte den Unterschied: während des Kosovo-Krieges 1999 wurden 99 % der zu zerstörenden Ziele von US-Geheimdiensten geliefert, während das Vereinigte Königreich – als die größte europäische Streitkraft – nur 4 % der Flugzeuge und 4 % der abgeworfenen Bomben beisteuerte [19]. Europa konzentrierte sich nicht mehr auf militärische, sondern auf zivile Angelegenheiten. Dies kann jedoch, nach meiner Meinung, nicht nur durch die militärische Schwäche Europas erklärt werden. Die jüngere Geschichte der wirtschaftlich-politischen Integration Europas innerhalb der EU – als Versöhnungsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg – unterscheidet sich stark von der US-Erfahrung. Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zerfall der Sowjetunion waren die europäischen Staaten damit beschäftigt, Integration und Koordination von Regierungspolitiken und politischen Kulturen (einschließlich der ehemaligen osteuropäischen Länder) voranzutreiben, um eine mögliche Wiederbelebung von Nationalismus und Militarismus zu vermeiden. Tatsächlich bestand das Ziel des EU-Projekts darin, die Logik von Nationalismus, Hass und Krieg zu überwinden. Seit dem Verlust des „sowjetischen Gegenübers“ als äußere Bedrohung im Jahr 1989 musste Europa, wie Ole Wæver es nennt, ein „neues Gegenüber“ finden [20]: seine eigene nationalistische und militaristische Vergangenheit. Der Zweite Weltkrieg lehrte die Europäer, dass sie Nationalismus und Krieg durch wirtschaftliche und politische Integration überwinden mussten, während die „Zweite Weltkriegs-Lektion“ der US-Präsidenten war, dass sie Kriege führen mussten, um „böse Herrscher“ zu bekämpfen und Kriege zu amerikanischen Bedingungen zu beenden. Wahrscheinlich spielten diese unterschiedlichen Erfahrungen eine prägende Rolle für ihre jeweilige Politikstrategie nach dem Fall der Berliner Mauer. In den USA haben Präsidenten Rhetorik und Täuschung verwendet, um eine skeptische Bevölkerung von der „Notwendigkeit“ eines Krieges zu überzeugen, während die Europäer versucht haben Kriege zu vermeiden, die als gefährlich nahe an den eigenen Heimatländern wahrgenommen wurden.

## Die russische und chinesische Antwort

Für Moskau war die kriegerische Rhetorik von Präsident George W. Bush nicht nur widerwärtig, wie für die Europäer, sondern auch besorgniserregend. Als Bush im Februar 2004 erklärte: „Ich bin ein Kriegspräsident. Ich treffe hier im Oval Office

Entscheidungen in außenpolitischen Angelegenheiten, bei denen ich an Krieg denke“ [21], erinnerten seine Worte die Europäer an ihre eigene dunkle Geschichte. Für die Russen war diese dunkle Geschichte noch besorgniserregender, da sie dies an den Angriff Nazi-Deutschlands und den Tod von 25 Millionen sowjetischer Bürger iim 2. Weltkrieg erinnerte. Auf einer Militärkonferenz des Xiangshan Forums im Jahr 2010 schüchterte ein sehr prominenter US-Neokonservativer seine chinesische und internationale Zuhörerschaft (mich eingeschlossen) mit den Worten ein: „Ich habe an drei Kriegen teilgenommen, und es hat mir Spaß gemacht.“ Eine von den US-Neokonservativen ins Leben gerufene *Pax Americana*, als Machtapparat der US Neokonservativen, war ein Imperium, von einem Kriegerstaat angeführt, dessen Ziel Kriegführung war, ähnlich wie beim schwedischen König Karl XII. im 18. Jahrhundert (Anm. der Redaktion: In Skandinavien als Dauerkriege führender König berühmtberüchtigt, mit dem Schweden die Rolle als Großmacht einbüßte) oder Napoleon im 19. Jahrhundert.

Die amerikanische Forderung nach einer NATO-Erweiterung mit der Aufnahme von Polen, Tschechien und Ungarn ab 1999 und noch mehr Staaten ab 2004 wurde von Russland als zunehmend bedrohlich empfunden. Alle westlichen Führer hatten Präsident Michail Gorbatschow 1990-91 versprochen, dass die NATO sich nicht nach Osten über Westdeutschland hinaus ausdehnen würde [22]. Das war die Bedingung für den Abzug von 350.000 sowjetischen Soldaten aus Ostdeutschland und für die Wiedervereinigung Deutschlands. Ein Dokument von 1991 aus diesen Verhandlungen über das 2+4-Abkommen (die beiden Deutschlands plus Frankreich, Großbritannien, USA und Russland), fasste den Fall für Mitteleuropa zusammen [23]: „Wir können nicht [...] die Mitgliedschaft in der NATO für Polen und die anderen anbieten.“ [24] Und der Vertreter der USA sagte: „Die NATO sollte sich weder formal noch informell nach Osten ausdehnen.“ Wie der Historiker des Wilson Center, Joshua Shifrinson, schreibt [25]: Die Bush-Administration habe in ihren Gesprächen mit Gorbatschow „eine kooperative Fassade“ aufgesetzt, während sie hinter den Kulissen auf eine westliche Expansion gedrängt habe. Und schon Ende 1989 sagte der nationale Sicherheitsberater Brent Scowcroft, die USA sollten sich „zwischen Deutschland und Russland in Mitteleuropa“ positionieren. Die USA sollten die NATO erweitern. Mit anderen Worten: Die Bush-Administration sollte die Situation ausnutzen, obwohl sie alle Gorbatschow das Gegenteil versprochen hatten.

Ab den frühen 2000er Jahren brachen die USA und die westlichen Länder definitiv mit ihrer Vereinbarung mit Gorbatschow von 1990-91. 2004 zwang die vom Westen unterstützte „Orange Revolution“ die Ukraine zu Neuwahlen, bei denen ein gewählter Präsident aus der Ostukraine durch einen Präsidenten aus dem Westen ersetzt wurde. Als die USA ab 2008 eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO forderten, war die Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen endgültig gestorben. Laut dem damaligen US-Botschafter in Moskau, dem aktuellen CIA-Direktor William Burns, sagte jeder in Russland, nicht nur Wladimir Putin, dass die NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine eine „rote Linie“ sei [26]. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte sich ebenfalls: [27] „[Aus Putins] Perspektive wäre eine Ausweitung der NATO auf die Ukraine eine Kriegserklärung““. Jeder wusste, dass es auf Krieg hinauslief: „[Es] ist die leuchtendste aller roten Linien“, wie Burns seiner Außenministerin Condoleezza Rice schrieb [28]. Bereits 2008 bezeichnete der Außenminister Sergej Lawrow die Ausweitung der NATO auf die Ukraine als eine „militärische Bedrohung“ [29]. Dies würde zu einem ukrainischen Bürgerkrieg führen. Russland müsse intervenieren, um die russischsprachige Bevölkerung im Osten zu retten. Dies würde „die USA und Russland in eine klassischen Konfrontation bringen“.

Henry Kissinger schlug eine „finnische Lösung“ mit einer neutralen Ukraine vor [30], aber die neokonservative Elite in Washington wollte Russland zwingen, sich dem unipolaren US-System anzupassen. Washington wusste, dass ein ukrainischer Beitritt zur NATO fast sicher zu einem Krieg führen würde. Es hatte nichts damit zu tun, wer in Moskau die Führung hatte, aber die Neokonservativen glaubten, dass sie die Situation managen könnten. Wenn Putin nun von einem „existenziellen“ Krieg spricht, liegt das daran, dass die Ukraine kurz davor steht, zu einem militärischen Brückenkopf der USA an der Türschwelle zu Moskau zu werden. Die USA könnten einen Schlag gegen das „Herz Russlands“ führen. Es ist genau so als würde der Südosten der Vereinigten Staaten mit Texas, Louisiana, Florida die Unabhängigkeit ausrufen und von Russland bewaffnet werden. Das würde Washington niemals akzeptieren. Die USA verlagerten ihre Positionen mit neuen Waffensystemen Schritt für Schritt immer näher an Moskau heran. Für Russland wäre es schwierig, sich zu verteidigen. Ein einzelner Schritt kann keine militärische Reaktion legitimieren, aber insgesamt bedeutet dies einen erheblichen geopolitischen Wandel. Es ist eine „Salami-Taktik“ [31], ähnlich wie die israelische in den besetzten Gebieten. Mit jeder neuen Siedlung erobert Israel mehr und mehr palästinensisches Land, bis es fast kein Palästina mehr gibt. Das entspricht auch der US-Strategie gegenüber China. Die USA sagen, sie erkennen Chinas „Ein-China-Politik“ an, erlauben aber gleichzeitig hochrangigen US-Beamten den Besuch Taiwans und heißen Taiwans Präsidenten in den USA willkommen, als ob Taiwan ein unabhängiger Staat wäre. Mehrere kleine Schritte führen letztlich zu vollendeten Tatsachen.

Die unipolare Weltordnung, wie sie bereits in dem von den Neokonservativen verfassten Dokument von 1992 definiert wurde, sollte „die Entstehung eines neuen Rivalen verhindern“. Jeder potenzielle Rivale sollte in die Schranken gewiesen werden, und die USA haben systematisch mit Europa, Russland und China bearbeitet. In Europa zwangen Terroranschläge die Menschen, Freiheit gegen Sicherheit einzutauschen. Die Angst vor Bombenanschlägen hat einen enormen psychologischen Einfluss, der die Menschen dazu bringt, sich um Schutz bittend an den Staat zu wenden. Und die überwältigende Hegemonie der USA im Bereich der Geheimdienste ermöglichte es, durch „Hintertüren“ in die europäischen Staaten einzudringen. US- und britische Dienste beschuldigten Russ-

land der Vergiftung von Agenten und des Abschusses des malaysischen Flugzeugs MH17 über der Ukraine. In den Medien erschien Russland nun als „böses Imperium“ und Europa suchte instinktiv bei die USA Schutz. In nur wenigen Jahren hatten die USA Europa diszipliniert und bearbeiteten gleichzeitig Russland und China. Die USA setzten sie unter Druck, indem sie rechtsgerichtete Kräfte unterstützten, um Konflikte in der benachbarten Ukraine und in Japan zu provozieren. Ab 2013 wurde die US-Politik für die Ukraine von Kagans Ehefrau, der stellvertretenden Außenministerin Victoria Nuland dominiert. Sie leitete den gewaltsamen Staatsstreich in Kiew im Februar 2014 ein, der den gewählten Präsidenten Viktor Janukowitsch und seinen Premierminister Asarow zwang, das Land zu verlassen. Ein neuer Premierminister wurde nach den Anweisungen von Nuland ernannt (die Tonaufnahme ihrer Anweisungen [32] (Anm. der Red: „Fuck the EU“ und „Yats is our man“, Kagan bestimmte wer ukrainischer Präsident werden würde) wurde sogar von der BBC [33] veröffentlicht). Es ging darum, „Russland zu schwächen“ und zu zwingen, die Vorherrschaft sowie die unipolare Weltordnung der USA zu akzeptieren. Die gleiche US-Politik, die die US-Regierung an ihrer östlichen Peripherie, in der Ukraine, vorantrieb, wurde auch im Pazifik in Japan gegen China durchgeführt. Und das mehr oder weniger zur gleichen Zeit. Die USA sprachen nicht mehr von China als „verantwortungsbewussten Akteur“ auf der Weltbühne, sondern eher von einem zukünftigen Rivalen [34]. Die USA würden nicht akzeptieren, dass China ein wirtschaftlicher Konkurrent werden würde, der mit Nachbarstaaten ohne Erlaubnis der USA zusammenarbeiten würde.

Im Anhang zu diesem Artikel (Anm. der Redaktion: demnächst auf Webseite von free21.org) schreibe ich, dass die japanische Regierung von Yukio Hatoyama im Jahr 2009 – die erste Regierung, die von der Demokratischen Partei (Japans eher linken Partei) gebildet wurde – engere Beziehungen zu China angekündigt hatte, einschließlich einer Vertiefung der Verteidigungsbeziehungen. Japan würde sich weniger auf seine Beziehungen zu

*Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. (Foto: Wikiweeki / Wikimedia Commons / CC BY 4.0)*

den Vereinigten Staaten verlassen. Premierminister Hatoyama hatte die in Japan populäre Forderung der Insel Okinawa unterstützt, die US-Militärbasis dort zu schließen. In den USA war Hatoyama jedoch nicht wohlgelitten, und er musste im Juni 2010 zurücktreten, nachdem es ihm nicht gelungen war, die Basis zu schließen oder zu verlegen. Drei Monate später wurde ein Zusammenstoß zwischen einem chinesischen Fischereiboot und einem japanischen Küstenschutzschiff im umstrittenen Gebiet der Diaoyu/Senkaku-Inseln (nordöstlich von Taiwan) zu einem riesigen Medienereignis. Die Medien behaupteten, das chinesische Boot habe das japanische Schiff gerammt. (die Videoaufnahmen zeigen eher das Gegenteil). Der Vorfall wurde als wichtige chinesische Einmischung dargestellt, obwohl Vorfälle mit Fischerbooten, die in das umstrittene Gebiet eindrangen, eine lange Vorgeschichte hatten. Dieser Vorfall wurde jedoch genutzt, um eine Kampagne zu starten, die auf eine sino-japanische Spaltung zielte. Kurz darauf vereinbarte eine chinesisch-japanische Verteidigungsministerkonferenz, dass dieser Vorfall die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht stören sollte, aber die Medien schürten nationalistische Hysterie und hetzten Nationalisten in beiden Ländern gegeneinander auf. US-Außenministerin Hillary Clinton goss Öl ins Feuer und bestätigte, dass die Inseln unter den Sicherheitsvertrag der USA zur Verteidigung Japans fielen, etwas, was die USA zuvor nie erklärt hatten, um die Beziehungen zu China nicht zu belasten. Ähnlich wie die USA 2014 eine extrem rechtsgerichtete ukrainische Elite benutzten, um gegen die gewählte ukrainische Regierung und gegen Russland zu mobilisieren, benutzten die USA eine rechtsgerichtete japanische Elite, um gegen die japanische Regierung und gegen China zu mobilisieren.

Ab 2010, aber noch mehr ab 2014, sorgten die USA in der Realität dafür, dass Russland und China damit begannen zusammenzuarbeiten und nach Alternativen zur unipolaren Weltordnung der USA zu suchen. Beide Länder waren zu groß, um sich zu einer engen Allianz zu entwickeln, aber sie beschlossen, ihre Streitkräfte auszubauen und ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) zu verstärken. 2014 initiierten sie eine Neue Entwicklungsbank (New Development Bank), und kurz darauf begannen sie in lokalen Währungen statt über den US Dollar zu handeln. Der Wert des US-Dollars war seit Mitte der 1970er Jahre davon abhängig, im internationalen Handel als Reservewährung genutzt zu werden, vor allem aber als „Petrodollar“. Nachdem die Vereinigten Staaten 1974 den Goldstandard abschaffen mussten, überzeugte US-Außen-

minister Henry Kissinger Saudi-Arabien und dann die OPEC, ihr Öl in US-Dollar zu handeln. So steigerte er die globale Nachfrage nach der US-Währung und zwang die OPEC-Länder, ihre Gewinne in US-Schatzanleihen zu investieren. Der „Petrodollar“ war „eine der mächtigsten Kräfte, die den US-Anleihenmarkt und den Dollar antreiben“, schrieb Reuters [35]. Dies ermöglichte es den Vereinigten Staaten, Dollarscheine zu drukken, ohne dass es zu einer Inflation kam. In der Praxis bedeutete dies außerdem, dass die USA die Kosten für ihre vielen Kriege durch das Drukken von Dollarscheinen decken konnten. Als einige ölproduzierende Staaten den „Petrodollar“ verlassen wollten, „beunruhigte“ dies die Vereinigten Staaten. Es ist auffällig, dass wenige Jahre nachdem Saddam Hussein erklärt hatte, dass sein Land nicht mehr „mit der Währung des Feindes" handeln werde, der Irak von den USA besetzt wurde [36]. Libyen wurde angegriffen, kurz nachdem klar wurde, dass Muammar Gaddafi einen afrikanischen Dinar (basierend auf einer großen Menge Gold und Silber) als Konkurrenz zum Dollar, Euro und Yuan einführen würde [37]. Ab 2024 werden jedoch die BRICS-Länder neue Staaten wie den Iran, Saudi-Arabien, die Emirate, Ägypten und Äthiopien umfassen, die in lokalen Währungen handeln werden, um den „Petrodollar“ überflüssig zu machen. Das unter Vermittlung Chinas ausgehandelte Abkommen zwischen Iran und Saudi-Arabien im März 2023 [38] und ihre Aufnahme bei den BRICS ab Januar 2024 werden die globale Politik verändern. Die laufende Entdollarisierung wird die globale Hegemonie der USA in Frage stellen. Vor einigen Jahren sagte mir ein US-Unterhändler und sehr bekannter Neokonservativer, der Verhandlungen mir Russland führte, dass die Russen die wahre Stärke der USA nicht verstehen würden: „Wir kontrollieren die Massenmedien, und wir kontrollieren das Finanzsystem“. Jahre später im Jahr 2024 müssen wir hinzufügen: Die Russen verstehen es mittlerweile. Sie werden sich nicht länger den US-Medien und dem Finanzsystem unterwerfen. BRICS hat viel mehr Einwohner als der Westen, und in naher Zukunft wird es die Hälfte des addierten weltweiten Bruttoinlandsproduktes stellen. Die unipolare Weltordnung mit „den Vereinigten Staaten als Vormacht des industriellen Westens“ wird nicht länger „die wahre geopolitische Struktur“ der Welt sein, um die Worte von Krauthammer zu zitieren, die er vor 30 Jahren verwendete.

## Eine aufstrebende Multipolarität

Langfristig werden die BRICS-Länder wohl nicht die andere Säule neben den USA darstellen. Es wird höchstwahrscheinlich keine neue bipolare Weltordnung geben – „Der Westen gegen den Rest“ („The West against the rest“), um Samuel Huntington zu zitieren [39], aus seinem New York Times-Artikel von 1993 [40]. Diese Länder werden verschiedene Pole in einer aufstrebenden multipolaren Weltordnung darstellen, die auf einen multilateralen Dialog in den Vereinten Nationen setzt – was Krauthammer 1991 als „Illusion“ bezeichnet hatte. Die BRICS-Länder beanspruchen die Vorherrschaft in der UN und beim Völkerrecht, während der nun weniger Bedeutung besitzende unipolare Westen einer von den USA initiierten „regelbasierten Internationalen Ordnung“ [41] folgt. Letztere stützt sich in erster Linie auf US-Institutionen und weltweiten Einfluss. Es ist der Versuch, die globale Unipolarität wiederherzustellen, die nun wie Sand durch die Finger rinnt. Wir erleben eine internationale Teilung, einen Konflikt, zwischen den westlichen Ländern (einschließlich Australien), die alle von einer „regelbasierten Ordnung“ sprechen, und den BRICS-Ländern (oder dem Globalen Süden), die sich auf das Völkerrecht berufen. Die BRICS-Länder könnten 2024 eine starke Kraft werden, die sich der von den USA geführten unipolaren Struktur der Welt entgegenstellt. Es könnte zunächst eine neue Bipolarität geben, wie von Huntington vorhergesagt. Das aufstrebende China und die BRICS könnten in Konfrontation mit dem untergehenden unipolaren Westen stehen, und wenn wir die „Thukydides-Falle“ [42] als eine realistische Analyse akzeptieren, könnte die herrschende US-Macht versucht sein, China anzugreifen, ähnlich wie Sparta im fünften Jahrhundert v. Chr. Athen ange-

## Quellen:


**[1]** NOREF (Norwegian Peacbuilding Resource Centre), Ola Tunander, „China's thinking on peace and security“, Dezember 2014, *<https://www.files.ethz.ch/isn/186912/49075a73f3a016de640ad3503c7755e0.pdf>*

**[2]** JSTOR, Foreign Affairs vol. 70, no. 1, 1990, pp. 23–33, Charles Krauthammer, „The Unipolar Moment.“, *<https://doi.org/10.2307/20044692>*, Abgerufen 16.01.2024, **‹https://www.jstor.org/stable/20044692?origin=JSTOR-pdf›**

**[3]** siehe [2]

**[4]** PRIO, Ola Tunander, „Bush's Brave New World A New World Order — A New Military Strategy“, Bulletin of Peace Proposals, 22(4), 355-368, SAGE Publications, 1991, *<https://www.jstor.org/stable/44481588>* ; *<https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/096701069102200402>*

**[5]** The National Security Archive, „"Prevent the Reemergence of a New Rival"“, *<https://nsarchive2.gwu.edu/nukevault/ebb245/>*

**[6]** The National Security Archive, Principal Deputy Under Secretary of Defense, „FY 94-99 Defense Planning Guidance Sections for Comment“, am 18.02.1992 *<https://nsarchive2.gwu.edu/nukevault/ebb245/doc03_full.pdf>*

**[7]** siehe [5]

**[8]** The Washington Post, Don Oberdorfer, „STRATEGY FOR SOLO SUPERPOWER“, am 19.05.1991, *<https://www.washingtonpost.com/archive/politics/1991/05/19/strategy-for-solo-superpower/e540321a-0505-4eda-9370-53d9a32a11bb/>*

**[9]** U.S.-Verteidigungsministerium, „SPECIAL OPERATIONS FORCES“, *<https://web.archive.org/web/20040127145401/http://www.dod.gov/execsec/adr95/sof_5.html>* ; „SPECIAL OPERATIONS FORCES – Chapter 22“, *<http://www.dod.gov/execsec/adr96/chapt_22.html>*

**[10]** Youtube, FORA.tv, „Wes Clark – America's Foreign Policy "Coup"“, 2007, *<https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=TY2DKzastu8>*

**[11]** Project for the New American Century, „Statement of Principles“, am 03.06.1997, *<https://web.archive.org/web/20050205041635/http://www.newamericancentury.org/statementofprinciples.htm>*

**[12]** Project for the New American Century, Donald Kagan, Gary Schmitt und Thomas Donnelly, „Rebuilding Americas Defenses“, am 01.09.2000, *<https://archive.org/details/RebuildingAmericas-Defenses>*

**[13]** Amazon, Richard A. Clarke, „Against All Enemies: Inside America's War on Terror“, Free Press; Reprint Edition, 352 Seiten, 21.09.2004, *<https://www.amazon.com/Against-All-Enemies-Inside-Americas/dp/0743260457>*

**[14]** siehe [10]

**[15]** Youtube, Democracy Now!, „General Wesley Clark Interview“, 15.06.2020, *<https://www.youtube.com/watch?v=WeQ9jAqdN1I>*

**[16]** SIPRI, Petter Stålenheim, Catalina Perdomo und Elisabeth Sköns, „5. Military expenditure “, *<https://www.sipri.org/sites/default/files/YB08 175 05.pdf>*

**[17]** Amazon, *<https://www.amazon.com/Americas-Inadvertent-Empire-William-Odom/dp/0300100698>*

**[18]** Amazon, William E. Odom und Robert Dujarric, „America's Inadvertent Empire“, Yale University Press; American First Edition, 304 Seiten, 10.03.2004, *<https://www.amazon.com/Paradise-Power-America-Europe-World/dp/1400034183>*

**[19]** siehe [18]

## Quellen:


**[20]** Ole Wæver, European Security Identities 2000. in JP Burgess & Ola Tunander (eds), European Security Identities: Contested Understandings of EU and NATO. PRIO, Oslo, PRIO report, no. 2, vol. 2000, pp. 29-56., 2000, *<https://politicalscience.ku.dk/research/groups/regroup/?pure=en%2Fpublications%2Feuropean-security-identities-2000(59860c40-74c8-11db-bee9-02004c4f4f50)%2Fexport.html>*

**[21]** BBC, „Bush sets case as 'war president'", am 08.02.2004, *<http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/3470139.stm>*

**[22]** The National Security Archive, Svetlana Savranskaya und Tom Blanton, „NATO Expansion: What Gorbachev Heard", am 12.12.2017, *<https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early>*

**[23]** X, Declassified UK, „Der Spiegel machte einen Fund in britischen Archiven aus dem hervor geht, dass der Westen 1991 „während der Verhandlungen deutlich gemacht hat, dass wir die Nato nicht über die Elbe hinaus ausdehnen werden", den Fluss, der durch Deutschland fließt. Die Vereinbarung, dass mittel- und osteuropäische Länder der Nato beitreten, sei „inakzeptabel"., am 21.02.2022, *<https://twitter.com/declassifiedUK/status/1495725360952094720/photo/1>*

**[24]** OpinioJuris, Julia Emtseva and Paul Emtsev, „Why 2+4 Does Not Always Add Up: In Search of NATO's Non-Enlargement Promises", am 11.03.2022, *<http://opiniojuris.org/2022/03/11/why-24-does-not-always-add-up-in-search-of-natos-non-enlargement-promises/>*

**[25]** Harvard Kennedy School, Belfer Center, Joshua R. Itzkowitz Shifrinson, Quarterly Journal: International Security, „Deal or No Deal? The End of the Cold War and the U.S. Offer to Limit NATO Expansion", Frühjahr 2016 *<https://www.belfercenter.org/publication/deal-or-no-deal-end-cold-war-and-us-offer-limit-nato-expansion>*

**[26]** Wikileaks, Cable: „NYET MEANS NYET: RUSSIA'S NATO ENLARGEMENT REDLINES", 01.02.2008, *<https://wikileaks.org/plusd/cables/08MOSCOW265_a.html>*

**[27]** Deutsche Welle, Alistair Walsh und Rina Goldenberg, „Angela Merkel opens up on Ukraine, Putin and her legacy", am 07.06.2022 *<https://www.dw.com/en/angela-merkel-opens-up-on-ukraine-putin-and-her-legacy/a-62052345>*

**[28]** Amazon, William J Burns, „The Back Channel: A Memoir of American Diplomacy and the Case for Its Renewal", Random House; Illustrated Edition, 512 Seiten, am 12.03.2019, *<https://www.amazon.com/Back-Channel-American-Diplomacy-Renewal/dp/0525508864>*

**[29]** siehe [26]

**[30]** The Washington Post, Henry A. Kissinger, „How the Ukraine crisis ends", am 05.03.2014 *<https://www.washingtonpost.com/opinions/henry-kissinger-to-settle-the-ukraine-crisis-start-at-the-end/2014/03/05/46dad868-a496-11e3-8466-d34c451760b9_story.html>*

**[31]** Substack, Ola Tunander, „Did Russia violate International Law? Part I", am 05.10.2023, *<https://olatunander.substack.com/p/did-russia-violate-international>*

**[32]** The Guardian, „'Fuck the EU': US diplomat Victoria Nuland's phonecall leaked – video", am 07.02.2014, *<https://www.theguardian.com/world/video/2014/feb/07/eu-us-diplomat-victoria-nuland-phonecall-leaked-video>*

**[33]** BBC, „Ukraine crisis: Transcript of leaked Nuland-Pyatt call", am 07.02.2014, *<https://www.bbc.com/news/world-europe-26079957>*

**[34]** U.S. Department of State, Robert B. Zoellick, „Whither China: From Membership to Responsibility?", am 21.09.2005, *<https://2001-2009.state.gov/s/d/former/zoellick/rem/53682.htm>*


griffen hat. Aber darauf werde ich hier nicht näher eingehen.

Während der Druck der USA auf China und Russland, insbesondere ab 2014, sie erst als Staaten und dann im Rahmen von BRICS zusammenarbeiten ließen, drängten die USA auf das Konzept einer „regelbasierten Internationalen Ordnung" als „Rechtsrahmen", um russische und chinesische Vetos im UN-Sicherheitsrat zu umgehen. Die USA haben viele internationale Abkommen nicht unterzeichnet „multilaterale Verträge, die ein wesentliches Merkmal des Völkerrechts darstellen" [43] (z.B. das Seerechtsübereinkommen, sie sind nicht Mitglied des Menschenrechtsrates oder des Internationalen Strafgerichtshofes.) Die USA haben immer nur selektiv Völkerrecht und UN-Sicherheitsratsbeschlüsse akzeptiert und oft versucht, dissidente Staaten durch Wirtschaftssanktionen zu isolieren und sie letztlich zu zwingen, einen von den USA inszenierten Regimewechsel zu akzeptieren. Gemäß der UN-Charta dürfen Sanktionen, wie sie von den Vereinigten Staaten verhängt werden, nicht einseitig von einem Staat oder einer Gruppe von Staaten beschlossen werden, sondern müssen vom UN-Sicherheitsrat gebilligt werden, in dem Russland und China ihr Veto erheben können. Sanktionen, wie sie von den Vereinigten Staaten verhängt werden, sind, um den UN-Sonderberichterstatter Alfred de Zayas zu zitieren, „vergleichbar mit der mittelalterlichen Belagerung von Städten, mit der Absicht, sie zur Kapitulation zu zwingen. Sanktionen des 21. Jahrhunderts sollen nicht nur eine Stadt, sondern ein ganzes, souveränes Land in die Knie zwingen." [44] Als die USA in den 1990er Jahren Sanktionen gegen den Irak verhängten, bewirkte dies Hunger und den Tod von einer halben Million Kindern. 1996 fragte ein Journalist die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Madeleine Albright, nach diesen toten Kindern: „Ist es den Preis wert?" Albright antwortete: „Es ist eine schwierige Entscheidung, aber wir glauben, es ist den Preis wert." [45] US-Sanktionen sind eine Form der Kriegsführung, die gegen die UN-Charta verstößt, und die USA mussten deshalb eigene, neue Regeln aufstellen, eine „regelbasierte Internationale Ordnung", die selektiven Gebrauch von Völkerrecht und der UN-Charta macht [46].

US-Verteidigungsminister Jim Mattis sprach im Juni 2017 von „regelbasierter Ordnung" [47], aber vor allem in den letzten Jahren wurde dieses Konzept in der gesamten westlichen Welt als Ersatz für das Völkerrecht verwendet. Der aktuelle Krieg in der Ukraine scheint eine Manifestation dieses Konflikts zu sein. Jetzt stellt sich die neue multipolare Ordnung der „regelbasierten Ordnung" der USA ihrer Unipolarität der 1990er Jahre entgegen.

Während der Kulturrevolution in China mussten alle politischen Akteure die Worte des Vorsitzenden Mao zitieren, um Loyalität und Unterwerfung zu demonstrieren. Auf ähnliche Weise zitieren heute westliche Führer und Sicherheitsanalysten die Worte der Vereinigten Staaten und Präsident Bidens über „Russlands unprovozierten Angriff" und der „vollständigen Invasion" (was Unsinn ist; siehe unten). Im Jahr 2022 sprach Joe Biden in der New York Times von einer „regelbasierten Internationalen Ordnung" [48]. Und ebenfalls in einer Pressekonferenz [49]. In der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA vom Oktober 2022 sagte Biden [50]: „Die regelbasierte Ordnung muss der Grundstein für globalen Frieden und Wohlstand bleiben." Auf der folgenden Atlantic Committee-Konferenz in Oslo im Februar 2023 [51] sprachen alle Hauptredner, einschließlich des Premierministers und des Staatssekretärs für Verteidigung sowie des stellvertretenden NATO-Generalsekretärs, von einer „regelbasierten Ordnung" oder „regelbasierten Weltordnung". Länder wie Norwegen hatten früher der UN und dem Völkerrecht Vorrang eingeräumt, aber jetzt haben sie sich der Sprache der USA unterworfen, die eine selektive Anwendung des Völkerrechts bedeutet, was man auch als „Doppelmoral" bezeichnen kann. Das hat solche Dimensionen erreicht, dass politische Führer in China und Russland Schwierigkeiten haben, mit ihren westlichen Kollegen zu sprechen. Während des Kalten Krieges konnten ranghohe Politiker trotz der sehr unterschiedlichen Ideologien miteinander sprechen, ohne die andere Seite zu beleidigen, aber heute sind die Mediensprache und die poli-



Publiziert auf Free21 am 25.02.2024, 6:00 Uhr

tische Sprache voller Beleidigungen, was jede substantielle Unterhaltung unmöglich macht.

Heute wird weithin anerkannt, dass alle westlichen Spitzenführer Präsident Gorbatschow versprochen hatten, die NATO nicht nach Osten zu erweitern (um Polen und andere Staaten), und dass diese Versprechen in den Protokollen der Treffen dokumentiert wurden. Aber wichtige Politiker des Westens behaupten jetzt, dass es mündliche Versprechen waren, die nie in einem bindenden Vertrag niedergelegt worden seien. „Der Westen hat keinen Vertrag verletzt", sagen sie. Aber das entspricht nicht dem Völkerrecht. Im Wiener Übereinkommen über das Vertragsrecht der Verträge von 1969 ist festgelegt, dass „mündliche Vereinbarungen zwar selten sind, [aber] die gleiche bindende Kraft wie schriftliche Verträge haben können" [52]. Die American Society of International Law erklärte 1997, dass „nach dem Gewohnheitsrecht des Völkerrechts mündliche Vereinbarungen nicht weniger verbindlich sind [als ein formeller Vertrag], wobei ihre Inhalte möglicherweise weniger einfach nachweisbar sind" [53]. Mit anderen Worten, man müsste Notizen von Gesprächen oder Treffen haben, die diese mündlichen Vereinbarungen nachweisen. Der US-Senat schreibt 2001 in „Verträge und andere internationale Abkommen" [54] (für den Ausschuss für Außenbeziehungen), dass „es keinen wesentlichen Unterschied macht, ob eine Regelung mündlich oder schriftlich gemacht wird". Mehrere Autoren beziehen sich auf „den Fall Ostgrönland" [55]. Der norwegische Außenminister hatte 1919 seinem dänischen Amtskollegen (in einem Notizbuch aufgezeichnet) versprochen, dass Norwegen gegen die dänische Souveränität über Ostgrönland keine Einwände erheben würde. Dies überzeugte den Ständigen Internationalen Gerichtshof in Den Haag 1933 (14 Jahre später) davon, dass die mündliche Erklärung des norwegischen Außenministers „jenseits aller Zweifel [...] für dieses Land verbindlich" war [56]. Ein mündliches Versprechen eines Außenministers oder Premierministers an seinen Kollegen in einem anderen Land bindet diese Minister und diese Länder. Beide Seiten ziehen es oft vor, einen formellen Vertrag zu unterzeichnen, aber die mündliche Erklärung ist „nicht weniger verbindlich".

Das bedeutet, dass die NATO-Osterweiterung über Westdeutschland hinaus ab 1999 eine Verletzung einer international anerkannten Vereinbarung und eine Verletzung des Völkerrechts war, aber die westlichen Länder entschieden sich, das anders zu werten. Sie behaupten, dass die NATO das Recht hatte und immer noch hat, ihr Territorium zu erweitern. Gemäß der NATO und gemäß der von den USA initiierten „regelbasierten Internationalen Ordnung" hat jeder einzelne Staat das Recht, Waffen zu stationieren und Allianzen einzugehen, wie es ihm gefällt, während die UN-Charta festlegt, dass jeder Staat für eine friedliche internationale Ordnung arbeiten soll und kein Recht hat, andere Staaten zu bedrohen [57]: Die Sicherheit eines einzelnen Staates kann nicht auf Kosten anderer gewährleistet werden. Dies bedeutet, dass ein Staat nicht nur auf seine eigene Sicherheit achten kann, sondern auch die Sicherheitsinteressen anderer berücksichtigen muss. Man muss auf die „gemeinsame Sicherheit" schauen. Und es scheint mir, dass es beim aktuellen Krieg in der Ukraine um dieses unterschiedliche Verständnis von Völkerrecht, Sicherheitspolitik und Weltordnung geht.

Einige Experten argumentieren, dass die entstehende multipolare Weltordnung weniger stabil sein wird als die bipolare Ordnung des Kalten Krieges und die unipolare Ordnung der 1990er und späteren Jahre. In der multipolaren Welt können Staaten der einen oder überstaatlichen Ordnung beitreten und Allianzzugehörigkeiten ändern. Dies kann das Machtgleichgewicht zwischen verschiedenen Akteuren verändern und die globale Stabilität stören. Das ist wahr, solange es scharfe Konflikte zwischen diesen Staaten gibt. Wenn man jedoch den multilateralen Rahmen der UN akzeptiert, können solche Verschiebungen von Allianzzugehörigkeiten gut bewältigt werden. Wir wissen, dass die bipolare Welt des Kalten Krieges mehrmals kurz vor einem massiven Atomkrieg stand. Und die unipolare Ordnung der 1990er Jahre basierte tatsächlich auf permanenten Kriegen der USA. Die Stabilität des globalen Systems hängt also nicht primär davon ab,

## Quellen:


**[35]** Reuters, Jamie McGeever, „Commentary: The waning power of the petrodollar", am 13.07.2017, *<https://www.reuters.com/article/usa-bonds-petrodollars-idUSL8N1K14NT/>*

**[36]** Time, William Dowell, „Foreign Exchange: Saddam Turns His Back on Greenbacks", am 13.11.2000, *<https://content.time.com/time/subscriber/article/0,33009,998512,00.html>*

**[37]** Wikileaks, „Hillary Clinton Email Archive", E-Mail von Sydney Blumenthal an Hillary Clinton, 01.04.2011, Subject: „H: FRANCE'S CLIENT & Q'S GOLD. SID", *<https://wikileaks.org/clinton-emails/emailid/6528>*

**[38]** Reuters, Phil Stewart und Michelle Nichols, „China role in Saudi, Iran deal a tricky test for U.S.", am 12.03.2023, *<https://www.reuters.com/world/china-role-saudi-iran-deal-tricky-test-us-2023-03-10/>*

**[39]** Amazon, Samuel P. Huntington, „The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order", Simon & Schuster; Later Printing Edition, am 01.01.1996, *<https://www.amazon.com/Samuel-Huntington-Clash-Civilizations-Remaking/dp/B009CIF5TC>*

**[40]** The New York Times, Samuel P. Huntington, „The Coming Clash of Civilizations Or, the West Against the Rest", am 06.06.1993, *<https://www.nytimes.com/1993/06/06/opinion/the-coming-clash-of-civilizations-or-the-west-against-the-rest.html>*

**[41]** Cambridge University Press, John Dugard, „The choice before us: International law or a 'rules-based international order'?", Leiden Journal of International Law, Volume 36 , Issue 2 , Juni 2023 , pp. 223 – 232 DOI: *<https://doi.org/10.1017/S0922156523000043>*, *<https://www.cambridge.org/core/journals/leiden-journal-of-international-law/article/choice-before-us-international-law-or-a-rulesbased-international-order/7BEDE2312FDF9D6225E16988FD18BAF0>*

**[42]** Harvard Kennedy School, Belfer Center, „Thucydides's Trap", *<https://www.belfercenter.org/thucydides-trap/overview-thucydides-trap>*

**[43]** siehe [41]

**[44]** Alfred de Zayas' Human Rights Corner, Alfred de Zayas, „UNILATERAL SANCTIONS AND INTERNATIONAL LAW", am 27.06.2019, *<https://dezayasalfred.wordpress.com/2019/06/30/unilateral-sanctions-and-international-law/>*

**[45]** Youtube, Middle East Eye, „Remembering the legacy of Madeleine Albright in Iraq", am 24.03.2022, *<https://www.youtube.com/watch?v=1T5JRVR53Eo>*

**[46]** siehe [41]

**[47]** U.S. Department of Defense, Jim Mattis, Transcript: „Remarks by Secretary Mattis at Shangri-La Dialogue", am 03.06.2017, *<https://www.defense.gov/News/Transcripts/Transcript/Article/1201780/remarks-by-secretary-mattis-at-shangri-la-dialogue/>*

**[48]** The New York Times, Joseph R. Biden Jr., „President Biden: What America Will and Will Not Do in Ukraine", am 31.05.2022, *<https://www.nytimes.com/2022/05/31/opinion/biden-ukraine-strategy.html>*

**[49]** Weißes Haus, „Remarks by President Biden in Press Conference | Madrid, Spain", am 30.06.2022, *<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2022/06/30/remarks-by-president-biden-in-press-conference-madrid-spain/>*

**[50]** Weißes Haus, „NATIONAL SECURITY STRATEGY", am 12.10.2022, *<https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/10/Biden-Harris-Administrations-National-Security-Strategy-10.2022.pdf>*

**[51]** Den norske Atlanterhavskomité, The Norwegian Atlantic Committee, „Leangkollen Security Conference 2023", am 10.02.2023, *<https://www.atlanterhavskomiteen.no/arrangement/leangkollen-sikkerhetskonferanse-2023>*

ob die Weltordnung bipolar, unipolar oder multipolar ist, sondern vielmehr davon, ob man die UN-Charta akzeptiert oder nicht: ob man „wirksame kollektive Maßnahmen zur Verhinderung und Beseitigung von Bedrohungen des Friedens ergreifen wird“, um die Charta zu zitieren. Man muss auf die Anwendung von Gewalt verzichten, aber ebenso wichtig ist, auf Drohungen mit Gewalt, einschließlich Drohungen durch Stationierungen von Militärkräften zu verzichten. [58].

Einige Experten argumentieren, dass der zunehmende Einfluss eines autoritären Chinas und Russlands die Meinungsfreiheit einschränken würde. Diese Argumentation unterschätzt jedoch die Einschränkungen der Meinungsfreiheit im Westen. Fast jeder westliche Journalist hat von einer „russischen Invasion" gesprochen, mit dem Ziel, die gesamte Ukraine zu „erobern“, während jeder ernsthafte Akademiker, der die militärische Fähigkeiten Russlands und das russische strategisches Denken studiert hat, weiß, dass die russische Mobilisierung begrenzt war, Russland seine Luftwaffe und Marine nur sehr begrenzt eingesetzt hat und die kleine Streitmacht, die Russland eingesetzt hat, ein deutliches Signal an den Westen war, dass sie nicht vorhatten, die komplette Ukraine zu erobern. [59]. Der Ausdruck „Invasion" war nichts als Propaganda. Und bereits frühzeitig wurde klar, dass Russland den Krieg gewinnen würde. Russland hatte den Krieg als „existenziell“ definiert (es ging nicht um Gebietsansprüche) [60]. Darüber hinaus verfügt Russland über eine überwältigende Feuerkraft und hat meist mehr Ukrainer getötet als umgekehrt. Russland ließ die Ukrainer in die Offensive gehen, damit sie noch höhere Verluste hatten. Und Russland hat viel mehr Einwohner als die Ukraine. Es war absehbar unmöglich für die Ukraine, den Krieg zu gewinnen, aber im Westen konnte man nicht darüber sprechen. Die Propaganda des „Familienunternehmens Kagan“ (Institute for the Study of War) [61] hat die westlichen Medien dominiert. Eine ernsthafte Analyse oder gar Dissens war unmöglich. Wenn es um wirklich wichtige Themen geht, wird im Westen nicht offener als in Russland oder sogar China berichtet, eher im Gegenteil. Wichtige Neokonservative behaupteten sogar, dass sie die westlichen Massenmedien kontrollieren können (siehe oben). Eine multipolare Ordnung würde uns wenigstens erlauben, eine Vielfalt von Ansichten zu hören und unterschiedliche Standpunkte aus verschiedenen Teilen der Welt vorgestellt zu bekommen, was einen echten Dialog ermöglichen würde.

Nachdem die Bipolarität des Kalten Krieges verschwunden war, begannen die US-Neokonservativen von einer „unipolaren Weltordnung“ zu sprechen. Die USA wurden als der einzige Pol der Weltmacht „als Führung des industriellen Westens“ beschrieben. Jetzt, im Jahr 2024, sind weder Russland noch China bereit, sich der „Führung“ der USA zu unterwerfen und die BRICS-Länder sind weder bereit, dem Massenmedien- und Finanzsystem der USA noch ihrer „regelbasierten Ordnung“ zu gehorchen. „Mehr als 40 Länder haben bisher Interesse bekundet, den BRICS beizutreten“, sagte der südafrikanische Vorsitzende 2023 [62]. Ein Großteil des globalen Südens stellt sich gegen den westlichen Hochmut aus dem Norden. Die BRICS-Länder werden weiter auf der Anwendung des internationalen Rechts bestehen. Wir erleben jetzt, im Jahr 2024, eine „tektonische Plattenverschiebung“, eine neue geopolitische Spaltung. Die aktuellen Kriege scheinen Ausdruck dieser Spaltung zu sein.

## Quellen:


**[52]** United Nations Treaty Collection, „Definitions“, *<https://treaties.un.org/Pages/overview.aspx?path=overview/definition/page1_en.xml>*

**[53]** American Society of International Law, insights, Vol. 2 Issue: 4, Frederic L. Kirigis, „Treaties as Binding International Obligation“, am 14.05.1997, *<https://www.asil.org/insights/volume/2/issue/4/treaties-binding-international-obligation>*

**[54]** U.S. Government Publishing Office, „TREATIES AND OTHER INTERNATIONAL AGREEMENTS: THE ROLE OF THE UNITED STATES SENATE“, Janauar 2001, *<https://www.govinfo.gov/content/pkg/CPRT-106SPRT66922/html/CPRT-106SPRT66922.htm>*

**[55]** Question of International Law, Jean D´Aspremont, „The International Court of Justice and tacit conventionality“, am 15.06.2015 *<http://www.qil-qdi.org/the-international-court-of-justice-and-tacit-conventionality/>*

**[56]** Permanent Court of International Justice, FASCICULE No 53, „LEGAL STATUS OF EASTERN GREENLAND “, 05.04.1933, *<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/permanent-court-of-international-justice/serie_AB/AB_53/01_Groenland_Oriental_Arret.pdf>*

**[57]** siehe [31]

**[58]** siehe [31]

**[59]** siehe [31]

**[60]** Consortium News, „Text of Putin's Announcement of Military Action“, am 01.03.2022, *<https://consortiumnews.com/2022/03/01/text-of-putins-announcement-of-military-action/>*

**[61]** Institute for the Study of War, „DR. KIMBERLY KAGAN“, *<https://www.understandingwar.org/press-media/staff-bios/dr-kimberly-kagan>*

**[62]** RT, „Russia outlines future vision for BRICS“, am 26.12.2023 *<https://web.archive.org/web/20240115065610/https://www.rt.com/news/589679-russia-outlines-brics-vision/>*




Publiziert auf Free21 am 25.02.2024, 6:00 Uhr

*Palästinenser inspizieren die Schäden nach einem israelischen Luftangriff auf die El-Remal-Area in Gaza-Stadt am 9. Oktober 2023. (Foto: Wafa (Q2915969) (APAimages), Wikimedia Commons, CC-BY-SA-3.0)*

## Die perfekte Verkörperung der „westlichen Werte“:

# Die **Gräueltaten** im Gazastreifen

*Das ist die westliche Zivilisation. So sieht sie aus.*

**Autor: Caitlin Johnstone**

über sich selbst: Schurkenjournalistin. Bogan Sozialistin. Anarcho-psychonautin. Guerilla-Dichterin. Utopia Prepper. Sie ist stolz, zu 100 % leserfinanziert zu werden durch Patreon und Paypal. Arbeitet eng mit „Soulmate/Mitverschwörer“ Tim Foley zusammen. Wenn Sie Caitlin Johnstone unterstützen möchten, können Sie auf ihre Website gehen:

**www.caitlinjohnstone.com**

Dieser Text wurde zuerst am 20.12.2023 auf www.caitlinjohnstone.com unter der URL ‹https://caitlinjohnstone.com.au/2023/12/20/the-atrocities-in-gaza-are-the-perfect-embodiment-of-western-values/› veröffentlicht.
Lizenz: Caitlin Johnstone, CC BY-NC-ND 4.0

Der israelische Präsident Isaac Herzog log nicht wirklich, als er den Angriff auf den Gazastreifen als einen Krieg bezeichnete, „um die westliche Zivilisation zu retten, und um die Werte der westlichen Zivilisation zu retten“ [1]. Er sagte die Wahrheit – vielleicht nur nicht ganz in dem Sinne, wie er es meinte.

Die Zerstörung des Gazastreifens wird tatsächlich zur Verteidigung westlicher Werte begangen und ist selbst eine perfekte Verkörperung dieser Werte. Nicht die Werte, die man in der Schule gelehrt bekommt, sondern diejenigen, die sie lieber im Verborgenen halten möchten. Nicht die attraktive Verpackung mit Werbeslogans auf dem Etikett, sondern das Produkt, das sich tatsächlich in der Schachtel befindet.

Jahrhundertelang hat die westliche Zivilisation stark auf Krieg, Völkermord, Diebstahl, Kolonialismus und Imperialismus gesetzt, die sie mit Narrativen gerechtfertigt hat, die auf Religion, Rassismus und ethnischer Überlegenheit basieren – alles Dinge, die sich heute bei der Einäscherung des Gazastreifens abspielen.

Was wir im Gazastreifen sehen, beschreibt viel besser, wofür die westliche Zivilisation wirklich steht, als das ganze Geschwätz über Freiheit und Demokratie, das wir in der Schule gelernt haben. Eine viel bessere Beschreibung der westlichen Zivilisation als all die Kunst und Literatur, zu der wir uns über die Jahrhunderte hinweg stolz selbst beglückwünschen. Eine viel bessere Beschreibung der westlichen Zivilisation als die Liebe und das Mitgefühl, die wir gerne vorgeben, aus unseren jüdisch-christlichen Werten zu ziehen.

Es ist so surreal, den westlichen Rechten dabei zuzuhören, wie sie inmitten der Zombie-Wiederauferstehung der Islamophobie der Bush-Ära 2023 darüber schwadronieren, wie primitiv und barba-

risch die muslimische Kultur sei, während die westliche Zivilisation einen Berg aus zehntausend Kinderleichen anhäuft.

Dieser Berg von Kinderleichen ist eine viel bessere Beschreibung der westlichen Kultur als alles, was Mozart, da Vinci oder Shakespeare je geschaffen haben. Das ist die westliche Zivilisation. So sieht sie aus.

Die westliche Zivilisation, in der Julian Assange – für Journalismus, der US-Kriegsverbrechen aufdeckte – im Februar auf seine letzte Berufung gegen die Auslieferung an die USA wartet [2].

Wo wir durch einen unaufhörlichen Strom aus Massenmedien-Propaganda gefüttert werden [3], um unsere Zustimmung zu Kriegen und Aggressionen herzustellen, die im 21. Jahrhundert allein Millionen getötet [4] und zig Millionen vertrieben haben [5].

Wo wir durch seichte Unterhaltung und künstliche Kulturkriege abgelenkt werden, damit wir nicht zu sehr darüber nachdenken, was diese Zivilisation ist und wen sie tötet, verstümmelt, hungern lässt und ausbeutet.

Wo Nachrichtenzyklen mehr von Promi-Klatsch und Donald Trumps neuesten Mundfürzen beherrscht werden als von den Massenverbrechen, die aktiv von westlichen Regierungen begünstigt werden.

Wo Liberale sich selbst dafür beglückwünschen, progressive Ansichten zu Rasse und Geschlecht zu haben, während die von ihnen gewählten Amtsträger helfen, Kinderkörper mit Militärsprengstoffen zu zerreißen.

Wo zionistische Juden sich und ihre Emotionen in den Mittelpunkt stellen, weil Widerstand gegen einen aktiven Völkermord ihnen das Gefühl gibt, verfolgt zu werden. Und wo Israel-Unterstützer, die nicht jüdisch sind, sich auch irgendwie verfolgt fühlen.

**Wo ein riesiges, weltumspannendes Reich, angetrieben von Militarismus, Imperialismus, Kapitalismus und Autoritarismus, menschliches Fleisch mit unersättlichem Appetit verschlingt, während wir uns selbst beglückwünschen, wie viel besser wir sind im Vergleich mit Nationen wie dem Iran oder China.**

*Am 22. Januar versammelten sich Demonstranten vor dem Belmarsh-Gefängnis, um sich mit den Inhaftierten zu solidarisieren, darunter Aktivisten, die über die fortgesetzte Inhaftierung von Julian Assange verärgert sind, 22.1.2022. (Foto: Alisdare Hickson, Flickr, CC BY-SA 2.0)*

Das sind westliche Werte. Das ist die westliche Zivilisation.

Wenn Sie jemanden fragen, was für Werte er hat, wird er Ihnen einen Haufen wohlklingender Worte über Familie und Liebe und Fürsorge oder was auch immer nennen. Um zu sehen, was ihre tatsächlichen Werte sind, schauen Sie sich ihre Handlungen an und oft erzählen diese eine ganz andere Geschichte.

Das sind wir. Das ist die westliche Zivilisation. Wir sagen, wir schätzen Freiheit, Gerechtigkeit, Wahrheit, Frieden und freie Meinungsäußerung, aber unsere Handlungen zeichnen ein ganz anderes Bild. Die wirklichen westlichen Werte – das tatsächliche Produkt in der Schachtel hinter dem attraktiven Etikett – sind die Werte, die wir heute im Gazastreifen sehen.

## Quellen:

[1] The Hill Zeitung, Sarah Fortinsky „Israel's president defends ongoing war: 'If it weren't for us, Europe would be next'", am 5.12.2023: *<https://thehill.com/policy/international/4343274-israels-president-defends-ongoing-war-if-it-werent-for-us-europe-would-be-next/>*

[2] Consortium News Nachrichtenportal, Joe Lauria „Assange Appeal Hearing Set for February", am 19.12.2023: *<https://consortiumnews.com/2023/12/19/assange-appeal-hearing-set-for-february/>*

[3] Consortium News, Caitlin Johnstone „Caitlin Johnstone: 15 Reasons Why Media Don't Do Journalism", am 5.6.2023: *<https://consortiumnews.com/2023/06/05/caitlin-johnstone-15-reasons-why-media-dont-do-journalism/>*

[4] The Washington Post, Miraim Berger „Post-9/11 wars have contributed to some 4.5 million deaths, report suggests", am 15.5.2023: *<https://www.washingtonpost.com/world/2023/05/15/war-on-terror-911-deaths-afghanistan-iraq/>*

[5] The Guardian Tageszeitung, Michael Safi „Conflicts since start of US 'war on terror' have displaced 37m people – report", am 9.9.2020: *<https://www.theguardian.com/us-news/2020/sep/09/conflicts-us-war-on-terror-displaced-37-million-people-report>*



Publiziert auf Free21 am 27.01.2024, 6:00 Uhr

*Die Nachbarschaft des Interviewten, Antoun Ananias. (Foto: © Antoun Ananias / https://medium.com/@antounananias)*

# Exklusiv-Interview mit einem **Überlebenden** des Gaza-Ghettos

*Während sein Wohnviertel bombardiert und ausgelöscht wurde, lebte Antoun Ananias weiter allein in einem teilweise nicht funktionstüchtigen Haus, zusammen mit unzähligen Ratten und anderen Krankheitsträgern. Als er schwer erkrankte, hatte er nicht die notwendige Medizin, und in Ermangelung von Wasser muss er sich die Hände mit frischem Urin waschen, der eine desinfizierende Wirkung haben soll.*

**Autor: Felix Abt**

ist der Autor von „A Capitalist in North Korea: My Seven Years in the Hermit Kingdom“ und „A Land of Prison Camps, Starving Slaves and Nuclear Bombs?“. Er kann über seinen Twitter-Account erreicht werden.

**https://twitter.com/felixabt**

Dieser Text wurde zuerst am 18.01.2024 auf www.easternangle.com unter der URL ‹https://www.easternangle.com/exclusive-interview-with-a-survivor-of-the-gaza-ghetto-while-the-neighbourhood-was-bombed-and-wiped-out-antoun-ananias-lived-on-alone-in-a-partially-dysfunctional-house-along-with-countle/› veröffentlicht. Lizenz: Felix Abt, Eastern Angle, CC BY-NC-ND 4.0

Dies ist die herzzerreißende Geschichte eines Palästinensers im Ghetto von Gaza, der die Hölle auf Erden durchlebt.

Wir erfahren auch etwas über die einzigartige Geschichte von Antouns Familie, die aus Jerusalem stammte und dort nach den Aufzeichnungen der griechisch-orthodoxen Kirche tausend Jahre lang lebte. Und er erklärt, warum Juden und Palästinenser in der Vergangenheit gut miteinander auskamen und dass er als junger Mann mit jüdischen Frauen ausging.

[Das Interview, das von Felix Abt geführt und in englischer Sprache im Eastern Angle veröffentlicht wurde, wurde nicht per Telefon oder direkter E-Mail geführt, da dies nicht möglich war, sondern über einen Freund von Antoun Ananias.]

## Interview

*Frage: Lieber Antoun, als der Gazastreifen unter Beschuss stand und die Kommunikation schwierig war, haben Sie sich sehr bemüht, den Kontakt zur Außenwelt durch Ihr Gaza-Tagebuch und einige andere Artikel in Ihrem Blog aufrechtzuerhalten [1]. Selbst als Sie schwer krank waren, haben Sie weiter geschrieben,*

*was Teil Ihrer Überlebenstherapie war. Ich werde Sie in meinen Fragen ausgiebig zitieren, denn Ihre Zitate bieten eine Fülle von Informationen über das Leben im belagerten und bombardierten Gaza, einen Einblick in die faszinierende, lange Reise Ihrer Familie in Palästina und eine fundierte Einschätzung der historischen und politischen Aspekte des Konflikts und seiner Protagonisten.*
*Beantworten Sie, was Sie können. Wenn es angesichts Ihres Zustands körperlich und geistig zu anstrengend ist, fassen Sie sich kurz oder lassen Sie die Frage aus. Sie schreiben, dass Sie so viel Zeit wie möglich ...*

„im Bett verbringen und versuchen, nicht zu denken und sich nicht zu bewegen, da diese Aktivitäten Energie verbrauchen und Energie Nahrung erfordert".

„Ich schlage mich jeden Tag durch, ohne Gesellschaft, ohne Strom, ohne Wärme, ohne Wasser, ohne Hoffnung. Ich habe beschlossen, keine Kalorien zu verbrauchen, solange meine Nahrungsvorräte so gering sind, indem ich tagsüber lese. Lesen und Schreiben verbrauchen mehr Kalorien als praktisch jede andere alltägliche Tätigkeit. Wenn man von ein paar Tüten Datteln und Nüssen lebt, muss man mit dem Kalorienverbrauch sehr vorsichtig sein".

*Energie und Heizen in der kalten Jahreszeit ist ein weiteres Thema, das Sie angesprochen haben:*

„Ich habe noch eine kleine Menge Butangas in der grauen Flasche. Ich rationiere seinen Gebrauch auf die kälteste Stunde vor dem Morgengrauen. Meine Dosen mit Fleischbällchen esse ich kalt. Zu jeder Mahlzeit nehme ich eine halbe Dose Frikadellen und zehn Nüsse zu mir. Es ist hilfreich, wenn das Leben horizontal ist, gedankenlos, eine Nachahmung des Todes".

*Und wegen der Lebensmittelknappheit haben Sie sich sogar daran gewöhnt, abgestandene Lebensmittel zu essen. Nach ein paar Tagen brachte Ihnen ein Verwandter etwas zu essen.*

*Frage: Wie prekär ist die Nahrungsmittelsituation jetzt und was konsumieren Sie derzeit? Wie groß ist die Gefahr einer Hungerkatastrophe?*

*Antoun hat fiebrige Augen und sein kranker Körper ist mit Pusteln übersät. Der Patient behandelt sich selbst mit der knappen und unzureichenden Medizin, die noch übrig ist. (Fotos: © Antoun Ananias / https://medium.com/@antounananias)*

**Antoun Ananias:** Während ich diese Zeilen schreibe, sind immer noch fast eine Million Menschen im Gazastreifen vom Hungertod bedroht, trotz der spärlichen Hilfslieferungen. Angesichts der systematischen Zerstörung der medizinischen Infrastruktur habe ich den traurigen Eindruck, dass es nur eines schweren Krankheitsausbruchs bedarf, um diese unterernährte und schlecht geschützte Bevölkerung zu dezimieren. Wir stehen am Rande einer noch nie dagewesenen Katastrophe. Im Vergleich dazu habe ich es relativ leicht, ich habe eine feste Unterkunft, etwas zu essen und eine Heizung.

*In einem früheren Beitrag erwähnten Sie, dass Sie Ihr „Bett in die Mitte der Wohnung verlegt" haben und fügten hinzu, dass dies „ein sinnloser Akt war, wie jeder Akt in dieser Situation; aber vielleicht ist es dort weniger den Granatsplittern ausgesetzt." Tage später schrieben Sie:*

„Draußen ist eine Landschaft, die ich nicht mehr wiedererkenne. Aus Wohnblöcken sind tiefe Krater geworden, in denen die von den Amerikanern gelieferte bunkersprengende J-Dam-Munition eingeschlagen ist. Irgendwo unter diesen Trümmern liegen tote und sterbende Körper. Vielleicht locken sie die Fliegen und Mücken von meinen Fenstern weg."

*Frage: Sind die Bombardierungen in Ihrem Viertel noch im Gange oder haben die Israelis damit aufgehört, da fast alles plattgemacht und zerstört wurde?*

**Antoun Ananias:** Es ist viel ruhiger geworden. Ich höre nur, was ich höre, und sehe, was ich sehe. Die Landschaft ist so massiv verwüstet, dass sie an die Bombenangriffe auf Dresden, Stalingrad und sogar Hiroshima erinnert, weil so wenig erhalten oder bewohnbar geblieben ist. Es ist schwer vorstellbar, dass dieser massenhafte Zerstörungswahn nicht vorsätzlich begangen wurde, wie damals, als die Römer Karthago zerstörten und den Boden mit Salz bestreuten, damit er nie wieder besiedelt werden konnte.

*Sie schrieben, Ihnen wurde mitgeteilt, dass die Krankenhäuser zerstört worden sind und dass Medikamente und andere Güter knapp sind oder ganz fehlen. Sie erwähnten, dass Sie mehrere Tage lang nicht schreiben konnten:*



Publiziert auf Free21 am 23.02.2024, 6:00 Uhr

„Mein Fieber ist zu heftig, das Delirium zu beispiellos, zu vielfältig."
*Das Einzige, was Ihnen blieb, um Ihrer Krankheit zu trotzen, waren Medikamente gegen Schlaflosigkeit, die Ihnen zumindest...*
„ein paar Stunden Schlaf ermöglichten, wenn kein Granaten- oder Raketenbeschuss stattfand".
*Sie erwähnten kürzlich:*
„Seltsamerweise liefern die Apotheken trotz der Zerstörung aller 27 Krankenhäuser in begrenztem Umfang Medikamente nach Hause – wenn man sie bezahlen kann."

*Frage: Hat sich die Situation mit den Medikamenten etwas verbessert und wie viele können Medikamente bezahlen und was passiert mit den Patienten, die das nicht können?*

**Antoun Ananias:** Wie in jedem Kriegsgebiet gibt es natürlich auch hier Geschäftemacherei. Diejenigen, die über Vorräte an Medikamenten und Lebensmitteln verfügen, nehmen die Verzweifelten aus. Mein Eindruck ist, dass sich nur eine sehr kleine Gruppe diese überhöhten Preise leisten kann.

*Es wird geschätzt, dass mehr als 80 % aller Häuser und auch der größte Teil der Infrastruktur zerstört wurde. Der Gazastreifen ist unbewohnbar geworden. Die israelische Säuberungsaktion ist brutal und effektiv. Selbst diejenigen, die noch in einem (funktionsuntüchtigen) Haus leben, haben mit schwerwiegenden Hygieneproblemen zu kämpfen, die den Unterschied zwischen Leben und Tod ausmachen. Sie sagen:*
„Der größte Teil meiner geistigen Energie wird jeden Tag damit verbraucht, wie ich meine Abfälle entsorgen soll. Vor allem Fäkalien, Urin und Lebensmittelbeutel. Diese ziehen erfahrungsgemäß Fliegen, Mücken und Kakerlaken an – allesamt Überträger von Krankheiten. Meine größte Angst ist es, krank zu werden. Ich würde mit ziemlicher Sicherheit allein sterben, denn selbst wenn ich ein Handysignal finden würde, gibt es in Nord-Gaza keine funktionierenden Krankenhäuser mehr."
*Und Sie fahren fort:*
„Urin ist ein starkes Antiseptikum, wenn er frisch ist. Wenn der Geruch von verrottenden Lebensmitteln durch die Plastikmüllsäcke dringt, die zugebunden und wieder zugedeckt werden, mildert Urin diesen Geruch. Frischer Urin dient als Handwaschmittel, wenn kein Wasser vorhanden ist. In diesem Sinne bin ich den Toten dankbar, und so werden andere vielleicht insgeheim für meinen Körper dankbar sein."
*Frage: Was ist angesichts dieser schrecklichen Situation das wahrscheinliche Schicksal der Bevölkerung im Gazastreifen, die eher „dahinvegetiert", als dass sie unter solch extremen Bedingungen lebt?*

**Antoun Ananias:** Es ist schwer zu sagen, ob das Leben in einer behelfsmäßigen Unterkunft im Winterregen und ohne gesicherte Nahrungsmittelversorgung, wie es die Mehrheit der Bevölkerung führt, auf Dauer möglich ist oder in einer Massenerkrankung enden wird. Ich habe den Kontakt mit Krankheitsüberträgern bewusst vermieden, aber offene Abwasserkanäle und tote Tierkadaver in Verbindung mit einer Bevölkerung, die am Rande des Abgrunds steht, scheinen eine humanitäre Katastrophe biblischen Ausmaßes zu prophezeien.

*Sie haben einige hochinteressante und vielleicht überraschende Beobachtungen gemacht, die den einzigartigen Schmelztiegel Gaza offenbaren, indem Sie schreiben:*
„Gestern sah ich am anderen Ende des Ödlands eine Gruppe der IDF in ihren schlaffen Gurthelmen. Sie führten zwei dunkelhäutige, ältere Männer mit vorgehaltener Waffe zu einem Pritschenwagen. Etwa ein Dutzend Männer waren bereits gefesselt und dicht gedrängt in dem Lastwagen, aber nicht vermummt. Keiner sah jung genug aus, um Kämpfer zu sein. Die meisten Kämpfer haben einen kräftigen Körperbau und sind gut genährt, aber diese Männer sahen gebrechlich, verängstigt und halb verhungert aus."
„Die Menschen im Gazastreifen haben alle Hautfarben. Es gibt blonde Gazaner – ein Erbe der Kreuzfahrer, die hier geblieben sind – Araber, Beduinen, Flüchtlinge aus Yaffa und Jerusalem – aber auch afrikanische Gazaner: Ägypter vom unteren Nil, Sudanesen und Gazaner aus Ost- und Zentralafrika, die auf der Suche nach Bauarbeiten und als Straßenverkäufer in den Streifen kamen. Im Gazastreifen sind praktisch alle Ethnien vertreten; er war vier Jahrtausende lang ein historischer Kreuzungspunkt zwischen der Levante und Ägypten."

*Gaza wird in Ödland verwandelt. (Foto: © Antoun Ananias / https://medium.com/@antounananias)*

*Des Weiteren erklären Sie uns:*
„Diese Afrikaner aus dem Gazastreifen sind seit langem in die Gemeinschaft integriert, und als Muslime wäre es eine große Sünde für jeden, sie zu diskriminieren. Ich bin in der ganzen Welt herumgekommen, aber Gaza ist der einzige Ort, den ich kenne, der wirklich farbenblind ist."

*Frage: Gaza ist also eine erstaunliche Insel der ethnischen und multikulturellen Toleranz. Gilt das auch für Nicht-Muslime wie Sie?*

**Antoun Ananias:** Die Menschen neigen dazu an einem Strang zu ziehen, wenn sie mit einer existenziellen Bedrohung konfrontiert sind, aber paradoxerweise können sie auch grausame und wilde

Überlebensinstinkte entwickeln. Meiner Erfahrung nach werden palästinensische Christen nicht diskriminiert, außer von muslimischen Extremisten, wie etwa einigen Salafisten.

*Lassen Sie uns über Ihre sehr interessante Familiengeschichte sprechen. Ihre Angehörigen sind griechisch-orthodoxe Christen. Ihr Großvater war Priester, ebenso wie sein Großvater. Sie haben geschrieben:*

„Die Familienlegende, die schwer zu verifizieren ist – wie jeder Glaube, den wir als Menschen haben –, besagt, dass wir vom Heiligen Ananias von Damaskus abstammen, der den Heiligen Paulus rettete, indem er ihn in einem Korb vor dem Mob in Sicherheit brachte."

„Mein Onkel, ein angesehener Hausbesitzer in Westjerusalem, heiratete eine jüngere Jüdin und zog sich reich nach Florida zurück. Ich habe ihn nie als Verräter gesehen, wie andere in der Familie; wenn ich mich für Frauen interessiert habe, waren sie meist Jüdinnen."

„Wenige Monate nach der Auswanderung starb mein Onkel an den Schwermetallen im Wasser des Brunnens auf seinem Anwesen. Wenn es mir etwas bedeutet Palästinenser zu sein, dann ist diese Identität einfach eine Erinnerung daran, dass man die Zufälligkeit nicht besiegen kann. Man ist ihr gegenüber machtlos – so wie Chatwin es war [2], wie ich es bin und wie meine Nachbarn, die alle verschwunden sind."

„Mein Vater wurde 1907 in der Altstadt von Jerusalem geboren. Er war ein Untertan des Osmanischen Reiches und wurde der erste Anwalt aus dem Nahen Osten, der als Professor für internationales Recht in Stanford lehrte und später Dekan der Künste und Wissenschaften an der Amerikanischen Universität von Beirut wurde. 1934, als Student der Universität Oxford, wurde er vom britischen MI6 rekrutiert, im selben Jahr wie die drei bekanntesten britischen Verräter Guy Burgess, Donald MacLean und Kim Philby; Doppelagenten, die Hunderte von alliierten Agenten in den Tod schickten."

*Ihr Vater war der geheimnisvollste Mann, den Sie je kannten. Obwohl Sie jahrelang mit ihm gesprochen haben, sagen Sie:*

„Ich habe immer noch keine Ahnung auf wessen Seite er stand, wo seine Loyalität letztendlich lag und wer er wirklich war."

*Er war gut vernetzt und kannte viele prominente Persönlichkeiten der damaligen Zeit. Außerdem sprach er...*

„fließend Hebräisch, lange bevor es sinnvoll wurde, dies zu tun. In der Familienbibliothek gab es neben dem westlichen Buchbestand, der in den Regalen der meisten Professoren zu finden ist, auch viele alte hebräische Bücher. Mein Vater ermutigte mich, Spinoza, Walter Benjamin und Franz Kafka zu lesen, die bis heute zu den von mir am meisten verehrten Autoren gehören."

*Ihr Vater und Sie sind in einer Zeit und unter Umständen aufgewachsen, die sich so sehr von den heutigen unterscheiden als ob Sie auf einem anderen Planeten gelebt hätten. Sie haben sich gut mit Juden verstanden, sich mit ihnen angefreundet, sind mit jüdischen Mädchen ausgegangen und haben sie als Menschen gesehen. Und dasselbe galt für die Juden. Sie schrieben:*

„Ich hatte Beziehungen zu jüdischen Mädchen und ich kann Ihnen versichern, dass es abgesehen von einigen oberflächlichen, erlernten kulturellen Unterschieden keine wesentlichen Unterschiede gibt – nichts, was das eine Volk über das andere stellen würde."

„Wir sollten nicht vergessen, dass Araber und Ostjuden jahrhundertelang in einer relativen Harmonie gelebt haben. Der Höhepunkt dieser fruchtbaren Koexistenz war die Conviviencia al-Andalus."

*Der Rassismus und der Hass, die in den letzten Jahrzehnten aufgekommen sind, haben zu einer nicht enden wollenden Spirale der Gewalt geführt. Es gibt keine jüdische DNA per se, wie Sie erklären, genauso wenig wie es eine palästinensische DNA gibt, und dennoch beschimpfen die Scharfmacher im israelischen Kabinett die Palästinenser als „eine Rasse von Tieren", „ein Schlangenvolk", „Kinder von Amalek" [3], während einige arabische Rassisten abfällige Bezeichnungen für ein Jahwe (Jude) als Mitglied einer niedrigeren Rasse verwenden und denselben oberflächlichen Fehler begehen, wie Sie es beschreiben.*

Der Vater von Antoun Ananias. (Foto: © Antoun Ananias / https://medium.com/@antounananias)

*Frage: Warum sind die einst entspannten Beziehungen, die Sie in Ihrer Jugend erlebt haben, so angespannt und feindselig zwischen den verschiedenen Gruppen geworden?*

**Antoun Ananias:** Die mizrachischen und sephardischen Juden, die im Osmanischen Reich lebten und gediehen, hatten nicht die Absicht, das Land von irgendjemandem zu kolonisieren. Dieses durch europäische Juden verursachte Phänomen löste eine Kaskade unvorhergesehener Folgen aus, da diese Ostjuden oft aus ihren alten Gemeinden vertrieben wurden und daher verständlicherweise verbittert in Israel ankamen. Diese Säuberung des Judentums war politisch unangemessen und wurde von den arabischen Staaten völlig grundlos durchgeführt – zumeist, um lokale Straßenproteste gegen den Zionismus zu zerstreuen, und nicht aus echter oder motivierter Abneigung gegen ihre alten jüdischen Nachbarn.



Publiziert auf Free21 am 23.02.2024, 6:00 Uhr

*Sie geben eine nüchterne Einschätzung der Hauptakteure in diesem Konflikt und entlarven Mythen und Lügen, indem Sie schreiben:*

„Der Iran ist eine einzigartig pragmatische Macht, die selten impulsiv handelt, und die Mullahs sind sich sehr wohl bewusst, dass jeder ernsthafte Angriff auf Israel oder die weltweite Ölversorgung ihr innenpolitisch zerbrechliches Regime zum Scheitern bringen würde. Allein die Vergeltungsmaßnahmen der US-Streitkräfte am Golf würden wirtschaftlich und militärisch einen derartigen Schaden anrichten, dass das iranische Regime schnell implodieren würde – wie bei Gaddafi."

„Bezeichnenderweise sind die Hamas und die bewaffneten palästinensischen Gruppierungen, obwohl sie vom Iran unterstützt werden, in ihren Führungsentscheidungen sehr unabhängig. Sie sind keine Marionetten. Keiner ihrer Führer wird vom Iran protegiert. Die Vorstellung, dass sie Befehle vom Iran entgegennehmen, ist ein zynischer Mythos".

„Kurz gesagt, den USA wurde von Israel eine gefährliche Lüge über die Gefahr, die vom Iran ausgeht, verkauft. Diese Lüge könnte eine leichtgläubige US-Regierung immer noch dazu bringen, den schlimmsten Völkermord unserer Zeit zu ermöglichen – und einen regionalen Konflikt heraufzubeschwören, der in keiner Weise den Interessen der USA dient, sondern nur den kolonialen und expansionistischen Interessen Israels."

*Was die Menschen auch nicht wissen, ist, dass es im Iran Synagogen und Parlamentssitze für Juden gibt und dass die Mullahs sich mit ihnen treffen und austauschen. Dennoch wird den Menschen im Westen erzählt, dass die Hamas und andere palästinensische Widerstandsgruppen radikale antisemitische Islamisten sind und die Juden mit Hilfe des Iran im Meer ertränken wollen.*

*Frage: Können Sie uns ein differenzierteres Bild von ihrem Wesen und ihren Motiven vermitteln?*

**Antoun Ananias:** Das ist eine besonders interessante Frage – was von beiden Seiten verschwiegen und verdrängt wird, sind die außerordentlich langjährigen und komplexen kulturellen, sozialen und kommerziellen Beziehungen zwischen den Ostjuden und ihren arabischen Freunden und Nachbarn. Die arabischen Staaten wurden durch den Verlust ihrer jüdischen Gemeinden erheblich geschwächt – und verloren einen Teil ihres eigenen zerbrechlichen Erbes und ihre Ganzheit als politisches und soziales Ökosystem. Die tragische Vertreibung der Palästinenser löste eine ebenso traumatische Vertreibung der Ostjuden aus. Diese Entwurzelung hinterließ bei denen, die weggingen und bei denen, die zurückblieben, zahlreiche Lücken und Wunden, deren Vermächtnis vielleicht nie geheilt wird, solange die Ostjuden ihren früheren arabischen Kontext nicht akzeptieren. Traurigerweise zelebriert nur eine verschwindend kleine Gruppe israelischer Denker noch aktiv die ostjüdische Tradition, die ebenso reich ist wie die aschkenasische Tradition, obwohl es viele Spannungen zwischen den beiden Gruppen gab, die erst durch jahrzehntelanges Social Engineering und manipulative staatliche Politik in Israel mehr oder weniger verdrängt und begraben werden konnten.

*Vielen Dank, Antoun, dass Sie uns dieses Interview gewährt haben. Uns fehlen die Worte, um auszudrücken, wie wir über Ihre schreckliche Situation denken und wie frustriert wir sind, dass wir nichts dagegen tun können.*

## Quellen:


[1] Medium, Antoun Ananias Blog, Startseite, *<https://medium.com/@antounananias>*

[2] Wikipedia, „Bruce Chatwin", *<https://en.wikipedia.org/wiki/Bruce_Chatwin>*

[3] Youtube, Judge Napolitano – Judging Freedom, „Prof Jeffrey Sachs: The significance of the reference to Amalek", am 13.01.2024, *<https://www.youtube.com/watch?v=7Swh4tdZNN8>*

# „Darum geht es: Den Völkermord sofort zu stoppen!“

*Der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag, Niederlande. Bild: Wikimedia Commons, User Velvet. Lizenz: CC BY-SA 4.0 DEED*

**Interview mit Prof. Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas, Völkerrechtler und ehemaliger UN-Mandatsträger von Thomas Kaiser**

## Im Interview:
### Alfred Maurice de Zayas

Alfred Maurice de Zayas (geboren am 31. Mai 1947 in Havanna, Kuba) ist amerikanischer Rechtsanwalt, Schriftsteller, Historiker und ein führender Experte auf dem Gebiet der Menschenrechte und des Völkerrechts. Von 2012 bis April 2018 war er unabhängiger Experte der Vereinten Nationen für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung (auch bekannt als Sonderberichterstatter), der vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen ernannt wurde.

Dieser Text wurde zuerst am 17.01.2024 auf www.dezayasalfred.wordpress.com unter der URL ‹https://dezayasalfred.wordpress.com/2024/01/17/darum-geht-es-den-volkermord-sofort-zu-stoppen/› veröffentlicht.
Lizenz: Alfred De Zayas, Lizenz CC 4.0

***Zeitgeschehen im Fokus:*** *Welche Bedeutung hat es, dass Südafrika im Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg an den Internationalen Gerichtshof (IGH) gelangt ist?*

**Professor Dr. Alfred de Zayas:** Die Tatsache, dass das Vorgehen Israels gegen die Palästinenser vor den Internationalen Gerichtshof gekommen ist, ist eine historische Zäsur, eine bewusste Ablehnung der Straflosigkeit Israels seit 75 Jahren, ein Schrei für Gerechtigkeit, ein Ausdruck der Hoffnung in der internationalen Justiz, eine logische Folge der Verpflichtungen, die sich aus der UNO-Charta ergeben. Besonders wichtig ist der Antrag gemäß Art. 41 des Statuts des IGH, vorsorgliche Maßnahmen zu bezeichnen. Dies bedeutet einen Antrag, dass Israel sofort aufhört, Palästinenser abzuschlachten.

Südafrika hat den Anklage-Brief am 29. Dezember 2023 eingereicht [1], und das Gericht hat den Fall als Nr. 192 registriert [2]. Allerdings wäre es besser gewesen, wenn die Initiative von einer Koalition von Staaten aus Afrika, Asien, Lateinamerika, Europa (zum Beispiel Spanien, Norwegen, Schweden) gekommen wäre. In einer derartigen fundamentalen Frage der jahrzehntelangen Impunität (Straflosigkeit/Straffreiheit, Anm. d. Red.) des Staates Israel – für die laufenden Okkupationsverbrechen, für die Apartheidspolitik, für die Unterdrückung der Palästinenser – braucht man internationale Solidarität. Heute, am 11. Januar 2024, nimmt der IGH seine Untersuchungen auf, indem beide Seiten verhört werden und ihre Argumente vorbringen können. Israel wehrt sich dage-



Publiziert auf Free21 am 13.02.2024, 6:00 Uhr

gen, sein Vorgehen gegen die Hamas als Völkermord bezeichnet zu sehen.

Zweifelsohne haben Hamas-Politiker Verbrechen an israelischen Zivilisten befohlen, und der militärische Arm der Hamas hat diese Verbrechen vollzogen. Zweifelsohne müssen sie auch bestraft werden. Aber hier geht es nicht nur um den 7. Oktober, sondern um Jahrzehnte der Unterdrückung durch Israel, um die seit 2007 von Israel verhängte Blockade, die für eine humanitäre Katastrophe in Gaza sorgte, wogegen sich die Hamas wehrte. Die UNWRA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, Anm. d. Red.) hat die Situation in Gaza seit Jahren dokumentiert. [3] Allein die Blockadepolitik erfüllt Artikel II c der Völkermordkonvention „vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen." Berichte belegen, was die israelische Politik seit dem 7. Oktober bedeutet: Nun sind alle Palästinenser in Gaza Freiwild. [4]

Alle kennen die „Doktrin" der Responsibility to Protect (General Assembly Resolution 60/1 vom 24. Oktober 2005, Paragraphen 138 und 139). [5] Wenn diese Doktrin überhaupt etwas bedeutet, dann wohl im Gaza-Krieg.

*Warum wird gerade Südafrika in dieser Angelegenheit aktiv?*

Der Präsident Südafrikas, Cyril Ramaphosa, hat sich bereits als ernstzunehmender Staatsmann auf der Weltbühne profiliert, etwa mit seinem 10-Punke-Plan für Frieden im Ukraine-Krieg. Er ist nach Kiew und Moskau gereist und will Vernunft in der Weltpolitik sähen. Ramaphosa ist nicht der einzige Afrikaner, der die Politik des Westens für verbrecherisch hält. Besonders wichtig ist Ramaphosas Verwendung des Artikels 41 des IGH-Statuts, der besagt:

> „Der Gerichtshof ist befugt, sofern es seines Erachtens die Umstände erfordern, diejenigen vorsorglichen Maßnahmen zu bezeichnen, die zum Schutze der Rechte jeder Partei getroffen werden müssen."

Darum geht es – den Völkermord sofort zu stoppen. Mir scheint es, dass die Verheißung der Vernunft und des Rechts nicht mehr aus Amerika und Europa kommt, sondern aus der sogenannten „Dritten Welt", von einer globalen Mehrheit, die den westlichen Imperialismus, die westliche Doppelmoral und Hypokrisie (Synonym für Heuchelei/Scheinheiligkeit, Anm. d. Red.) satt hat. Die westlichen Staaten haben dagegen die Verbrechen Israels nicht nur geduldet, sondern auch mitfinanziert.

*Man kann die Kriegsführung Israels kritisieren, der mehrheitlich Zivilisten zum Opfer fallen. Aber geht Südafrika hier nicht zu weit, indem es das Vorgehen Israels als Völkermord einstufen lassen will? Hat ein Völkermord nicht größere Dimensionen?*

Den südafrikanischen Juristen ist es gelungen, eine brillante Artikulierung der Völkerrechtskonvention und des Völkerrechts vor den Richtern zu machen. [6] Israel strebt aber eine Umkehrung der Realität an. Südafrika liegt völkerrechtlich richtig. Niemand kann bestreiten, dass Artikel II, Absätze a, b und c durch Israel verletzt worden sind. Die Lage ist juristisch gesehen klar. Politisch gesehen, so drehen und wenden sich die israelischen und amerikanischen Juristen verzweifelt und versuchen, die „Absicht" der endgültigen „ethnischen Säuberung" Palästinas als „Selbstverteidigung" zu tarnen. Die vielen Aussagen von israelischen Politikern und Militärs widerlegen aber diese Banalisierung der Lage.

Artikel II: „In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören: (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe; (b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe; (c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; (d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind; (e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe." Hinzu kommt, dass seit Jahrzehnten die UNO-Sonderberichterstatter über den Israel/Palästina-Konflikt die Verbrechen genau dokumentiert haben, unter anderen John Dugard, Richard Falk, Michael Link [7] und Francesca Albanese. [8]

*Sind nicht noch weitere Verfahren gegen Israel anhängig?*

Doch, der Gang Südafrikas an den IGH ist nicht das einzige Verfahren, mit dem Israel konfrontiert ist. Seit Beginn des Jahres 2023 läuft die „Advisory Opinion" über die „Legal Consequences of the Continued Occupation of Palestine by Israel" (Die rechtlichen Konsequenzen der anhaltenden Besatzung Palästinas durch Israel), wobei vor allem die Apartheidpolitik Israels untersucht wird. [9]Zusätzlich gibt es noch den Fall vor dem Internationalen Strafgerichtshof, der von Algerien und anderen Staaten eingebracht wurde, und zwar persönlich gegen Benjamin Netanjahu. [10] Und als Letztes gibt es eine weitere Untersuchung vor dem UNO-Ausschuss gegen Rassendiskriminierung – eine Inter-State Complaint (zwischenstaatliche Beschwerde) von Palästina gegen Israel. [11] Israel muss sich mehrfach für sein Vorgehen vor internationalen Gremien verantworten. Nicht nur vor dem IGH wegen Völkermords. Deshalb spreche ich von einer Zäsur.

*Was sind die Kriterien, um ein Vorgehen als Völkermord zu klassifizieren?*

Man muss vor allem „intent" beziehungsweise die „Absicht", Völkermord zu begehen, beweisen. Erstaunlicherweise liefern die konkreten Aussagen und Befehle israelischer Politiker und Militärs den Beweis, die „Gruppe" der Palästinenser „als solche ganz oder teilweise zu zerstören". So berichtet Professor Norman Finkelstein in seinem Buch „Gaza". [12] Der ehemalige UNO-Sonderberichterstatter für das besetzte palästinensische Gebiet, Richard Falk, und UNO-Berater Jeffrey Sachs haben dies in etlichen Berichten dargelegt.

Das Vorgehen Israels in Gaza erfüllt zweifelsohne die Kriterien eines Völkermords. Aber nicht erst seit dem 7. Oktober 2023. Das Vorgehen Israels erfüllte auch seit Jahrzehnten die Kriterien des Verbre-

chens der Apartheid im Sinne der Konvention von 1976 („International Convention on the Suppression and Punishment of the Crime of Apartheid"). [13]

Artikel III der Völkermordkonvention besagt: Die folgenden Handlungen sind zu bestrafen: (a) Völkermord, (b) Verschwörung zur Begehung von Völkermord, (c) unmittelbare und öffentliche Aufhetzung zur Begehung von Völkermord, (d) Versuch, Völkermord zu begehen, (e) Teilnahme am Völkermord.

*Ist hier nur Israel im Fokus? Das Land wird nahezu von allen europäischen Staaten unterstützt.*

Seit Jahrzehnten haben westliche Staaten und Medien Israel als das einzige „demokratische" Land im Mittleren Osten gepriesen. Gleichzeitig haben sie die Palästinenser karikiert und gegen sie Hetze betrieben, und dabei gegen Artikel 20 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte verstoßen. Jene Politiker, Journalisten, Akademiker und Medien, die die Verbrechen Israels banalisieren und verleugnen, sind ebenfalls im Sinne des Artikels III Absatz c der Völkermordkonvention daran beteiligt. Hier kann man sich auf die Jurisprudenz des Internationalen Strafrechtstribunals für Ruanda stützen [14] sowie auf die Jurisprudenz des IGH in seinem Urteil von 1996 im Fall Bosnien vs. Serbien, die auch eine Verpflichtung aller Staaten feststellte, Maßnahmen zu ihrer Verhütung vorzunehmen. [15] Die Hetze und Verleugnung in westlichen Medien verstoßen gegen diese Jurisprudenz.

*Gemäß UNO-Charta hat Israel das Recht auf Selbstverteidigung. Warum soll das hier nicht gelten?*

Nein, das ist nicht so einfach. Israel kann sich nicht auf Artikel 51 der UNO-Charta berufen, denn Israel ist ein Okkupant, ein Besetzer. Da gelten vor allem die Genfer Konventionen von 1949 und die Zusatzprotokolle von 1977. Wiederum können die Palästinenser wohl ihr Recht auf Selbstbestimmung behaupten und daher auch ein Recht auf Selbstverteidigung gegenüber Israel in Anspruch nehmen und sich dabei auf etliche UNO-Resolutionen stützen, unter anderem auf 2625 und 3314, sowie auch auf die vielen Resolutionen der Generalversammlung über das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser.

Selbstverteidigung ist mit Völkermord nicht gleich zu setzen. Hier sind zwei Aspekte des Artikel 51 der UNO-Charta hervorzuheben. Die Anwendung von Gewalt ist dem Sicherheitsrat vorbehalten. Selbstverteidigung ist eine Ausnahme und nur dann möglich, wenn es von kurzer Dauer ist, bis sich der Sicherheitsrat damit beschäftigt. Der UNO-Generalsekretär António Guterres hat Artikel 99 der UNO-Charta aktiviert und den Sicherheitsrat aufgefordert, Frieden in Gaza zu ermöglichen. Dies ist durch einen Staat, die USA, vereitelt worden. Außerdem muss jede „Selbstverteidigung" die Verhältnismäßigkeit wahren. Art. 51 der UNO-Charta liefert keine Legitimierung der Völkermordpolitik Israels. [16]

*Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa (10 Downing Street, Lizenz: United Kingdom Open Government Licence v3.0.)*

Hier sind zwei Punkte hervorzuheben. Der Angriff der Hamas vom 7. Oktober war nicht der Beginn des Krieges – sondern eine Antwort auf die illegale Blockade, die Israel gegen Gaza seit 2007 unterhält. [17]

Man denkt sofort an den Aufstand im Warschauer Ghetto 1943. Gewiss hatten die Nazis kein Recht auf „Selbstverteidigung" gegenüber den Juden im Warschauer Ghetto, die durch die Nazis verhungert sind. Der Warschauer Aufstand im Mai 1943 war durchaus verständlich und legitim. Aber er wurde durch die Nazis mit Völkermord beantwortet.

Ein zweiter Punkt ist hervorzuheben. Die „Antwort" der Israelis auf die 1.200 Toten vom 7. Oktober hat inzwischen etwa 23.000 Menschenleben in Gaza gekostet – überwiegend Frauen und Kinder – Zivilisten, die unter der IV. Genfer Konvention von 1949 schutzberechtigt sind. Hier ist eine groteske Verletzung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit.

*Warum kann Südafrika diese Klage einreichen?*

Artikel IX der Völkermordkonvention vom 9. Dezember 1948 besagt: „Streitfälle zwischen den vertragschließenden Parteien hinsichtlich der Auslegung, Anwendung oder Durchführung dieser Konvention einschließlich derjenigen, die sich auf die Verantwortlichkeit eines Staates für Völkermord oder eine der sonstigen in Artikel III aufgeführten Handlungen beziehen, werden auf Antrag einer der an dem Streitfall beteiligten Parteien dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet."

Dies bedeutet, dass der IGH unmittelbare Jurisdiktion über den Fall besitzt. Jede Staatspartei der Völkermordkonvention kann einen Fall direkt an den IGH schicken, ohne vorherige Resolution des Sicherheitsrates.

Die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes ist eine „Erga omnes"-Verpflichtung aller Staaten. Und tatsächlich haben sich inzwischen eine Reihe von Staaten im Sinne Südafrikas geäußert. Man darf hoffen, dass sie alle Gutachten an den Internationalen Gerichtshof liefern, damit der Genozid in Gaza gestoppt wird und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Dies wäre auch die Aufgabe des Internationalen Strafgerichtshofs. Art. 6 des Statuts von Rom [18] liefert die Basis für eine juristische Untersuchung des Falls und eine Bestrafung nicht nur von Premierminister Benjamin Netanyahu, sondern auch von allen Politikern, die Netanyahus Politik dadurch ermöglicht haben, dass sie die Waffen lieferten und immer noch liefern, die für den Völkermord an den Palästinensern gebraucht werden. Artikel III e der Völkermordkonvention macht auch diese Politiker strafbar – unter anderen George W. Bush, Barack Obama, Donald Trump und Joe Biden. Mitverantwortliche sind auch viele europäische Politiker, unter anderen Rishi Sunak, Emmanuel Macron, Olaf Scholz et cetera.



Publiziert auf Free21 am 13.02.2024, 6:00 Uhr

*Angenommen, der IGH bestätigt die Einschätzung Südafrikas. Was hätte das für Folgen für die israelische Regierung?*
Zunächst ein enormer Verlust an Prestige. Aber Israel besitzt eine mächtige Propagandamaschinerie in der ganzen Welt und hat seit 1947 seine falsche Darstellung der Fakten in den meisten Medien durchgesetzt. Juristisch gesehen müsste Israel den Krieg sofort beenden und enorme Wiedergutmachung an die Palästinenser bezahlen. Aber der Internationale Gerichtshof besitzt keine Möglichkeiten, für die Umsetzung seiner Urteile zu sorgen. Dies kann der UNO-Sicherheitsrat, aber er kann es nicht tun, denn die USA werden mit Sicherheit ein „Veto" einlegen – inzwischen sind es mehr als 80 Resolutionen über Israel, die die USA durch ein Veto vereitelt haben.

Nur eine Weltkoalition, die die Straffreiheit Israels nicht mehr duldet, könnte Zwangsmaßnahmen ergreifen, zum Beispiel keinen Handel mehr mit Israel treiben, nichts kaufen, nichts verkaufen, keinem israelischen Flugzeug Landegenehmigung geben, keinem israelischen Schiff Hafen bieten.

*Hat Israel die Möglichkeit gegen ein allfälliges Urteil zu rekurrieren?*
Gegen ein Urteil des Internationalen Gerichtshofs gibt es keine Appellationsmöglichkeit. Bisher hat Israel UNO-Resolutionen am Laufmeter ignoriert. Auch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004 wurde von Israel total ignoriert – und dies ohne Konsequenzen, weil die USA nach wie vor Israel schützen, egal welche Verbrechen es begeht. Leider gibt es zu viele Präzedenzfälle, bei denen die Urteile des IGH ignoriert worden sind, so zum Beispiel das Urteil von 1986 gegen die USA wegen ihrer Aggressionen gegen und ihrer Einmischung in Nicaragua. Die USA haben keinen Rappen Wiedergutmachung an Nicaragua bezahlt. [19]

*War das das Gutachten vom Juli 2004 über die von Israel damals geplante Mauer auf palästinensischem Gebiet?*
Ja, damals ging es um den Bau der Mauer auf palästinensischem Gebiet, was vom IGH in einem Gutachten als völkerrechtswidrig bezeichnet wurde. Die UNO-Charta und etliche völkerrechtliche Verträge, unter anderem der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, der Internationale Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte, die Konvention gegen die Rassendiskriminierung, die Konvention über Kinderrechte, und so weiter wurden durch Israel verletzt. Das 70 Seiten umfassende Gutachten wurde mit 14 Richterstimmen angenommen. Die einzige Gegenstimme war jene des Richters aus den USA, Thomas Buergenthal. Das Gutachten hat die Folgen der Israel-Politik verurteilt und Umsetzungsvorschläge unterbreitet, unter anderem die sofortige Zerstörung der illegalen Mauer und die Zahlung von Kompensation an die Opfer. Dies ist nicht geschehen. [20]

*Was kann die UNO sonst noch tun?*
Der UNO-Generalsekretär António Guterres müsste deutlicher werden, kein Blatt vor den Mund nehmen. Den Völkermord als solchen bezeichnen und noch einmal Artikel 99 der UNO-Charta in Anspruch nehmen und den UNO-Sicherheitsrat entsprechend ermahnen.

*Welches Zukunftsszenario sehen Sie?*
Keiner weiß, wie sich die Sache weiter entwickelt. Es besteht eine große Gefahr, dass sich Staaten wie die Türkei, Iran, Irak, Libanon, Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien und Syrien tiefer in die Sache einmischen. Dies könnte zu einem III. Weltkrieg führen.

Das Problem ist nicht nur die Person Benjamin Netanyahu, der nicht einlenken wird, auch wenn er von jüdischen Professoren wie Ilan Pappé [21] und Jeffrey Sachs [22] mehrfach aufgefordert worden ist, sich an das Völkerrecht zu halten. Das Problem liegt in der „Arrogance of Power". [23]

*Welche weitere Implikation hat der israelische beziehungsweise der US-amerikanische Starrsinn?*
Israel und die USA versuchen, die UNO-Charta auszuschalten, die Völkermordkonvention von 1948 und die Genfer Konventionen von 1949 zu unterminieren. Wenn es so weiter geht, und dies von der Weltgemeinschaft toleriert wird, haben wir ein Chaos, haben wir kein Völkerrecht mehr. Wenn der IGH das israelische Vorgehen nicht deutlich verurteilt

## Quellen:


[1] Webseite "International Court of Justice" *<http://www.icj-cij.org/case/192>*

[2] CNN, "Israel is facing a genocide case in international court. Could it halt the war in Gaza?" am 11.01.2024 von Abbas Al Lawati *<http://www.msn.com/en-us/news/world/israel-is-facing-a-genocide-case-in-international-court-could-it-halt-the-war-in-gaza/ar-AA1mGYyK>*

[3] CNN, "U.N. aid agency describes the dire humanitarian crisis in Gaza" *<https://edition.cnn.com/videos/world/2024/01/07/exp-unrwa-gaza-intv-fst-010701aseg01-cnni-world.cnn>*

[4] AP Online, "Senior UN official denounces 'blatant disregard' in Israel-Hamas war after many UN sites are hit" von Abby Sewell am 06.12.2023 *<https://apnews.com/article/unrwa-lazzarini-gaza-israel-hamas-war-95ce3c409bd8566ed26d60aa75223546>*

[5] United Nations, "Resolution adopted by the General Assembly, 16 September 2005" *<http://www.un.org/en/development/desa/population/migration/generalassembly/docs/globalcompact/A_RES_60_1.pdf>*

[6] YouTube, Kanal DW News, Video "South Africa presents arguments accusing Israel of 'genocidal acts' in Gaza at the ICJ" vom 11.01.2024 *<http://www.youtube.com/watch?v=MOW_1exsHE8>*

[7] ClarityPress, Buch "PROTECTING HUMAN RIGHTS IN OCCUPIED PALESTINE: Working Through the United Nations" von John Dugard, Michael Lynk und Richard Falk *<http://www.claritypress.com/product/protecting-human-rights-in-occupied-palestine-working-through-the-united-nations/>*

[8] Office of the High Commissioner of Human Rights, "Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967" *<http://www.ohchr.org/en/special-procedures/sr-palestine>*

[9] Internationaler Strafgerichtshof, "Legal Consequences arising from the Policies and Practices of Israel in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem" *<http://www.icj-cij.org/case/186*

[10] Middle East Monito, " Algeria calls on ICC to hold Israel accountable for its crimes in Gaza" am 07.11.2023 *<http://www.middleeastmonitor.com/20231107-algeria-calls-on-icc-to-hold-israel-accountable-for-its-crimes-in-gaza/>*

[11] Office of the High Commissioner of Human Rights, "Interstate communications Qatar v. Kingdom of Saudi Arabia and Qatar v. United Arab Emirates" *<http://www.ohchr.org/en/treaty-bodies/cerd/inter-state-communications>*

[12] Buch von Norman Finkelstein "GAZA: An Inquest into Its Martyrdom" *<http://www.normanfinkelstein.com/books/gaza-an-inquest-into-its-martyrdom/>*

[13] Vereinte Nationen, "International Convention on the Suppression and Punishment of the Crime of Apartheid" *<http://www.un.org/en/genocideprevention/documents/atrocity-crimes/Doc.10_International%20Convention%20on%20the%20Suppression%20and%20Punishment%20of%20the%20Crime%20of%20Apartheid.pdf>*

[14] United Nations International Residual Mechanism for Criminal Tribunals *<unictr.irmct.org/>*

[15] Internationaler Strafgerichtshof, "Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Serbia and Montenegro)" *<icj-cij.org/case/91/judgments>*

[16] Charta der Vereinte Nationen *<http://www.un.org/en/about-us/un-charter>*

[17] Amnesty International, "Israel/OPT: Israel must lift illegal and inhumane blockade on Gaza as power plant runs out of fuel" am 12.10.2023 *<http://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/10/israel-opt-israel-must-lift-illegal-and-inhumane-blockade-on-gaza-as-power-plant-runs-out-of-fuel/*

[18] Internationaler Strafgerichtshof, "Rome Statute of the International Criminal Court" *<http://www.icc-cpi.int/sites/default/files/RS-Eng.pdf>*

[19] Internationaler Strafgerichtshof, "Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua (Nicaragua v. United States of America)" *<http://www.icj-cij.org/case/70>*

und wenn die UNO-Generalversammlung keine konkreten Maßnahmen ergreift, können wir die UNO vergessen. Es war „eine gute Idee“, aber manche Staaten haben sie beerdigt.

*Wie beurteilen Sie die bisherige Berichterstattung über den IGH-Fall?*
Viele Politiker und Journalisten in Lateinamerika, Afrika und Asien berichten einigermaßen objektiv. Es lohnt sich, viele Quellen zu lesen und viele Argumente zu hören. Ich verfolge die Berichterstattung in Aljazeera, CGTN, Global Times, Asia Times, Telesur und so weiter, auch in RT und Sputnik, denn ich lese Russisch. Natürlich lügen viele, und viele unterdrücken wichtige Informationen. Viele Politiker und Journalisten in den USA und Europa, unter anderen The New York Times, Washington Post, CNN, BBC sind nicht um Objektivität bemüht. Vielmehr machen sie eine Apologie von Kriegsverbrechen und Völkermord. Besonders peinlich empfinde ich die Doppelmoral in den USA und in Deutschland.

*Was kann Südafrika, was können die afrikanischen Staaten tun, wenn der IGH und der Internationale Strafgerichtshof (ICC) nicht agieren?*
Der IGH agiert schon. Ich rechne mit der Bezeichnung von vorsorglichen Maßnahmen gemäß Artikel 41 des IGH-Statuts, das heißt Waffenstillstand. Wenn Israel dies missachtet, haben wir natürlich mit einer zusätzlichen Verletzung des Völkerrechts zu tun.

Was den Internationalen Strafgerichtshof betrifft: Sollte der Chefankläger beim ICC nicht einlenken und keine Anzeige gegen Netanyahu erlassen, sollten die afrikanischen Staaten en masse ihre Beteiligung im ICC und das Statut von Rom kündigen. Der jetzige Chef-Ankläger ist britischer Staatsbürger und verfolgt seit Jahren eine US- und UK-Politik. Seine Glaubwürdigkeit ist gleich null. Die Afrikaner und Asiaten sollten darauf bestehen, dass er zurücktritt.

*Wie ist es so weit gekommen? Wieso befindet sich die Welt in dieser Misere?*
Ich versuche einige Antworten in meinem Buch „Building a Just World Order“ zu liefern, vor allem im Kapitel 2, meine „25 Prinzipien der Weltordnung“, Kapitel 3 „Peace as a Human Right“ und Kapitel 5 „The Right of Self-determination of Peoples.“ [24] Tatsächlich ist die Realisierung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker eine friedensfördende präventive Strategie. Auch der Gaza-Krieg ist ein Krieg um das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes.

Der UNO-Menschenrechtsrat hat in etlichen Resolutionen die Ursachen so vieler Völkermorde und Kriege dargelegt, unter anderem in der Resolution 48/7 vom Oktober 2021. Aber das, was spezifisch Israel und Palästina betrifft, wir wissen, dass dies eine sehr lange Vorgeschichte hat, und vieles davon hat mit Imperialismus und Kolonialismus zu tun. In der Tat ist die Politik Israels gegenüber den Palästinensern eine Art Kolonialismus, und die Verbrechen gehen zurück auf die infame, imperialistische „Balfour Declaration“ des britischen Außenministers Arthur James Balfour vom 2. November 1917. [25] Diese Erklärung hat entsetzliche Konsequenzen für Millionen Menschen im Nahen Osten entfaltet – nicht nur in Palästina, sondern auch in Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien. Das „Israel-Experiment“ hat die Welt seit 1947 in permanenter Spannung gehalten.

*Was würden Sie vorschlagen – nicht als Völkerrechtsprofessor, sondern als Mensch?*
Man muss alles für den Frieden tun, für Frieden mit Gerechtigkeit, für Frieden auf der Basis der Sicherheitsratsresolution 242 vom 22. November 1967 [26], auf der Basis des IGH-Gutachtens vom 9. Juli 2004. [27] Ich würde gerne Millionen Menschen sehen, die in Washington, London, Paris, Berlin, Rom, Madrid, Zürich auf die Straßen gehen und einen sofortigen Waffenstillstand verlangen. Sei es durch „civil disobedience“, ich möchte sehen, dass die Menschen in demokratischen Ländern verlangen, dass ihre Politiker Schluss mit Kolonialismus und mit Imperialismus machen. Als Christ möchte ich sehen, dass die Menschheit die Bergpredigt (Matthäus V, VI, VII) ernst nimmt, vor allem, dass alle Christen bemüht sind, Frieden überall in der Welt zu stiften, dass wir alles tun, damit Frieden im Heiligen Land zurückkehrt. Ich empfehle allen diese zwei Bücher von Ex-Präsident Jimmy Carter zu lesen: „We can have Peace in the Holy Land“ (2009) [28] und „Palestine: Peace Not Apartheid“ (2006). Simon and Schuster, New York. [29]

Ich hatte die Ehre, diese Bücher mit Präsident Carter zu diskutieren, als ich sein Gast im Carter Center in Atlanta war. Hätten wir heute einen Jimmy Carter im Weißen Haus, hätten wir den Völkermord in Gaza nicht, hätten wir diese Tragödie nicht. „War is over – if you want it“ – wie John Lennon sang.

*Herr Professor de Zayas, ich danke Ihnen für das Gespräch.*

## Quellen:


**[20]** Internationaler Strafgerichtshof, "Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory" *<http://www.icj-cij.org/case/131>*

**[21]** Democracy Now, "Israeli Historian Ilan Pappé on Gaza War, Hostages & the Context Behind Current Violence" von Ilan Pappé am 31.10.2023 *<http://www.democracynow.org/2023/10/31/ilan_pappe_israel_invades_gaza>*

**[22]** Webseite Jeffrey Sachs, "Saving Israel by Ending Its War in Gaza" am 01.01.2024 *<http://www.jeffsachs.org/newspaper-articles/ssm8mz6kfzys-dwb9gh6m7ykhlk7sa7>*

**[23]** Buch "J. William Fulbright: The Arrogance of Power", Penguin 1967. *<https://archive.org/details/arroganceofpower0000fulb/page/n9/mode/2up>*

**[24]** ClarityPress, Buch "BUILDING A JUST WORLD ORDER" von Alfred de Zayas *<http://www.claritypress.com/product/building-a-just-world-order/>*

**[25]** BBC, "Balfour Declaration: The divisive legacy of 67 words" von Yolande Knell am 02.11.2017 *<http://www.bbc.com/news/world-middle-east-41765892>* und History.com "Balfour Declaration" am 14.12.2017 *<http://www.history.com/topics/middle-east/balfour-declaration>*

**[26]** Digitale Bibliothek der Vereinten Nationen, "Resolution 242 (1967) / [adopted by the Security Council at its 1382nd meeting], of 22 November 1967." *<https://digitallibrary.un.org/record/90717>*

**[27]** Internationaler Strafgerichtshof, "Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory" *<http://www.icj-cij.org/case/131>*

**[28]** Internetarchiv Archive.org, Buch von Jimmy Carter: "We can have peace in the Holy Land : a plan that will work" *< https://archive.org/details/wecanhavepeacein0000cart>*

**[29]** Democracy Now, "Palestine: Peace Not Apartheid… Jimmy Carter in His Own Words" am 30.11.2006 *<http://www.democracynow.org/2006/11/30/palestine_peace_not_apartheid_jimmy_carter>*




Publiziert auf Free21 am 13.02.2024, 6:00 Uhr

(Foto: © Bundespolizei)

## Überarbeitung des Bundespolizeigesetzes:

# Ampelregierung will **Zentralisierung der Staatsmacht** „gezielt stärken“

**Autor: Laurenz Nurk**

Laurenz Nurk ist ein Gewerkschaftsaktivist aus Dortmund und Gründer von www.gewerkschaftsforum.de

Dieser Text wurde zuerst am 21.01.2024 auf www.gewerkschaftsforum.de unter der URL ‹https://gewerkschaftsforum.de/ampelregierung-will-die-zentralisierung-der-staatsmacht-speziell-die-bundespolizei-mit-der-ueberarbeitung-des-bundespolizeigesetzes-gezielt-staerken/› veröffentlicht. Lizenz: Laurenz Nurk, Gewerkschaftsforum, CC BY-NC-ND 3.0

In fast allen Bundesländern wurden in den letzten sieben Jahren die Polizeigesetze verschärft. Man muss dies als ein politisches Handlungsziel sehen, dass die präventive Gefahrenabwehr, die in den Polizeigesetzen der Länder geregelt ist, nun auf der Bundesebene einheitlich gestaltet werden soll.

Hatte man doch genau diese föderalen Strukturen deshalb aufgebaut, weil im deutschen Faschismus eine ungeheuer große zentralisierte Machtkonzentration geschaffen wurde, was man Ende der 1940er Jahre noch vermeiden wollte.

Heute wird wieder angestrebt, unter dem Deckmantel sich ähnelnder, immer wieder verschärfter, neuer Landespolizeigesetze mit einem ebenfalls verschärften bundesweiten Polizeigesetz, eine neue Zentralisierung der Staatsmacht zu konstruieren.

Die Ampelregierung will nun speziell die Bundespolizei durch eine Überarbeitung des Bundespolizeigesetzes „gezielt stärken“. Die Koalition verständigte sich Ende des Jahres 2023 auf einen entsprechenden Gesetzentwurf. Es geht vorgeblich vor allem um mehr Kompetenzen im Kampf gegen Schleuser. So erhalten die Beamten unter anderem neue Rechte zur Telefonüberwachung und auch für den Einsatz von Drohnen und anderen unbe-

mannten Fahrzeugsystemen, wenn von diesen eine Gefahr ausgeht. In bestimmten Fällen gilt dies auch für die Erhebung von Verkehrsdaten.

## Der strafende und disziplinierende Staat

Die Auswirkungen der „Agenda 2010“, die von der rot-grünen Bundesregierung Anfang des Jahrhunderts auf den Weg gebracht wurde, haben der politischen Kultur und dem sozialen Klima im Land dauerhaft geschadet.

Der Arbeitsmarkt wurde dereguliert, der Sozialstaat demontiert, eine Steuerpolitik betrieben, die den Reichen mehr Reichtum und den Armen mehr Armut gebracht und auch der Mittelschicht deutlich gemacht hat, dass ihr Abstieg jederzeit möglich ist. Damit reagieren die Stärkeren ihre Abstiegsängste, Enttäuschung und ihre Ohnmacht an den Schwächeren ab. Begleitet wird das Ganze von dem Misstrauen gegenüber den Mitmenschen, und wenn man sieht, dass der Staat überall ein Sicherheitsproblem entdeckt, das mit martialischen Einsätzen der Sicherheitskräfte entschärft werden muss, dann wird die gefühlte Bedrohung real erlebt und nach dem noch stärkeren Staat gerufen.

Dabei ist es erforderlich, denen, die nichts mehr haben, als strafender und disziplinierender Staat entgegenzutreten und den Menschen mit Abstiegsängsten sowie denen mit großen Vermögen einen starken Staat zu demonstrieren.

## Verschärfung der Polizeigesetze der Länder

Bei der seit sieben Jahre andauernden Verschärfung der Polizeigesetze der Länder richtet sich das Hauptaugenmerk gar nicht so sehr auf die vorgebliche Strafverfolgung, die schon einheitlich in der Strafprozessordnung geregelt ist, sondern auf den Bereich der präventiven Gefahrenabwehr, die in neue Landespolizeigesetze gegossen wurde.

Kern der neuen Gestaltung im Polizeirecht auf der Länderebene ist die Ausweitung polizeilicher Befugnisse und die Aufweichung der dafür notwendigen Voraussetzungen. Nicht mehr die objektive Gefahr, sondern vermeintliche Gefährder werden in den Mittelpunkt des staatlichen Handelns gestellt, solche Personen, die die Polizei für gefährlich hält. Die permanenten sogenannten Reformen folgen dabei dem bekannten Argumentationsmuster, bei dem immer neue Eingriffsbefugnisse erforderlich sind, um die innere Sicherheit gegen ihre Feinde verteidigen zu können. Die neuen Polizeigesetze der Länder haben Folgendes hervorgebracht:

- Das präventive Polizeirecht soll eine Gefahr schon dann abwehren, bevor der Schaden eintritt. Das kehrt den bisherigen Grundsatz um, dass ein Eingriff erst dann erfolgen darf, wenn eine konkrete Gefahrenlage vorliegt. Hier wird die Schwierigkeit entstehen zu entscheiden, bei welchen Szenarien eine Gefahr droht und welche Maßnahmen gerechtfertigt sind.
- Alle neuen Polizeigesetze haben sich die Vorfeldkategorie der drohenden Gefahr zu Eigen gemacht und daran vielfältige Eingriffe wie Telefonüberwachung oder Online-Durchsuchungen geknüpft. Hier steht die Quellen-Kommunikationsüberwachung (TKU) im Vordergrund, wobei die „Staatstrojaner“ direkt an der Quelle die Endgeräte beeinflussen. Gemeinsam mit der Online-Durchsuchung wird der Nutzer vollkommen durchleuchtet und man erhält ein allumfassendes Persönlichkeitsprofil.
- Die Videoüberwachung ist ein weiteres, gemeinsames Element der neuen Gesetze. Es sollen dabei nicht nur die bekannten Örtlichkeiten mit erhöhter Zahl an Straftaten überwacht werden, sondern auch solche Orte, bei denen nach der polizeilichen Prognose zukünftig erhöhte Straftatenzahlen erwartet werden können. Das gleiche Prinzip soll auch bei großflächigen, verdachtsunabhängigen Kontrollen angewandt werden, wenn abstrakt eine Erwartung bestimmter Straftaten besteht. Dann sind auch ohne konkreten Verdacht Personen zu durchsuchen. Eine typische Einfallstür für das Racial Profiling.
- Die Strafprozessordnung legt fest, dass jemand, der eine Straftat begeht, nach einem Prozess von einem Gericht verurteilt wird. Das Polizeirecht aber fragt nicht nach Beweisen, sondern nach der Gefahrenlage. Die festgehaltene Person muss nicht wie bisher spätestens am Tag nach der Festsetzung den polizeilichen Gewahrsam verlassen. Auch hier wird neuerdings das Prinzip der Präventivhaft eingeführt. In den einzelnen Bundesländern ist die Dauer dieser Haft unterschiedlich geregelt worden, benannt werden Haftzeiträume von einem bis zu drei Monaten.
- Die Verschärfungen von Befugnissen zur polizeilichen Ingewahrsamnahme wurden 2017 mit der Einführung der „Unendlichkeitshaft“ in Bayern begonnen, anschließend zogen viele Länder nach. Dabei erfüllen diese Befugnis-

©Bundespolizei



Publiziert auf Free21 am 19.02.2024, 6:00 Uhr

se nicht länger mehr nur den Zweck, Schaden abzuwenden. So darf in Bayern die Polizei Menschen in Gewahrsam nehmen, die der Anordnung einer „elektronischen Fußfessel“ nicht Folge leisten oder in Nordrhein-Westfalen zur Durchsetzung von Identitätsfeststellungen. Als „Lex Hambi“ erlangte die Befugnisnorm traurige Berühmtheit, als 2019 erstmals Klima-Aktivisten für eine Woche hinter Gittern verschwanden, weil sie die erkennungsdienstliche Erfassung unterliefen.

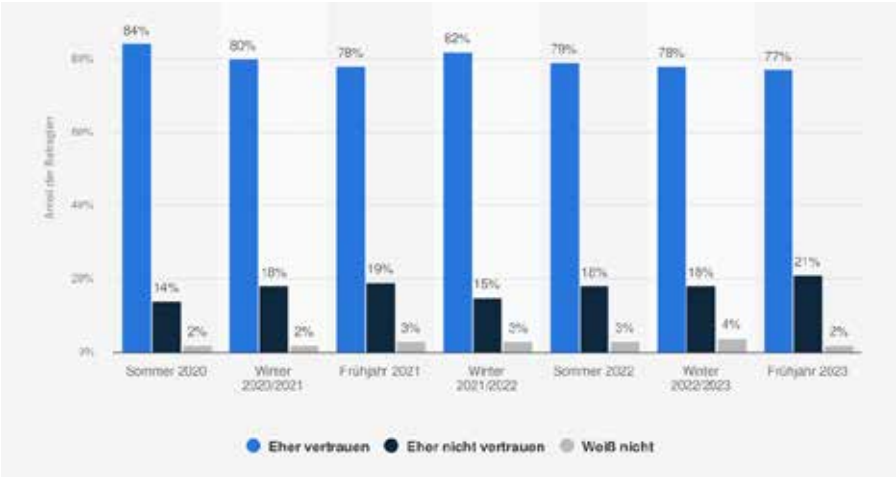
- Ausgeweitet wurden auch Befugnisse zur manuellen und automatisierten „Schleierfahndung“: In Bayern reicht der Polizei nunmehr der Verweis auf eine angeblich „drohende Gefahr“ für ein bedeutendes Rechtsgut, um sich Ausweisdokumente zeigen zu lassen. In Brandenburg und Schleswig-Holstein wurden Kontrollen auf beliebigen Durchgangsstraßen ermöglicht, wenn die Polizei meint, dass diese von Bedeutung für grenzüberschreitende Kriminalität seien. In Nordrhein-Westfalen heißt das neue Instrument „strategische Fahndung“. Dort darf die Polizei im öffentlichen Verkehrsraum zur Verhütung von Straftaten von erheblicher Bedeutung im Sinne des § 8 Absatz 3 (PolG NRW) und zur Verhütung von terroristischen Straftaten nach § 8 Absatz 4, zur Verhütung gewerbs- oder bandenmäßig begangener grenzüberschreitender Kriminalität oder zur Unterbindung des unerlaubten Aufenthalts, Personen anhalten und befragen sowie die zur Feststellung der Identität erforderlichen Maßnahmen nach § 12 Absatz 2 treffen. Auch Rheinland-Pfalz folgte anderen Ländern und erlaubte die automatisierte Erfassung der Kennzeichen vorbeifahrender Fahrzeuge und den Abgleich mit polizeilichen Registern. Sachsen will sogar „Bildaufzeichnungen“ des Verkehrs in einem 30-Kilometer-Korridor im Hinterland der Grenzen zu Polen und Tschechien, um die Gesichter von Fahrzeuginsassen automatisiert zu erkennen.
- In einem halben Dutzend Bundesländern wurden neue Waffen legalisiert, viele davon eher als nachholende Entwicklung, wie die Aufnahme von Distanzelektroimpulsgeräten („Taser“) in die Waffenkataloge von Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Neuland betraten Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen mit der Einführung von Handgranaten.
- Der Einsatz unbemannter Luftfahrtsysteme („Drohnen“), die die Polizei seit rund zehn Jahren nutzen, wurde in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern erstmals rechtlich normiert. Erlaubt ist der Einsatz dort nicht nur zur Überwachung von Veranstaltungen oder „gefährlichen Orten“, sondern auch für verdeckte Observationen oder das Ausspähen von Computern.
- In Bayern wurde außerdem erstmals das bislang nur aus der Strafprozessordnung bekannte DNA-Phänotyping ins Polizeirecht eingeführt, mit dem ein „genetisches Phantombild“ erstellt werden soll. In Hessen und Hamburg sollten Normen zur automatisierten Datenanalyse eingeführt werden, mittels derer Datenbestände auf Beziehungen und Zusammenhänge sowie statistische Auffälligkeiten untersuchen werden können.
- Die neuen Landespolizeigesetze brachten den Durchbruch für Bodycams, deren Einsatz in zahlreichen Ländern rechtlich vorbereitet bzw. auf Privatwohnungen ausgeweitet wurde. Bundesweit wurden mittlerweile tausende Schulterkameras angeschafft. In Baden-Württemberg, das die Technik 2019 eingeführt hatte, wurden bis Juli 2021 bei mehr als 30.000 Einsätzen Aufzeichnungen gemacht.

Bisher war der Platzverweis die gängige Maßnahme, Menschen von einem bestimmten Ort zu entfernen. Das ist dahingehend umgekehrt worden, dass die Polizei nun ermächtigt wird, Personen dazu zu verdonnern, sich nicht von einem bestimmten Platz zu entfernen. Die Befugnisse gehen so weit, auch Kontaktverbote zu bestimmten Personen oder Gruppen auszusprechen. Dieser Hausarrest soll die Person von ihrem sozialen und politischen Umfeld isolieren, wenn nötig, auch mit der elektronischen Fußfessel.

Die neuen Landespolizeigesetze stärken die Befugnisse der Polizei ungemein, sie wird mit einer riesigen Machtfülle ausgestattet. Der einst positiv besetzte Begriff der Prävention bekommt nun eine ganz neue, unheimliche Bedeutung. Die Zahl der Menschen, die in eine konfliktträchtige Konfrontation mit der Staatsmacht geraten, wird ansteigen, denn das Verhältnis zwischen Einwohnern und Polizeikräften ist seit Jahren schon angespannt. Die Steigerung der Kosten für Personaleinsatz oder für Auf- und Ausrüstung, geht gleichzeitig mit einer Steigerung der Konfrontationszenen einher.

## Einheitliches Polizeigesetz

Parallel zum Ausbau der landesgesetzlichen Regelungen hat sich auch die Diskussion um ein einheitliches Polizeigesetz intensiviert. Die Idee eines




*Wie sehr vertrauen Sie der Polizei? 1553 Befragte ab 15 Jahre, Face-to-Face-Befragung. Veröffentlicht durch Europäische Kommission. Herkunftsverweis: Standard Eurobarometer 99, Tabellenanhang, Seite 75, Juli 2023. In Statista. Zugriff am 07. Februar 2024 (https://de.statista.com/statistik/daten/studie/377233/umfrage/umfrage-in-deutschland-zum-vertrauen-in-die-polizei/)*

Musterpolizeigesetzes als rechtspolitisches Steuerinstrument besteht schon seit den 1970er Jahren. 1977 wurde ein erster Entwurf durch die Innenministerkonferenz (IMK) beschlossen. 40 Jahre später, im Juni 2017, wurde von der IMK zwecks Vereinheitlichung des Polizeirechts eine Arbeitsgruppe eingerichtet, mit dem Auftrag, „hohe gemeinsame gesetzliche Standards und eine effektive Erhöhung der öffentlichen Sicherheit zu erreichen". Der Bericht der Arbeitsgruppe liegt seit März 2021 vor und wurde von der IMK im Juni 2021 zur Kenntnis genommen, Details wurden bisher nicht veröffentlicht.

Ende Dezember 2023 hat das Bundeskabinett den neuen Gesetzentwurf zur Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes verabschiedet. Die Bundesregierung begründet die Reform unter anderem mit „aktuellen Gefährdungslagen", ohne näher darauf einzugehen, welche das sein sollen. Mit dem 166 Seiten starken Gesetzentwurf soll die Bundespolizei mehr Befugnisse erhalten, um

- sich an die technische Entwicklung sowie an aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen und Gefahrenlagen anzupassen.
- die Telekommunikation zu überwachen und Verkehrsdaten zu erheben. Auch Handys und Mobilfunkkarten dürfen nach richterlichem Beschluss, identifiziert und lokalisiert werden.
- vor allem gegen Schleuser oder Extremisten vorzugehen. Dabei darf die Bundespolizei auch Drohnen einsetzen oder selbige abwehren, wenn von diesen Gefahren ausgehen, mit Hilfe von Netzwerfern, elektromagnetischen Impulsen oder Abschüssen.
- die Effizienz beim Betreiben eigener Drohnen und bei der Drohnenabwehr, bei der Speicherung von DNA-Identifizierungsmustern sowie zum Erlass von Meldeauflagen und Aufenthaltsverboten zu verbessern.
- die Datenerhebung sowie den Einsatz von V-Leuten und verdeckten Ermittlern neu zu regeln.
- die Regeln beim Einsatz von Bodycams anzupassen, die besagen, dass Polizisten nach eigenem Ermessen und lediglich zum eigenen Schutz entscheiden können, ob sie Bodycams einschalten oder nicht.
- die DNA-Identifizierungsmuster speichern zu dürfen und Meldeauflagen oder bis zu dreimonatige Aufenthaltsverbote zu erteilen, beispielsweise für Fußballhooligans.
- eine Bild- und Tonüberwachung in Gewahrsamsräumen zu erlauben, um die Hemmschwelle für Übergriffe von Inhaftierten zu senken und das Handeln der Polizeikräfte zu dokumentieren.

Außerdem sollen alle Bewerber und Beschäftigte der Bundespolizeibehörde sicherheitsüberprüft werden können. Das soll verhindern, „dass extremistische Personen versuchen, für die Bundespolizei tätig zu werden". Bisher war eine Sicherheitsüberprüfung nur in bestimmten Fällen möglich.

Auch für mehr Bürgernähe und Transparenz will die Regierung sorgen – mit einer Legitimations- und Kennzeichnungspflicht für Bundespolizistinnen und -polizisten. Kontrollierte Personen sollen künftig das Recht haben, eine Bescheinigung über die Durchsuchung ausgestellt zu bekommen. In dieser soll der Grund für die Maßnahme festgehalten sein. Überprüfte hätten dann das Recht, von der Bundespolizei Kontrollquittungen einzufordern. Vermerkt werden müssten dort Ort, Zeit und Grund der Maßnahme, auch eine digitale Ausstellung sei möglich. In Bremen gibt es diese Quittungen bereits seit 2021 – die allerdings nur wenig nachgefragt werden.

In der Regierungskoalition wurde lange darum gestritten, ob die polizeiliche Praxis des Racial Profiling, also rassistische Kontrollen, im Gesetz verboten werden soll. Am Ende kam ein Kompromiss heraus, der die umstrittene Praxis wohl kaum beenden wird. Laut dem Gesetzentwurf wird die Auswahl einer Person für eine Kontrolle anhand Herkunft, Geschlecht, Religion oder Sprache „ohne sachlichen, durch den Zweck der Maßnahme gerechtfertigten Grund" unzulässig. Ein solcher „sachlicher Grund" dürfte allerdings schnell gefunden werden. Obwohl das Grundgesetz staatliche Stellen verpflichtet, ihre Aufgaben so auszuüben, dass sie niemanden diskriminieren, wird der Gesetzentwurf diesem Anspruch nicht gerecht. Er enthält Regeln, die rassistische Diskriminierung sogar stärker begünstigen als bisher, auch weil das Gesetz an wichtigen Stellen allein auf die Bedürfnisse und den Schutz der Polizei zugeschnitten ist und das Recht des einzelnen Menschen auf Nichtdiskriminierung zu kurz kommt.

## Ausweitung polizeilicher Kompetenzen ohne wirksame Mechanismen zur Kontrolle

Im Zuge der Polizeirechtsnovellen in den einzelnen Bundesländern hat es nicht einmal 10 Jahre gedauert, dass ohne große Widerstände über die Landespolizeigesetzgebung als Hebel die Ampelregierung nun die Zentralisierung der Staatsmacht, speziell die Bundespolizei gezielt stärken will. Mit der Überarbeitung des Bundespolizeigesetzes will man genau die föderalen Strukturen wieder abbauen, die verhindern sollten, dass wie im deutschen Faschismus eine ungeheuer große unkontrollierbare und zentralisierte Machtkonzentration geschaffen wird.

Das Vorhaben wird wie immer schon mit Argumentationsmustern begründet, dass die neuen Eingriffsbefugnisse nötig seien, um die „innere Sicherheit gegen ihre Feinde verteidigen zu können". Anstatt einer objektiven Gefahr werden nun vermeintliche „Gefährder", also Personen, welche die Polizei für gefährlich hält, in den Fokus staatlichen Handelns gerückt

Wer erwartet, dass im Gegenzug zur Ausweitung polizeilicher Kompetenzen wirksame Mechanismen zur Kontrolle der Anwendung dieser Befugnisse geschaffen würden, wird enttäuscht.

### Quellen:

**Bundespressestelle,** Pressemitteilung des BMI, Polizeigesetze der Länder, Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF), Beschlüsse. IMK-Sitzung, BW PolG, Bundesverfassungsgericht, Polizei-Drohnen in Deutschland, Tübingen 2021, Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, Landesparlamente, Cilip



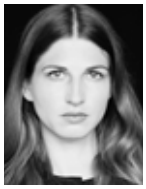
Publiziert auf Free21 am 19.02.2024, 6:00 Uhr

# Freispruch für den US-Autor CJ Hopkins

*Der freigesprochene Angeklagte CJ Hopkins, seine Übersetzerin (links) und sein Strafverteidiger Friedemann Däblitz (rechts). (Bild: © Aya Velázquez)*

*Der US-amerikanische Autor CJ Hopkins wurde heute vom Amtsgericht Tiergarten freigesprochen. Warum der Fall größer ist als Hopkins – und leider kein Einzelfall.*

**Autor: Aya Velazquez**



Unabhängige Journalistin und Kulturanthropologin. Schreibt zu Meta-Perspektiven auf globale Übergangsagenden und über den öffentlichen Diskurs.

**Twitter: https://twitter.com/aya_velazquez**
**Telegramm: t.me/ayawasgeht**

Dieser Text wurde zuerst am 23.01.2024 auf www.velazquez.press/ unter der URL ‹https://www.velazquez.press/p/freispruch-fur-den-us-amerikanischen› veröffentlicht. Lizenz: © Aya Velazquez

Heute (23.01.2024, Anm. d. Red.) um 12 Uhr wurde im Amtsgericht Berlin-Tiergarten über den Fall des international bekannten amerikanischen Autors und Satirikers Christopher Jaynes Hopkins verhandelt. Hopkins wurde von dem ihm zur Last gelegten Vorwurf der „Verbreitung verfassungswidriger Symbole“ freigesprochen. Als Strafverteidiger trat der Anwalt Friedemann Däblitz auf. Es waren so viele Besucher zur Verhandlung erschienen, dass die Verhandlung in einen größeren Saal umverlegt werden musste. Obwohl große internationale Medien-Outlets wie *The Atlantic* und die *NZZ* über den Fall berichtet hatten, waren Vertreter öffentlich-rechtlicher Medien-Outlets nicht zugegen. Einzig die *Epoch Times* und einige freie Journalisten inklusive meiner Wenigkeit waren für eine Berichterstattung anwesend.Nach der Abklärung der personenbezogenen Daten wurde der Strafbefehl verlesen. Die Straftat, die Hopkins vorgeworfen wurde, waren zwei Posts auf X, in denen Hopkins Abbildungen seines Buchtitels **„The Rise of the New Normal Reich“** eingebunden hatte, auf denen eine Maske mit einem transparent durchscheinenden Hakenkreuz zu erkennen ist. Hopkins wurde diesbezüglich die „Verbreitung von Kennzeichen einer nationalsozialistischen Organisation” zur Last gelegt. Dadurch sei die visuelle Abbildung „durch einen größeren durch persönliche Beziehungen nicht verbundenen Personenkreis wahrgenommen worden“.

In seinem Eingangsstatement bestätigte Hopkins: **„Ich habe diese Tweets gepostet“.** Die Gründe für das Posten die-

ser Beiträge führte er auf Englisch aus: Er habe vor einer neuen Form des Totalitarismus warnen wollen, die Lügen der Regierung und die wahren Absichten hinter den Maskenverordnungen offenlegen wollen.

Die Richterin wollte wissen, ob sie Hopkins' Einlassungen dahingehend richtig verstanden habe, dass er das Hakenkreuz benutzt hat, um auf „eine Fehlentwicklung in der Gesellschaft hinzuweisen".

Hopkins antwortete, er habe das, was er heute als Form des Totalitarismus des 20. Jahrhunderts wahrnehme, mit dem Beginn der Entwicklungen, die zu Nazi-Deutschland führten, verglichen – und er sei der Meinung gewesen, dass er das darf. In diesem Zusammenhang legte er dem Gericht Beweismaterial vor – etwa einen Titel des Magazins *Stern*, das Trump mit einem Hitler-Gruß zeigt.

Er verwies zudem auf das Beispiel des britischen Journalisten Douglas Murray, der erst kürzlich die Hamas mit den Nazis verglichen hätte und behauptet hatte, die „Hamas seien schlimmer als die Nazis", weil letztere sich für ihre Taten wenigstens noch geschämt hätten, und sich abends nach vollbrachten Taten dafür hätten „kollektiv besaufen" müssen, wohingegen die Hamas stolz auf ihre Taten sei. Auf den Einwand der Richterin, was ein britischer Journalist mit Deutschland zu tun habe, antwortete Hopkins, dass der deutsche Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach das Interview mit Murray begeistert geteilt habe, ebenso wie der deutsche Publizist Jan Fleischhauer, der den Beitrag mit den Worten „großartig" kommentiert hatte. Heutige Phänomene mit den historischen Nazis zu vergleichen sei in Deutschland also sehr wohl Usus – es werde allerdings nicht belangt, wenn Figuren des politischen Mainstreams diese Vergleiche anstellten. In seinem Fall aber schon.

Die Richterin wandte daraufhin ein, es ginge heute nur um die Verwendung eines strafrechtlich relevanten Symbols, sonst würde man sich hier nur unendlich verheddern. Hopkins erwiderte, es ginge sehr wohl um die Zulässigkeit eines getroffenen Vergleichs, denn in der Verfügung der Staatsanwaltschaft aus der Ermittlungsakte, die überhaupt erst zur Aufnahme des Falles geführt hatte, war ihm selbiges zur Last gelegt worden: Unter anderem, mit der bildlichen Verknüpfung von Maske und Hakenkreuz würde er den Holocaust relativieren. Er würde damit eine „Normalisierung" des Symbols vorantreiben. Hopkins' Anwalt Friedemann Däblitz bekräftigte, es ginge um den 86a des Strafgesetzbuches, und in der Verfügung der Staatsanwaltschaft aus der Ermittlungsakte, die überhaupt erst zur Aufnahme von Ermittlungen geführt hatte, stand genau dieser Anklagepunkt. Die Richterin betonte erneut, die Zulässigkeit dieser Vergleichsziehung sei aber nicht Teil der Anklage. Hier ginge es nur um die Zulässigkeit des Symbols im verwendeten Kontext.

Hopkins führte weiter aus, die Geschichte der Verwandlung von Deutschland 1933 in das NS-Regime sei extrem gut dokumentiert. Mithilfe von Notstandsgesetzen wie der Reichstagsbrandverordnung, die durch demokratische Institutionen umgesetzt wurde, sei der Regierung die Macht gegeben worden, Grundrechte außer Kraft zu setzen.

> „Ich denke deshalb, dass es mein Recht ist, Maßnahmen, die durch den Bundestag gelaufen sind und totalitär sind, mit Maßnahmen zu vergleichen, die sich auf gleichem Wege im 20. Jahrhundert ereignet haben."

Der Staatsanwalt stellte die Nachfrage, Hopkins hätte ausgeführt, er habe sich mit der deutschen Geschichte und dem deutschen Strafrecht auseinandergesetzt. Ob ihm denn bekannt gewesen sei, dass die Verbreitung des Hakenkreuzes in Deutschland strafbar sei. Hopkins antwortete, er wisse seit Jahren, dass die Verwendung des Hakenkreuzes strafbar ist, aber auch, in welchen Kontexten die Verbreitung NICHT strafbar ist. Als Beispiel gab er ein Rammstein-Video an, in dem sich die Sänger als SS-Offiziere verkleidet hatten. Fälle wie diese etwa seien vom Ausnahmetatbestand Kunst betroffen. Ähnlich verhalte es sich mit Satire, oder historischer Berichterstattung über das Dritte Reich. Er bezeichne sich selbst eigentlich als „free speech absolutist" – aber im Falle Deutschlands respektiere

*Cover des Magazins Stern Nr. 35 vom 24.08.2017.*

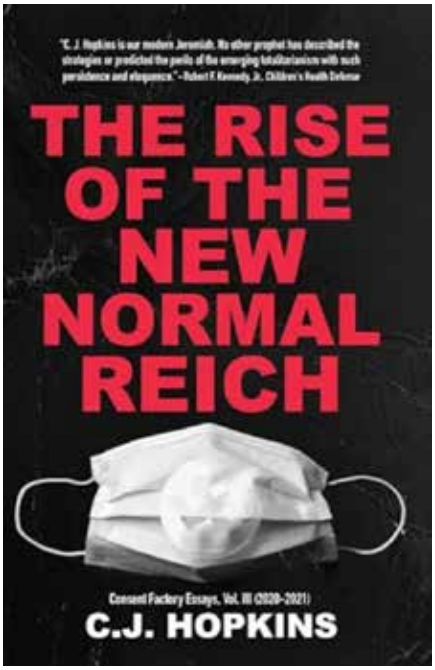
er das Gesetz, dass das Symbol aufgrund der deutschen Geschichte nicht im alltäglichen oder glorifizierenden Kontext von Menschen verwendet werden darf. Er sei sehr froh, dass ein Gesetz dafür sorge, dass nicht Neonazis mit Hakenkreuzen auf dem Oberarm durch die Straßen patrouillieren dürften, und er respektiere dieses Gesetz.

Anschließend wurde über die Frage diskutiert, ob auf der bildlichen Darstellung des Hakenkreuzes auf Hopkins' Buch „The Rise of the New Normal Reich" das Hakenkreuz „auf" der Maske prangen würde, oder, wie Hopkins sage, transparent von hinten durchscheine. Hopkins erwiderte, er würde kein Kunstwerk erstellen, auf das er ein Hakenkreuz 'on top' packe. Selbiges hätte er seinem Grafikdesigner bei der Cover-Gestaltung auch nicht erlaubt.

Es folgte eine Einlassung des Staatsanwalts. Für ihn gehe es nicht so sehr darum, ob Herr Hopkins die Maßnahmen kritisiert hätte. Es gehe um die Verwendung des Symbols, und ob bei diesen beiden Fällen in eindeutiger und offensichtlicher Weise die Gegnerschaft zur NS-Ideologie hervorgeht. Hopkins persönliche gegnerische Einstellung zur NS-Ideologie habe dieser hier ausgeführt und das glaube er als Staatsanwalt ihm auch. Die Abbildung in besagten zwei X-Posts „gebe aber für unbeteiligte Dritte nicht



Publiziert auf Free21 am 07.02.2024, 6:00 Uhr




*Buchtitel von CJ Hopkins "The rise of the New Normal Reich". Im Zuge der bekannt gewordenen Anklage gegen Hopkins wurde das Buch aus dem deutschen Amazon entfernt. In den USA und UK ist es erhältlich und ein Bestseller.*

ohne Weiteres her", dass Herr Hopkins sich in Gegnerschaft zur Ideologie des Nationalsozialismus befände. Ob bei der Recherche, die Herr Hopkins im Vorfeld zur Strafbarkeit des Symbols getätigt hätte, hier möglicherweise ein „Verbotsirrtum" vorliege? Der Angeklagte würde sich dann im Rahmen eines „vermeidbaren Verbotsirrtums" bewegen.An dieser Stelle erfolgte ein Einwand des Strafverteidigers Friedemann Däblitz. Däblitz führte aus, einen solchen „Verbotsirrtum" würde er vielmehr „zugunsten" der Staatsanwaltschaft unterstellen, weil vorliegend aufgrund der erkennbaren Distanziertheit Hopkins zum Nationalsozialismus – er hätte die Maskenpflicht gar nicht kritisieren können durch das Mittel des Hakenkreuzes, wenn er das Hakenkreuz irgendwie „okay fände" – die Kunst- und Meinungsfreiheit überwiegen würden.

Im nun folgenden Abschlussplädoyer der Staatsanwaltschaft führte diese aus, der Angeklagte sei schuldig zu sprechen wegen der zwei Posts auf X, bei denen eine Mund-Nasen-Bedeckung zu sehen sei, bei denen in künstlerischer Gestaltung ein Hakenkreuz aufgebracht ist oder durchscheint, je nachdem wie man das betrachten möchte. Die eindeutige Gegnerschaft des Angeklagten zur NS-Ideologie sei aus Sicht der Staatsanwaltschaft nicht auf Anhieb zu sehen, und man müsste sich erst „tiefergehende" Gedanken zum Hintergrund des Autoren machen. Zudem sei es für die von Hopkins beabsichtigte Aussage nicht zwingend erforderlich gewesen, das Hakenkreuz hier anzubringen. Eine „Beschreibung in Textform" hätte gereicht. Der „Verbotsirrtum" Hopkins sei vermeidbar gewesen, gerade da dieser sich zuvor mit der deutschen Rechtssprechung im Hinblick auf das Hakenkreuz beschäftigt hätte. Deshalb sei eine Bestrafung des Angeklagten gemäß Paragraf 86a des STGB aus Sicht der Staatsanwaltschaft angezeigt.

Zu seinen Gunsten sei einzuwenden, dass es ihm nicht darum gegangen sei, die NS-Ideologie zu verbreiten, sondern gesellschaftliche Missstände anzuprangern, und die Tatsache, dass Hopkins nicht vorbestraft sei. Zu seiner Belastung sei einzuwenden, Hopkins habe das Symbol gleich zweimal verwendet. Ursprünglich waren 2 mal 30 Tagessätze zu je 60 Euro für die zwei Posts vorgesehen gewesen – man würde jetzt auf zwei mal 20 Tagessätze zu je 60 Euro heruntergehen.Im Anschluss hielt der Strafverteidiger des Angeklagten, Friedemann Däblitz, sein Plädoyer: Es gäbe in Deutschland kein Totalverbot des Hakenkreuzes, diverse Ausnahmetatbestände würden gelten. **Es sei anmaßend zu sagen, „es hätte ja gereicht, wenn Herr Hopkins über das Hakenkreuz geschrieben hätte", denn dies würde eine Verletzung der Kunstfreiheit darstellen.** Es sei auch eine irrige Annahme, jeder, der etwas öffentlich poste, müsse im Vorfeld kostspielig einen Rechtsanwalt dazu beauftragen – genau solche Missverständnisse für Laien wolle der Gesetzgeber ja gerade vermeiden.

**Bürger sollten nicht abgeschreckt sein, sich im Sinne des Erhalts der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzusetzen. Die Absicht des Herrn Hopkins, das Symbol in warnender Weise zu verwenden, sei klar erkennbar gewesen.**

Die Auslegung der Staatsanwaltschaft, dass man das Hakenkreuz nur im Zusammenhang eindeutiger verbaler NS-Ablehnung posten darf, sei unzutreffend. Der Ausnahmetatbestand Paragraf 86 StGB Absatz 4, die „Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen", liege vor. Zudem gelte die Kunstfreiheit. In der bildlichen Darstellung scheint das Hakenkreuz zwar hinter der Maske hervor, aber der Post sei ja begleitet gewesen von einem Begleittext, der den Kontext eindeutig verdeutlicht hätte, und in dem sich Herr Hopkins klar gegen die „Uniformierung des Gesichts" ausgesprochen hätte. Es hätte erkennbar eine kritische Distanz zum Nationalsozialismus bestanden. Daher plädiere er für Freispruch.

Das Plädoyer CJ Hopkins' möchte ich an dieser Stelle gern in voller Länge wiedergeben – dieses ließ er mir auf Nachfrage per E-Mail zukommen. Er schiebt diesem voran, er hätte „tausende Euros für Anwälte ausgegeben die letzten Monate, und sei verärgert", was er sich bei seinem Schlussplädoyer zu berücksichtigen erbitte. Er hätte sich gezielt in Deutschland ein neues Zuhause aufgebaut, weil er davon ausgegangen sei, dass Deutschland der letzte Ort auf der Welt wäre, wo der Totalitarismus jemals wieder Fuß fassen könnte. Deutsche Behörden hätten seinen Ruf geschädigt, sein Buch sei infolge der Anklage vom deutschen Amazon verboten worden. Es sei demütigend für ihn, als jemanden, der mit einer Jüdin verheiratet ist und Zeit seines Lebens gegen Totalitarismen und Faschismen aller Art gekämpft hätte, hier nochmal seine Gegnerschaft gegen den Faschismus bekräftigen zu müssen.

## Das Abschluss-Statement CJ Hopkins' in voller Länge

*Mein Name ist CJ Hopkins. Ich bin ein amerikanischer Dramatiker, Autor und politischer Satiriker. Meine Stücke wurden international produziert und erhielten große Anerkennung. Meine politischen Satire und Kommentare werden von Hunderttausenden Menschen auf der ganzen Welt gelesen. Vor 20 Jahren verließ ich mein eigenes Land wegen der faschistischen Atmosphäre, die*

*Posts auf Twitter, wegen denen CJ Hopkins vor Gericht stand.*

*damals in den USA herrschte, zur Zeit der US-Invasion im Irak – einem Angriffskrieg, der auf den Lügen der Regierung basierte. Ich bin nach Deutschland gekommen und habe mir in Berlin ein neues Leben aufgebaut, weil ich glaubte, dass Deutschland aufgrund seiner Geschichte der letzte Ort auf der Erde sein würde, der jemals wieder etwas mit irgendeiner Form von Totalitarismus zu tun haben würde.*

*Die Götter haben einen seltsamen Sinn für Humor. In der vergangenen Woche gingen Tausende Menschen auf die Straße in ganz Deutschland, um gegen den Faschismus zu protestieren. Sie skandierten: „Nie wieder ist Jetzt!" Viele dieser Menschen verbrachten die letzten drei Jahre, 2020 bis 2023, damit, bedingungslos Befehle zu befolgen, offizielle Propaganda nachzuplappern, und jeden zu dämonisieren, der es wagte, das verfassungswidrige und autoritäre Vorgehen der Regierung während der sogenannten Covid-Pandemie in Frage zu stellen. Viele dieser Menschen, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzen, sind jetzt schockiert darüber, dass sich die neue Form des Totalitarismus, die sie mit ins Leben gerufen haben, gegen sie wendet. Und hier sitze ich vor einem Strafgericht in Berlin und werde beschuldigt, in zwei Tweets über die Maskenpflichten Pro-Nazi-Propaganda verbreitet zu haben. Die deutschen Behörden haben meine Rede im Internet zensieren lassen und meinen Ruf und mein Einkommen als Autor geschädigt. Eines meiner Bücher wurde von Amazon in Deutschland verboten. Und das, weil ich die deutschen Behörden kritisiert habe, weil ich gegen ein ihrer Dekrete protestiert habe, weil ich auf eine ihrer Lügen hingewiesen habe.*

*Diese Wendung der Ereignisse wäre absurd komisch, wenn sie nicht so ärgerlich wäre. Ich kann nicht hinreichend ausdrücken, wie beleidigend es ist, hier sitzen zu müssen und meinen Widerstand gegen den Faschismus zu bekräftigen. Seit über dreißig Jahren schreibe und spreche ich mich aus gegen Faschismus, Autoritarismus, Totalitarismus usw. Jeder kann eine Internetsuche durchführen, meine Bücher finden, die Rezensionen meiner Theaterstücke lesen, meine Essays lesen und in zwei oder drei Minuten herausfinden, wer ich bin und welche politischen Ansichten ich habe. Und doch wird mir von den deutschen Behörden vorgeworfen, Pro-Nazi-Propaganda zu verbreiten. Mir wird dies vorgeworfen, weil ich zwei Tweets gepostet habe, die das offizielle Narrativ der Corona-Pandemie in Frage stellen und die neue, aufkommende Form des Totalitarismus, die es ins Leben gerufen hat – d.h. die sogenannte „Neue Normalität" – mit Nazi-Deutschland vergleichen.*

*Ich möchte es ganz klar sagen. In diesen Tweets, in meinen Essays von 2020 bis 2022, und in meinen aktuellen Essays habe ich tatsächlich den Aufstieg dieser neuen Form des Totalitarismus mit dem Aufstieg der bekanntesten Form des Totalitarismus des 20. Jahrhunderts verglichen, d.h. Nazi-Deutschland. Ich habe diesen Vergleich wiederholt durchgeführt und die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen diesen beiden Formen des Totalitarismus analysiert. Das werde ich auch weiterhin tun. Ich werde diese neue, aufkommende Form des Totalitarismus weiter studieren und versuchen, sie zu erklären, und mich dagegen zu wehren, und meine Leser davor zu warnen.*

*Die beiden hier in Rede stehenden Tweets zeigen ein Hakenkreuz, das von einer der medizinischen Masken, die von 2020 bis 2022 jeder tragen musste, halb verdeckt ist. Das ist das Kunstwerk auf dem Cover meines Buchs. Die vermittelte Botschaft des Kunstwerks ist klar. Im Nazi-Deutschland war das Hakenkreuz das Symbol der Konformität mit der offiziellen Ideologie. Von 2020 bis 2022 fungierten die Masken als Symbol der Konformität mit einer neuen offiziellen Ideologie. Das war ihr Zweck. Ihr Zweck bestand darin, die Einhaltung der Regierungsverordnungen und Konformität mit dem offiziellen Corona Narrativ zu erzwingen, einem Narrativ, das mittlerweile nachweislich größtenteils aus Propaganda und Lügen besteht.*



Publiziert auf Free21 am 07.02.2024, 6:00 Uhr

*Gerichtssaal vor der Verhandlung. Die Richterin und der Staatsanwalt waren entgegen üblicher Gepflogenheiten nicht erschienen, um sich von der Presse fotografieren zu lassen. (Bild: © Aya Velázquez)*

*Maskenpflichten wirken nicht gegen durch die Luft übertragene Viren. Dies war vor dem Frühjahr 2020 jahrzehntelang von medizinischen Experten verstanden und anerkannt. Jetzt wurde es allen bewiesen und von medizinischen Experten erneut anerkannt. Die Wissenschaft der Maskenpflicht hat sich im März 2020 nicht plötzlich geändert. Das offizielle Narrativ hat sich geändert. Die offizielle Ideologie hat sich geändert. Die offizielle „Realität" hat sich geändert. Karl Lauterbach hatte völlig Recht, als er sagte: „Von der Maske geht immer auch ein Signal aus." Das Signal, von 2020 bis 2022, lautete: „Ich gehorche. Ich stelle keine Fragen. Befehl ist Befehl."*

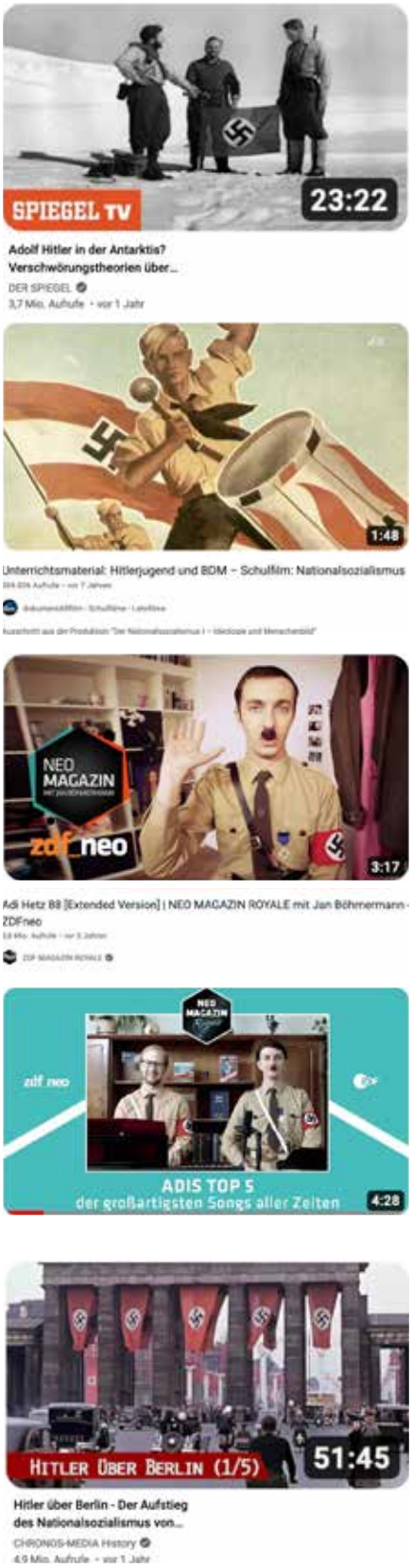
*So funktionieren demokratische Gesellschaften nicht. So funktionieren totalitäre Systeme.*

*Nicht jede Form des Totalitarismus ist gleich, aber sie haben gemeinsame Merkmale. Menschen zu zwingen, Symbole der Konformität mit der offiziellen Ideologie des Systems zu zeigen, ist ein Kennzeichen totalitärer Systeme. Die Ausrufung eines „Ausnahmezustands" und die Aufhebung verfassungsmäßiger Rechte ohne rechtfertigenden Grund ist ein Kennzeichen totalitärer Systeme. Das Verbot von Protesten gegen Regierungsbeschlüsse ist ein Kennzeichen totalitärer Systeme. Die Überschwemmung der Öffentlichkeit mit Lügen und Propaganda, die darauf abzielt, die Menschen in Angst und Schrecken zu geistlosem Gehorsam zu versetzen, ist ein Kennzeichen totalitärer Systeme. Die Segregation von Gesellschaften ist ein Kennzeichen totalitärer Systeme. Die Zensur abweichender Meinungen ist ein klassisches Kennzeichen des Totalitarismus. Menschen ihrer Arbeit zu berauben, weil sie sich weigern, sich der offiziellen Ideologie anzupassen, ist ein Kennzeichen des Totalitarismus. Das Schüren von Massenhass gegen eine „Sündenbock"-Klasse von Menschen ist ein Kennzeichen des Totalitarismus. Die Dämonisierung von Kritikern der offiziellen Ideologie ist ein Kennzeichen des Totalitarismus. Die Instrumentalisierung des Rechts zur Bestrafung von Dissidenten und Regierungskritikern ist ein Kennzeichen des Totalitarismus.*

*Ich habe seit März 2020 das Aufkommen all dieser Merkmale des Totalitarismus in Gesellschaften im gesamten Westen, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Deutschland, dokumentiert. Ich werde dies auch weiterhin tun. Ich werde meine Leser weiterhin vor dieser neuen, aufkommenden Form des Totalitarismus warnen, und versuchen, sie zu verstehen, und mich ihr zu widersetzen. Ich werde diese neue Form des Totalitarismus mit früheren Formen des Totalitarismus und insbesondere mit Nazi-Deutschland vergleichen, wann immer es angebracht ist und zu unserem Verständnis der aktuellen Ereignisse beiträgt. Das ist meine Aufgabe als politischer Satiriker und Kommentator und Autor, und meine Verantwortung als Mensch.*

*Die deutschen Behörden können mich dafür bestrafen. Sie haben die Macht, das zu tun. Sie können an mir ein Exempel statuieren. Sie können mir eine Geldstrafe geben. Sie können mich einsperren. Sie können meine Bücher verbieten. Sie können meine Rede im Internet zensieren, wie sie es getan haben. Sie können mich diffamieren und mein Einkommen und meinen Ruf als Autor schädigen, wie sie es schon getan haben. Sie können mich als „Verschwörungstheoretiker", „Corona-Leugner", „Impfgegner", „Idiot", „Querdenker" und „Extremisten" verteufeln, wie sie es getan haben. Sie können mich vor ein Strafgericht in Deutschland stellen, vor meiner Frau, einer Jüdin, und mich dazu zwingen, von mir zu weisen, dass ich ein Antisemit bin, der den Holocaust relativiert. Sie haben die Macht, all das zu tun.*

**Aber ich hoffe, Sie werden zumindest die Integrität haben, die Dinge beim Namen zu nennen, und sich nicht hinter falschen Anschuldigungen verstecken, dass ich irgendwie „die Nazis unterstütze", indem ich den Aufstieg einer neuen Form des Totalitarismus mit einem früheren Form des Totalitarismus vergleiche, einer früheren Form des Totali-**




*Ein paar Beispiele von Hakenkreuzen in öffentlich-rechtlichen Medien, Mainstream-Medien und bei Jan Böhmermann.*

**tarismus, der im 20. Jahrhundert dieses ganze Land erfasst hat, und schließlich zerstört hat, und dabei Millionen ermordet hat, weil zu wenig Deutsche den Mut hatten, sich ihm entgegenzustellen, als er begann.**

*Ich hoffe, Sie werden die Integrität haben, nicht so zu tun, als ob Sie wirklich glauben, dass ich Pro-Nazi-Propaganda verbreite, wenn Sie ganz genau wissen, dass ich das nicht tue.*

*Niemand mit Integrität glaubt, dass ich das tue. Niemand mit Integrität glaubt, dass meine Tweets im Jahr 2022 das getan haben. Jeder Journalist, der über meinen Fall berichtet hat, jeder in diesem Gerichtssaal versteht, worum es bei dieser Strafverfolgung wirklich geht. Es hat nichts damit zu tun, Menschen zu bestrafen, die wirklich nationalsozialistische Propaganda verbreiten. Es geht darum, Andersdenkende zu bestrafen, und an Dissidenten ein Exempel zu statuieren, um andere einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen.*

*So funktionieren demokratische Nationen nicht. So funktionieren totalitäre Systeme.*

*Was ich noch mehr hoffe, ist, dass dieses Gericht dieser Strafverfolgung ein Ende setzt, das Gesetz fair anwendet, und nicht zulässt, dass es als Vorwand für die Bestrafung von Menschen wie mir missbraucht wird, Menschen, die Regierungsvorschriften kritisieren und die Lügen von Regierungsbeamten aufdecken, Menschen, die sich weigern, die Tatsachen zu leugnen, Menschen die sich weigern, auf Befehl absurde Gehorsams-Rituale durchzuführen, Menschen, die sich weigern, Befehle bedingungslos zu befolgen.*

*Denn das Thema hier ist viel größer und viel wichtiger als mein kleiner „Tweet"-Fall.*

*Wir stehen wieder einmal an einem Scheideweg. Nicht nur hier in Deutschland, sondern auch im gesamten Westen. Während der sogenannten Corona-Pandemie wurden die Menschen ein wenig verrückt, ein wenig faschistisch. Und jetzt sind wir hier. Vor uns liegen zwei Straßen. Wir müssen wählen. Sie, ich ... wir alle. Ein Weg führt zurück zum Rechtsstaat, zu demokratischen Prinzipien. Der andere Weg führt zum Autoritarismus, zu Gesellschaften, in denen Autoritäten per Dekret und Gewalt regieren, das Gesetz nach Belieben verdrehen, diktieren, was Realität ist und was nicht, und ihre Macht missbrauchen, um jeden zum Schweigen zu bringen, der nicht mit ihnen übereinstimmt.*

*Das ist der Weg zum Totalitarismus. Wir sind diesen Weg schon einmal gegangen. Bitte, lassen Sie es uns nicht noch einmal tun.*

Nach dem Schlussplädoyer von Hopkins erfolgte ein Klatschen aus dem vollen Saal, das von der Richterin mit der sichtlich ungehaltenen Warnung quittiert wurde, sie werde „alle hinausschicken", sollten solche Meinungsbekundungen nicht unterbleiben.

In der Urteilsverkündung wurde der Angeklagte freigesprochen. In Ihrer Urteilsbegründung führte die Richterin aus, der **„Freispruch konterkariere Ihre (Herr Hopkins) Äußerungen, dass Sie hier in einem totalitären Staat leben".** Sie empfände **„eine gewisse Arroganz in seiner Einlassung"**, nach dem Motto, „nur er hätte es verstanden, alle andere sind doofe Schafe". Dabei seien die anderen vielleicht von Wissenschaftlern überzeugt worden. Es sei ja eine ganz neue Situation gewesen. Das **„subjektive Gefühl, dass Sie das neue Nazi-Deutschland aufkommen sehen…. da haben Sie vielleicht schon selbst etwas Totalitaristisches."** Sie sei selbst Enkelin von Nazi-Opfern, da brauche er sich hier mal nicht so aufzuspielen. Ihrer Meinung nach seien die Einlassungen von Hopkins – sie sagt wortwörtlich – **„ideologisches Geschwurbel, aber das sei nunmal nicht strafbar"**.

Am Ende der Verhandlung verließ die Richterin den Saal mit einer FFP2-Maske.

## Ein persönlicher Kommentar zur Causa Hopkins

Der Freispruch für CJ Hopkins ist zunächst erfreulich und sehr zu begrüßen. Die Kriminalisierung unliebsamer, regierungskritischer Meinungen in Deutschland ist eine Besorgnis erregende Tendenz, der dringend, insbesondere

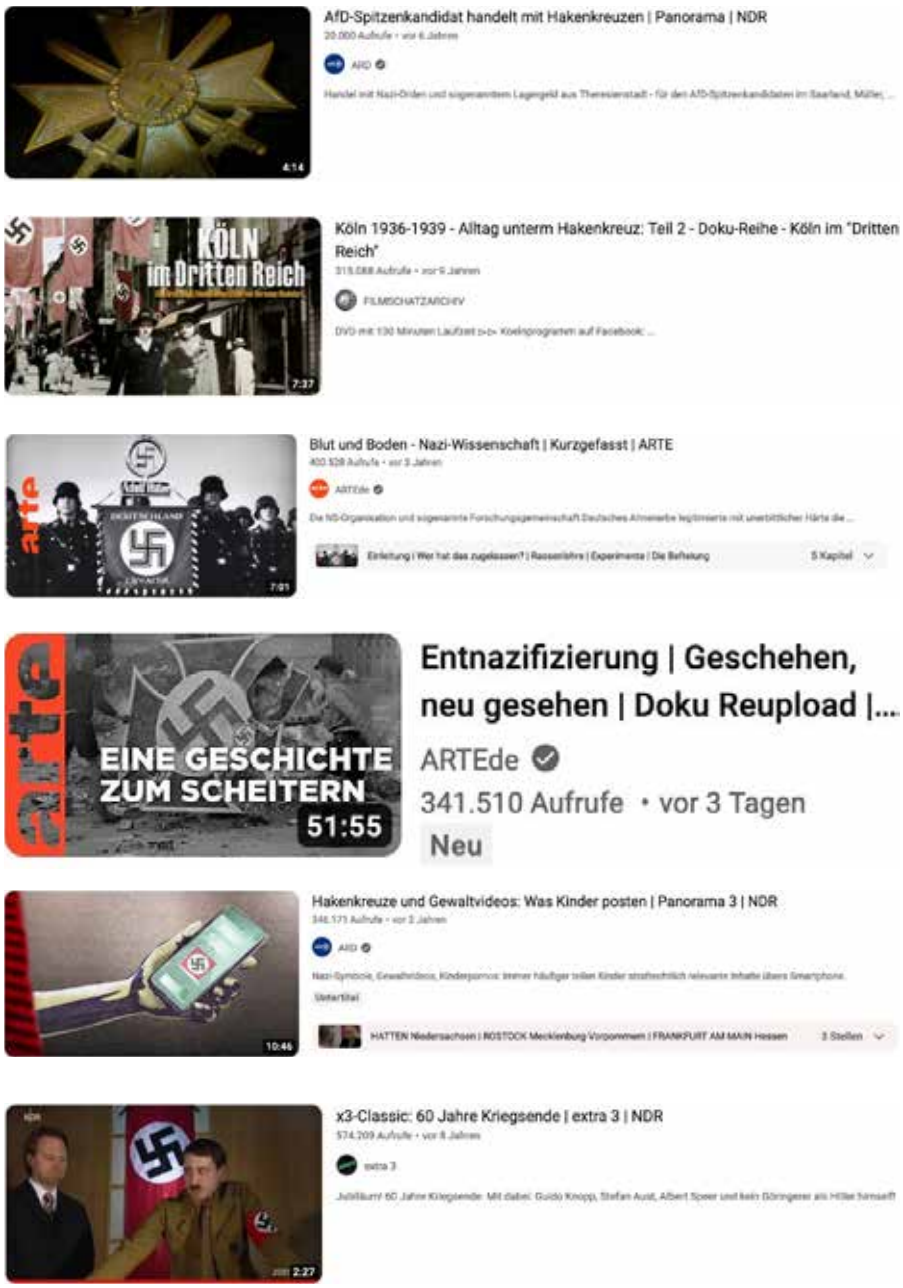


Publiziert auf Free21 am 07.02.2024, 6:00 Uhr

juristisch, Einhalt geboten werden sollte. Die Causa Hopkins ist jedoch leider kein Einzelfall. Aktuell werden zahlreiche Urteile gegen oppositionelle Journalisten in Deutschland wegen angeblich strafbarer Verbreitung verfassungsfeindlicher Symbole gesprochen.Einer dieser Fälle bin ich, die Autorin, selbst. Anfang September wurde ich von eben jenem Gericht, dem Amtsgericht Tiergarten, von dem die Richterin behauptete, dort würden keine politischen Urteile gegen Oppositionelle gefällt, für die angebliche „Verbreitung verfassungsfeindlicher Symbole" verurteilt.Zur Last gelegt wurde mir ein Telegram-Post aus dem Jahr 2022, der sich kritisch mit der Aussage der Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot auseinandersetzte, George Soros sei „der einzige linke Milliardär". Ich hatte die Aussage, bei Soros handle es sich um einen „linken" Milliardär, mit sechs Gegenbeispielen widerlegt, unter anderem dessen Finanzierungen von sogenannten „Farbrevolutionen", mithilfe derer er die Volkswirtschaften von Entwicklungsländern gezielt zum Spekulationsobjekt mache und diese „gegen die Wand fahre". Ein solches Verhalten widerspreche fundamental „linken Werten". Als weiteres Beispiel führte ich eine 3-Minuten-Sequenz aus einem *60 Minutes*-Interview mit George Soros von 1998 an. In dem Video wurde Soros auf seine Erlebnisse während der deutschen Besetzung der Nationalsozialisten Ungarns angesprochen und wie er diese Zeit überlebt habe. Soros' Vater hatte damals seinen Sohn als Christen ausgegeben und in einer christlichen, ungarischen Familie unterkommen lassen. Als 14-Jähriger Junge unter der Nazi-Herrschaft habe er dann „Inventurlisten" über das Vermögen seiner zu deportierenden, jüdischen Landsleute für die Nazis angefertigt, und so unter der Maske des „Christen" den Holocaust überlebt. Der Moderator des damaligen Interviews legte Soros diese Art, den Holocaust zu überleben, selbstverständlich nicht zur Last – wollte jedoch wissen, wie dieser eine solche Erfahrung psychisch verkraftet hätte, eigene Landsleute ausliefern zu müssen. Ob er nicht schlaflose Nächte gehabt hätte – denn jeden anderen Menschen hätte eine solche Erfahrung jahrzehntelang in Psychotherapie gebracht. Daraufhin antwortete Soros mit einer geradezu ikonischen Antwort, die mich veranlasste, diesen Videoschnipsel als Beweismaterial dafür, dass Herr Soros nicht „links" ist, in meinen kritischen Telegram-Post an Ulrike Guérot einzubauen. Soros erwiderte wortwörtlich:

> No, actually no problem with that at all. You know, it's like in markets – if I would not have been there, someone else would have done it."

Herr Soros verglich laut dieser Aussage demnach sein heutiges Agieren in „Märkten" mit den ihm zugewiesenen Aufgabe im Nationalsozialismus. Es geht nicht darum, Herrn Soros für seine Rolle als 14-Jähriger irgendeinen Vorwurf zu machen – er war in der Tat noch ein Kind. Aber eine „Ethik", wonach man etwas immer dann tun könne, wenn es ohnehin jemand anderes getan hätte – und er




*Weitere Beispiele von Hakenkreuzen in öffentlich-rechtlichen Medien, Mainstream-Medien und bei Jan Böhmermann.*

sich heute noch ganz genauso in „Markets" verhalte – das ist nunmal alles, aber keine linke Ethik.

Da von den sechs Quellen, die ich anführte, das erste Video das biografisch früheste Beweisstück aus Soros' Leben war, hatte ich es gleich an den Anfang gestellt. Auf Telegram erschien gemäß dieser Einbindung als erstes das Thumbnail des YouTube-Ausschnitts von drei Minuten aus dem längeren Interview, daher mit dem dazugehörigen YouTube-Thumbnail, auf dem ein Konterfei von George Soros sowie ein Hakenkreuz und ein Davidstern neben ihm abgebildet waren – womit plakativ und verkürzt im Rahmen eines YouTube-Thumbnails ausgedrückt werden sollte, dass es sich bei diesem Video um „Soros" sowie das Thema „Nationalsozialismus" und „Juden" im historischen Kontext handelt – ein Interview-Ausschnitt mit einer Rückschau auf das Jahr 1944, der deutschen Nazi-Besetzung Ungarns.

Die Abbildung des Hakenkreuzes erschien in einem historisch Bericht erstattenden, den Holocaust problematisierenden Kontext. Dies brachte auch bereits der Titel des Videos zum Ausdruck: **„George Soros felt no guilt when Nazis took Jews in his homeland"** („George Soros fühlte sich nicht schuldig, als die Nazis die Juden in seinem Heimatland verschleppten", Anm d. Red.). Die Verbrechen der Nationalsozialisten werden hier eindeutig mit dem Begriff **guilt**, „Schuld", umschrieben. Das entsprechende YouTube-Video, das ich auf meinem Telegram-Kanal verbreitet hatte, ist inzwischen von YouTube gelöscht worden – darauf hatte ich keinen Einfluss, da ich nicht die Urheberin des Videos bin. Für ebenjenen Post, eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot zu der Frage, ob George Soros ein linker Milliardär ist oder nicht, wurde ich für die „Verbreitung verfassungsfeindlicher Symbole" von ebenjenem Amtsgericht, an dem heute die Hopkins-Verhandlung stattfand, verurteilt. Ich wurde zwar straffrei gesprochen wegen der „Geringfügigkeit" meines Vergehens – die Staatsanwaltschaft hatte zuvor 30 Tagessätze zu je 100€ veranschlagt. Aufgrund der Straffreiheit wurde jedoch mein Berufungsantrag seitens des Landgerichts abgelehnt, mit der Begründung, ich sei ja straffrei gesprochen worden, dies sei ein „Minustatbestand", gegen dieses Urteil könne ich nun nicht weiter vorgehen.

Mein Anwalt hat dagegen Beschwerde eingelegt. Ablehnungen von Berufungsanträgen von Landgerichten sind eigentlich nicht mehr anfechtbar, aber gegen die Ablehnung kann noch einmal Beschwerde eingereicht werden. Hierzu gibt es nämlich laut Aussage meines Anwalts, unterschiedliche Rechtsauslegungen.

Nächste Woche steht in Bayern ein weiterer Mann vor Gericht, weil er meinen Post, meine inhaltliche Auseinandersetzung mit Ulrike Guérot, in seinem Kanal verbreitet hatte. Auch ihm wird, genau wie mir, die „strafrechtlich relevante Verbreitung verfassungsfeindlicher Symbole" vorgeworfen. Der Mann, der gern anonym bleiben möchte, hatte zuvor im Raum Bayern Corona-maßnahmenkritische Demos veranstaltet, ist also, ebenso wie ich, dem oppositionellen, regierungskritischen Spektrum zuzuordnen.

Mir sind zudem weitere Fälle von Verfolgungen von Oppositionellen unter dem „Vorwand" der strafrechtlich relevanten Verbreitung verfassungsfeindlicher Organisationen bekannt, die ähnlich fragwürdig erscheinen wie der Fall Hopkins, mein Fall, sowie der Fall des Oppositionellen in Bayern, der nun wegen der Verbreitung meines Posts vor Gericht steht – ich werde diese aber nicht öffentlich machen, solange die Betroffenen das nicht selbst wollen. Ich kann jedoch persönlich an dieser Stelle glasklar bezeugen: Die Causa Hopkins ist kein Einzelfall.

Die Aussage der Richterin, es würden keine Oppositionellen in Deutschland unter dem „Vorwand" der strafrechtlichen „Verbreitung verfassungsfeindlicher Symbole" systematisch verfolgt, ist somit Lügen gestraft. Ihr eigenes Gericht (sic!) hatte Anfang September 2023 mich für einen fast identisch gelagerten Fall verurteilt, obwohl ich rein journalistisch tätig war. In meinem Fall steht die Pressefreiheit zur Disposition – denn natürlich darf im Zusammenhang historischer Berichterstattung über den Nationalsozialismus auch mit der Bebilderung von Hakenkreuzen gearbeitet werden – das beweist ein Bild in einschlägigen YouTube-Thumbnails öffentlich-rechtlicher Formate auf YouTube. Ich kann nicht einmal hier meinen Post INKLUSIVE des YouTube-Thumbnails von damals noch einmal zur Bebilderung einfügen – weil ich dann wieder damit rechnen müsste, dafür strafrechtlich belangt zu werden.

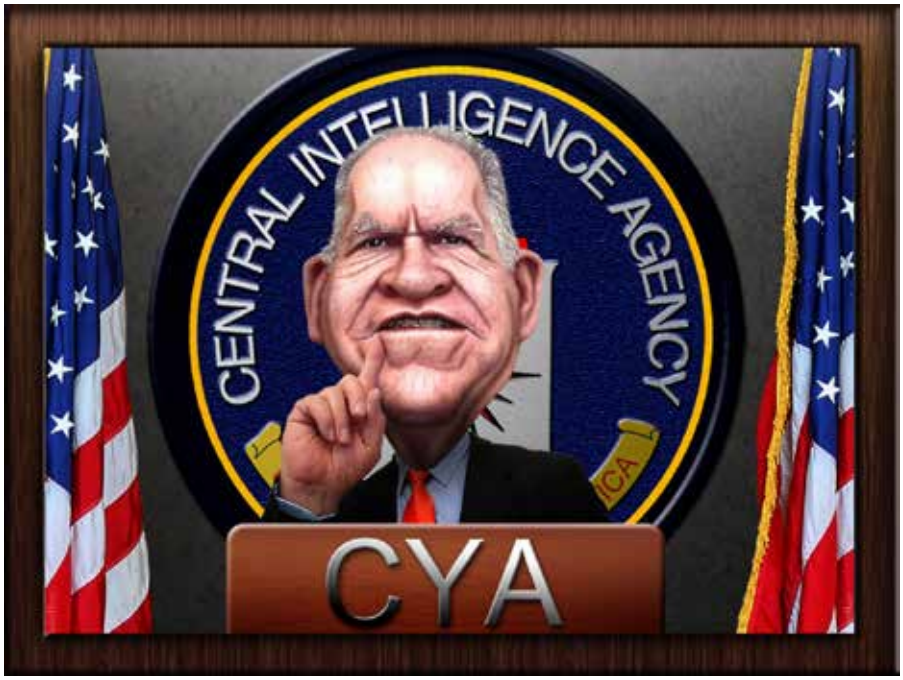
**Es ist anzunehmen, dass die heutige Richterin in der Causa Hopkins das internationale Presse-Echo befürchtete, das bei einem international gut vernetzten, amerikanischen Autoren, über dessen Fall bereits The Atlantic, die NZZ, sowie große Journalisten wie Matt Taibbi berichtet hatten, zu erwarten ist. Mit einer Verurteilung hätte sie Hopkins' Ausführungen recht gegeben, und Deutschland wäre international möglicherweise in Verruf wegen staatlich orchestrierten Angriffen auf Oppositionelle geraten. Der Freispruch ist zu begrüßen, doch möglicherweise ist dieser nur dem internationalem Druck geschuldet.**

**Oppositionelle ohne internationalen Background genießen Hopkins' „Schutz durch internationale Öffentlichkeit" nicht und werden in Deutschland seit 2020 routinemäßig für den angeblichen Straftatbestand der „Verbreitung verfassungswidriger Symbole" verurteilt, wenn sie etwa historisch Bericht erstattend über das „Dritte Reich" publizieren und in diesem Zusammenhang – der eigentlich nicht unter den Straftatbestand der Verbreitung fällt – ein Hakenkreuz bildlich irgendwo auftaucht.**

**Herr Böhmermann und die öffentlich-rechtlichen Medien dürfen hingegen mit Hakenkreuzen um sich werfen – satirisch, journalistisch Bericht erstattend, in jedwedem Kontext – und sie stehen dafür weder jemals vor Gericht, noch werden sie dafür jemals verurteilt. Die Gleichheit vor dem Recht ist in Deutschland porös geworden – auch wenn der Richterin heute sehr wichtig zu sein schien, dass diese Tatsache nicht in die internationalen Medien gelangt.**



Publiziert auf Free21 am 07.02.2024, 6:00 Uhr




*Symbolbild (John Brennan – Director of the CIA) (Bild: DonkeyHotey, Flickr, hochgeladen am 12.12.2014, CC BY 2.0 Deed)*

# Der **CIA-Schattenkrieg** gegen Russland seit 2014

*Die Washington Post lüftet den Schleier über dem Schattenkrieg, den die CIA seit 2014 gegen Russland führt.*

**Autor: Jeremy Kuzmarov**

Jeremy Kuzmarov ist leitender Redakteur des „Covert Action Magazine". Er ist Autor von vier Büchern zur US-Außenpolitik, darunter „Obama's Unending Wars" (Clarity Press, 2019) und „The Russians Are Coming, Again", zusammen mit John Marciano (Monthly Review Press, 2018). Er kann kontaktiert werden unter:

**jkuzmarov2@gmail.com**

Dieser Text wurde zuerst am 01.11.2023 auf www.covertactionmagazine.com unter der URL ‹https://covertactionmagazine.com/2023/11/01/washington-post-lifts-the-veil-on-cias-shadow-war-against-russia-waged-since-2014/› veröffentlicht. Lizenz: Jeremy Kuzmarov, CovertAction Magazine, CC BY-NC-ND 4.0

Im August 2022 versteckten Agenten des ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU) Sprengstoff in einem Auto, das von einer Frau und ihrer zwölfjährigen Tochter gefahren wurde. Dieser befand sich in einer Kiste, die für eine Katze bestimmt war. Nachdem das Auto die russische Grenze passiert hatte, platzierte der SBU die Bombe im Geländewagen der russischen Journalistin Darja Dugina, der Tochter des bekannten Philosophen Alexander Dugin, die dadurch tragisch ums Leben kam. [1]

Laut einem neuen Exposé in der *Washington Post* [2], das auf Interviews mit mehr als zwei Dutzend ukrainischen und US-amerikanischen Geheimdienstmitarbeitern beruht, war der Bombenangriff auf Dugina Teil des „tobenden Schattenkrieges", in dem die ukrainischen Spionagedienste bereits zweimal die Brücke bombardierten, die Russland mit der besetzten Krim verbindet; Drohnen auf das Dach des Kremls gelenkt; sowie Löcher in die Rümpfe russischer Marineschiffe im Schwarzen Meer gesprengt haben. [3]

Die wichtigste Behörde, die an diesem Schattenkrieg beteiligt ist, – Sie werden es erraten haben – ist die Central Intelligence Agency (CIA), die laut *The Post* die SBU-Kommandoeinheiten, die an den wichtigsten Operationen beteiligt waren, ausgebildet und ausgerüstet hat.

Beamten zufolge hat die CIA seit 2015 Dutzende Millionen Dollar ausgegeben, um die sowjetisch geprägten Nachrichtendienste der Ukraine in schlagkräftige Verbündete gegen Moskau zu verwandeln.

Die Agency hat der Ukraine fortschrittliche Überwachungssysteme zur Verfügung gestellt, Rekruten an Standorten in der Ukraine und in den USA ausgebildet, neue Hauptquartiere für Abteilungen des ukrainischen militärischen Nachrichtendienstes gebaut, eine bedeutende Präsenz in Kiew aufrechterhalten und Informationen in einem Ausmaß weitergegeben, das zuvor unvorstellbar gewesen wäre.

Diese Enthüllungen sind nicht besonders überraschend, wenn man bedenkt, was bereits enthüllt wurde. Wassili Prozorow – ein ehemaliger SBU-Offizier, der nach Russland übergelaufen ist, – sagte öffentlich, dass der SBU seit 2014 von der CIA beraten wurde [4] und dass CIA-Mitarbeiter in die SBU-Zentrale gekommen sind, um geheime Operationen zu planen.

*(Screenshot: exxpress, aufgenommen am 10.1.2024 – 16:35, https://exxpress.at/geheimdienst-aktion-tochter-von-putins-berater-dugin-stirbt-bei-anschlag-in-moskau/)*

## Glaubhafte Abstreitbarkeit und die Geburt eines neuen Mossad

Der SBU und sein militärisches Pendant, die GUR [5], haben im Rahmen des Schattenkrieges Dutzende von Attentaten verübt, unter anderem auf russische Beamte in den besetzten Gebieten, angebliche ukrainische Kollaborateure, Militäroffiziere hinter der Front und prominente Kriegsbefürworter tief in Russland. Zu den Ermordeten gehört auch ein Blogger in einem Café in St. Petersburg. [6]

Ein ehemaliger CIA-Beamter wurde in der *Post* mit den Worten zitiert:

> „Wir erleben die Geburt einer Reihe von Geheimdiensten, die mit dem Mossad [dem israelischen Geheimdienst, der für seine Attentate bekannt ist,] in den 1970er Jahren vergleichbar sind."

Ein anderer Beamter des US-Geheimdienstes betonte die operativen Beschränkungen der USA und erklärte, der Schwerpunkt liege „eher auf sicherer Kommunikation und Spionagetechnik" und der Suche nach neuen Informationsquellen innerhalb Russlands, „als auf der Frage, wie man einen Bürgermeister in die Luft jagt'. Ich hatte nie den Eindruck, dass wir so sehr in die Planung ihrer Operationen involviert waren".

Letztere Äußerungen können als eine Form der glaubhaften Abstreitbarkeit angesehen werden, bei der sich die USA und die CIA von den von ihnen begangenen Gräueltaten distanzieren, indem sie sie ihren Stellvertretern anlasten.

Die *Post* ist allgemein als Plattform für „kontrollierte Leaks" bekannt.

Oleh Zarjow, Mitglied des ukrainischen Parlaments von 2002 bis 2014, sagte, dass der Versuch der USA, sich von dem Autobombenanschlag auf Dugina und anderen Terroranschlägen zu distanzieren, unaufrichtig sei [7]. Er gab an, dass die CIA und der britische MI6 den Staatsstreich in Kiew im Jahr 2014 leiteten, und erwähnte, dass er die Beamten in Kiew namentlich nennen könne, die vom US-Geheimdienst bezahlt wurden [8]. [9]

## Parallelen zum Phoenix-Programm der CIA in Vietnam – mit einer neuen Wendung

Das CovertAction Magazine hat bereits über eine historische Parallele zum Phönix-Programm der CIA in Vietnam berichtet [10], bei dem sich die CIA ebenfalls auf eine glaubhafte Abstreitbarkeit berief. Die terroristischen Handlungen – die in dem Versuch begangen wurden, zivile Beamte zu „neutralisieren", welche die Nationale Befreiungsfront (NLF) unterstützten – wurden den stellvertretenden Streitkräften, den für ihre Brutalität bekannten, vietnamesischen „Provincial Reconnaissance Units" (PRUs) angelastet. [11]

Die CIA stattete die PRUs, die unter Phoenix arbeiteten – wie ihre heutigen ukrainischen Kollegen –, mit moderner Polizeitechnologie aus, schulte sie in nachrichtendienstlichen Informationssammlungs- und Verhörtechniken und richtete computergestützte Datenbanken mit Subversiven ein, die zur Liquidierung vorgesehen waren. [12]

Die CIA bestreitet zwar, dass sie direkt an Tötungsaktionen beteiligt ist. Aber sie tut dasselbe wie unter Phoenix, indem sie ukrainischen Geheimdienstmitarbeitern hilft, Informationen zusammenzutragen und zu organisieren und Schwarze Listen zu erstellen. Und sie gibt möglicherweise direkte Befehle.

Zivile Beamte, die als russische Kollaborateure oder Propagandisten gelten,



Publiziert auf Free21 am 15.01.2024, 6:00 Uhr

stehen auf den Schwarzen Listen. Neu ist, dass die CIA und der SBU die Todeslisten auf der Website „Myrotvorets“ [13] öffentlich zugänglich gemacht haben, die nach eigenen Angaben von Langley aus betrieben wird.

## „Unser kleines Baby“

Die engen Beziehungen der CIA zum SBU intensivierten sich unmittelbar nach dem Putsch auf dem Maidan im Februar 2014, der zum Sturz des pro-russischen Führers Viktor Janukowitsch führte und ein pro-westliches Regime unter der Führung von Petro Poroschenko und später Wladimir Selenskyj ermächtigte.

Danach arbeitete die CIA mit dem SBU zusammen, um einen neuen Geheimdienst zu gründen, der sich auf Operationen mit „aktiven Maßnahmen“ gegen Russland konzentrieren sollte, dessen Regierung die USA beseitigen wollte.

Die Ausbildungsstätten befanden sich außerhalb von Kiew, wo handverlesene Rekruten von CIA-Mitarbeitern unterrichtet wurden. Der Plan war, Einheiten zu bilden, die „hinter der Frontlinie operieren und als verdeckte Gruppen arbeiten können“, so ein ukrainischer Beamter, der an den Bemühungen beteiligt war.

Die Agency stellte sichere Kommunikationsmittel und Abhörausrüstung zur Verfügung, die es der Ukraine ermöglichten, russische Telefongespräche abzuhören und E-Mails mitzulesen. Sie lieferte auch Verkleidungen und Uniformen der Separatisten, die es den Agenten erleichterten, in die besetzten Städte einzudringen.

Die ersten Missionen konzentrierten sich auf die Rekrutierung von Informanten unter Russlands Stellvertreterkräften, sowie auf Cyber- und elektronische Abhörmaßnahmen. Der SBU begann auch mit Sabotageaktionen und Missionen zur Festnahme von Separatisten-Führern und ukrainischen Kollaborateuren, von denen einige in geheime Haftanstalten gebracht wurden.

In einem Zeitraum von drei Jahren wurden mindestens ein halbes Dutzend russische Agenten, hochrangige Separatisten-Kommandeure oder Kollaborateure bei Gewalttaten getötet, die oft auf interne Abrechnungen zurückgeführt wurden, laut ukrainischen Beamten aber in Wirklichkeit das Werk des SBU waren.

2016 wurde Jewgeni Schilin, der Anführer einer pro-russischen Gruppe in der Ostukraine – dessen Volk seit dem Maidan-Putsch von ukrainischen Bombenangriffen und Gräueltaten bedrängt wurde und Schutz bei Russland suchte –, in einem Moskauer Restaurant erschossen.

Die CIA investierte Millionen von Dollar in den Aufbau der GUR, einer kleineren und flexibleren Organisation, die weniger ehemalige KGB-Agenten hatte als der SBU. Ein ehemaliger US-Geheimdienstmitarbeiter sagte: „Die GUR war unser kleines Baby. Wir haben sie mit neuer Ausrüstung und Ausbildung ausgestattet.“

**An Standorten in der Ukraine und später in den USA wurden GUR-Agenten in Fertigkeiten ausgebildet, die von geheimen Manövern hinter den feindlichen Linien bis hin zum Einsatz von Waffenplattformen und Sprengstoffen reichten.**

Die CIA bezahlte ein neues Hauptquartier für die paramilitärische Spetsnaz-Abteilung der GUR und unterstützte die GUR bei der Anschaffung modernster Überwachungs- und Abhörsysteme sowie mobiler Ausrüstung, die entlang der von Russland kontrollierten Linien in der Ostukraine platziert werden konnten. Auch wurden Softwaretools beschafft, mit denen die Mobiltelefone von Kreml-Beamten, die von Moskau aus die besetzten Gebiete besuchten, ausspioniert werden konnten.

Die ukrainischen Offiziere bedienten die Systeme, aber alles, was sie erfassten, wurde mit den Amerikanern geteilt. Unmengen von Daten wurden durch die neue, von der CIA gebaute Anlage zurück nach Washington geleitet, wo sie von CIA- und NSA-Analysten geprüft wurden.

Als Zeichen des Vertrauens zwischen den USA und der Ukraine wurde der CIA gestattet, direkten Kontakt zu Agenten aufzunehmen, die vom uk-

## Quellen:


[1] Dugin wurde in den US-Medien als Faschist gebrandmarkt, aber eine Durchsicht seiner Schriften zeigt, dass er den Faschismus abgelehnt und seine eigene hybride Philosophie entwickelt hat. Er war in erster Linie ein russischer Nationalist, der eine Eurasische Union befürwortete.

[2] Ukraine Today Blog, Greg Miller, Isabelle Khurshudyan „Ukrainian spies with deep ties to CIA wage shadow war against Russia“, am 24.10.2023: *<https://ukrainetoday.org/ukrainian-spies-with-deep-ties-to-cia-wage-shadow-war-against-russia/>*

[3] Greg Miller und Isabelle Khurshudyan, „Ukrainian Spies With Deep Ties to CIA Wage Shadow War Against Russia“, (Ukrainische Spione mit engen Verbindungen zur CIA führen einen Schattenkrieg gegen Russland), The Washington Post, 23. Oktober 2023.

[4] CovertAction-Magazine, Jeremy Kuzmarov „Die CIA steckt hinter geheimen Plänen zur Entführung, Folter und Ermordung ukrainischer Dissidenten im Auftrag von Präsident Selenskyj, sagt Ukraine Defector“, am 25.4.2023: *<https://covertactionmagazine.com/2022/04/25/cia-behind-secret-plots-to-kidnap-torture-and-assassinate-ukrainian-dissidents-for-president-zelensky-says-ukraine-defector/>*

[5] Wikipedia, diverse Autoren „Main Directorate of Intelligence (Ukraine)“, zuletzt bearbeitet am 15.12.2023: *<https://en.wikipedia.org/wiki/Main_Directorate_of_Intelligence_(Ukraine)>*

[6] The Washington Post, Ben Brasch „Russian blogger who pushed for Ukraine war dies in cafe explosion“, am 2.4.2023: *<https://www.washingtonpost.com/world/2023/04/02/vladlen-tatarsky-russia-blogger-dies/>*

[7] Executive Intelligence Review (EIR) Nachrichtenmagazin, David Shavin „Tsaryov Tells Tsargrad TV About MI6/CIA Wetworks for Kiev, in 2014 and Now“, am 29.4.2023: *<https://eir.news/2023/10/news/tsarovs-tsargrad-interview-mi6-cia-wetworks-in-kiev-2014-and-now/>*

[8] ebd.

[9] Nachdem er eine öffentliche Erklärung abgegeben hatte, wurde Zarjow Ziel eines Mordanschlags und in einem Wellness-Hotel in Jalta auf der Krim, wo er lebt, zweimal angeschossen – der jüngste Angriff der ukrainischen Geheimdienste, die von der CIA ausgebildet wurden. Zarjow war 2014 Berater des ukrainischen Ministerpräsidenten Myloa Asarow und Sprecher des Parlaments von „Nowo-rossija", einem kurzlebigen Zusammenschluss der Separatistenregierungen von Donezk und Luhansk, der vom Kreml unterstützt worden war und offen einen Anschluss an Russland anstrebte.

[10] CovertAction-Magazine, Jeremy Kuzmarov „Ukraine macht Jagd auf „Verräter, die Russland helfen““, am 2.5.2022: *<https://covertactionmagazine.com/2022/05/02/ukraine-hunts-down-traitors-helping-russia/>*

[11] CovertAction-Magazine, Jeremy Kuzmarov „Die CIA steckt hinter geheimen Plänen zur Entführung, Folter und Ermordung ukrainischer Dissidenten im Auftrag von Präsident Selenskyj, sagt Ukraine Defector“, am 25.4.2022: *<https://covertactionmagazine.com/2022/04/25/cia-behind-secret-plots-to-kidnap-torture-and-assassinate-ukrainian-dissidents-for-president-zelensky-says-ukraine-defector/>*

*Razzia des SBU in Sumy, 23.10.2021 (Foto: Security Service of Ukraine, Wikimedia Commons, CC BY 4.0)*

rainischen Geheimdienst rekrutiert und geleitet wurden.

## Das Narrativ formen

Die Agentennetze der GUR und des SBU haben die Ukraine bei der Planung von Terroranschlägen und Drohnenangriffen in Russland selbst unterstützt, darunter Anschläge auf die Kertsch-Brücke und eine Operation im Mai 2023, bei der ein Teil des Daches des Kremls in Brand gesetzt wurde.

Zu den von GUR durchgeführten Attentaten gehörte auch die Ermordung des russischen Marinekommandanten Stanislaw Rschitsky, dessen Aufenthaltsort aufgrund einer Fitness-App, die er auf seinem Telefon verwendete, aufgedeckt wurde (Rschitsky wurde bei seinem morgendlichen Lauf erschossen).

Ein ukrainischer Sicherheitsbeamter erklärte gegenüber der *Post*, dass es bei diesem und anderen aufsehenerregenden Morden um ein „Narrativ" gehe, das den Feinden der Ukraine zeige, dass „die Bestrafung selbst derjenigen, die sich für unantastbar halten, unmittelbar bevorsteht".

Diese Erklärung entspricht der klassischen Definition von Terrorismus: eine Gewalttat gegen Zivilisten mit dem Ziel, eine politische Agenda zu fördern oder eine Bevölkerung einzuschüchtern.

Die CIA praktizierte im Kalten Krieg routinemäßig Terrorismus, indem sie zum Beispiel im Rahmen des Phoenix-Programms die Leichen toter Guerillas an Laternenpfählen auf Stadtplätzen zur Einschüchterung ausstellte. [14]

Derselbe Modus Operandi wird heute in der Ukraine in einem weiteren schmutzigen Krieg angewandt, der von der CIA mitgesteuert wird. Dieser Krieg ist sogar noch gefährlicher als zuvor, weil er auf russischem Boden in einem Land geführt wird, das über Atomwaffen verfügt.

## Quellen:

**[12]** Siehe Douglas Valentine, „The Phoenix Program„ (Das Phoenix-Proramm), New York: William & Morrow, 1991). Über die Vorgeschichte von Phoenix und wie es sich aus geheimen Polizeischulungsprogrammen im Kalten Krieg entwickelt hat, siehe Jeremy Kuzmarov, „Modernizing Repression: Police Training and Nation Building in the American Century" (Modernisierte Repression: Polizeiausbildung und Nationenbildung im amerikanischen Jahrhundert), Amherst, MA: University of Massachusetts Press, 2012.

**[13]** Myrotvorets Center Website: *<https://myrotvorets.center/>*

**[14]** Dies wurde bekannt als der „Vampir Trick" und zuvor auf den Philippinen gegen die linken Huk-Rebellen eingesetzt. Siehe Jonathan Nashel, „Edward Lansdale's Cold War" (Edward Lansdales Kalter Krieg), Amherst, MA: University of Massachusetts Press, 2005.



Publiziert auf Free21 am 15.01.2024, 6:00 Uhr

*Maduro begrüßt Verbündeten Alex Saab in Venezuela nach US-Freilassung, 20.12.2023. (Screenshot: YouTube, AFP News Agency, 0:22, erstellt am 29.1.2024 – 15:26 Uhr, https://www.youtube.com/watch?v=Mt9-0E3AvlY)*

## Im Austausch für die Freilassung verurteilter US-Söldner:

# Venezuela holt **Alex Saab** heim

*Alex Saab, der illegal entführte venezolanische Diplomat, kehrte heute nach Venezuela zurück (20.12.2023), nachdem die Maduro-Regierung erfolgreich mit Washington über seine Freilassung verhandelt hat. Im Austausch gegen acht US-Bürger wurde Saab freigelassen, nachdem er fast dreieinhalb Jahre lang unter klarer Verletzung seiner diplomatischen Immunität festgehalten worden war.*

ORINOCO TRIBUNE

**Autor:** Orinoco Tribune

Orinoco Tribune ist ein unabhängiges Nachrichtenportal, das 2018 speziell zu dem Zweck gegründet wurde, relevante Informationen mit einer antiimperialistischen Perspektive über Venezuela und die Welt in Form von englischsprachigen Nachrichtenartikeln und Meinungsbeiträgen bereitzustellen.

Dieser Text wurde zuerst am 20.12.2023 auf www.orinocotribune.com unter der URL ‹https://orinocotribune.com/venezuela-brings-home-alex-saab-in-exchange-for-releasing-convicted-us-mercenaries/› veröffentlicht.
Lizenz: Orinoco Tribune, CC BY-NC-ND 4.0

Nach Angaben von *CGTN* hat Venezuela insgesamt 21 Gefangene, die mit der Opposition in Verbindung stehen, freigelassen, darunter auch acht US-Bürger. Unter den freigelassenen Gefangenen seien „acht US-Bürger und 13 Venezolaner“, sagte Maria Alejandra Poleo, die von der chinesischen Nachrichtenagentur zitiert wird. [1]

Unter den freigelassenen US-Bürgern befanden sich Luke Alexander Denman und Airan Berry – Söldner, die wegen des gescheiterten Versuchs, den venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro im Jahr 2020 im Rahmen der berüchtigten Operation Gideon zu stürzen, eine 20-jährige Haftstrafe verbüßten.

Die Freilassung von Saab ist das Ergebnis direkter bilateraler Verhandlungen zwischen der Regierung Biden und der Regierung von Präsident Nicolás Maduro unter internationaler Vermittlung Katars. Saab wurde im Juni 2020 während eines Tankstopps in Kap Verde illegal festgenommen. Er war in diplomatischer Mission zur Umgehung der US-Blockade auf dem Weg in den Iran. Im Oktober 2021 wurde er gewaltsam nach Florida ausgeflogen und anschließend von der US-Justiz wegen Verschwörung zur Geldwäsche angeklagt.

Am Mittwochmorgen des 20. Dezember 2023 meldeten Mainstream-Medien die bevorstehende Freilassung von Alex Saab und beriefen sich dabei auf eine Meldung von *Associated* Press. Die Information wurde um 15:15 Uhr offiziell durch eine veröffentlichte Erklärung von Freddy Ñañez, dem venezolanischen Minister für Information und Kommunikation, bestätigt [2].

*Festgenommene nach der gescheiterten Landung: SEBIN-Agenten zeigen gefangene ehemalige US Green Berets, 7.5.2020 (Foto: Prensa Presidencial – Government of Venezuela, Wikimedia Commons, CC-BY-3.0)*

Eine inoffizielle Übersetzung der Erklärung ist nachstehend zu lesen:

## Kommuniqué für den Sieg der Wahrheit und der Würde Venezuelas

Die Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela freut sich über die Freilassung und Rückkehr unseres Diplomaten Alex Saab in sein Heimatland, der bis heute zu Unrecht in einem US-Gefängnis festgehalten wurde.

Das Volk empfängt ihn mit Stolz, nachdem er dreieinhalb Jahre lang unter grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung unrechtmäßig festgehalten wurde. Was gegen seine Menschenrechte und das Wiener Übereinkommen, das ihm diplomatische Immunität gewährt, verstößt.

Alex Saab ist Opfer von Vergeltungsmaßnahmen der Regierung der Vereinigten Staaten. Für seinen außergewöhnlichen internationalen Einsatz zum Schutz der sozialen Rechte aller Venezolaner, angesichts der Verschärfung einseitiger Zwangsmaßnahmen.

Seine Freiheit ist ein Symbol für den Sieg der bolivarischen Friedensdiplomatie und für die Tausenden von Solidaritätsbekundungen, die aus allen Teilen der Welt von sozialen Bewegungen, Intellektuellen, Künstlern und anderen Kämpfern für Gerechtigkeit zum Ausdruck gebracht wurden.

Die Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela würdigt insbesondere den Mut und die Würde seiner Frau, seiner Kinder und seiner Familie, die ihn bei der Denunziation und in der Hoffnung auf seine Freilassung stets begleitet haben.

Heute wird die Fessel dieser Ungerechtigkeit gebrochen, was uns zwingt, erneut die einmütige Forderung ganz Venezuelas nach einem endgültigen, sofortigen und bedingungslosen Ende der kriminellen Blockade zu bekräftigen, die die Regierung der Vereinigten Staaten gegen das gesamte venezolanische Volk verhängt.

Caracas, 20. Dezember 2023

In einer am Mittwoch veröffentlichten Erklärung bestätigte das Weiße Haus die Freilassung der US-Bürger. „Sie wurden freigelassen und kehren nach Hause zurück ... Diese Personen haben zu viel wertvolle Zeit mit ihren Angehörigen verloren. Und ihre Familien haben jeden Tag unter ihrer Abwesenheit gelitten“, hieß es. [3]

Das Weiße Haus fügte hinzu, dass sich unter den Freigelassenen ein Flüchtling namens Leonard Francis befindet, der aus den USA geflohen ist, bevor er für seine Verantwortung in einem Bestechungs- und Korruptionsfall verurteilt werden konnte. „Er wurde von Venezuela ausgeliefert, um sich der Justiz für Verbrechen zu stellen, die er gegen die Vereinigten Staaten begangen hat“, heißt es in der Erklärung weiter.

In seiner typischen Arroganz versuchte das Weiße Haus außerdem, Venezuela Anweisungen für die Durchführung seiner Wahlen zu geben. Die Beteiligung einiger der freigelassenen Gefangenen (Airan Berry und Luke Denman) an einem als Operation Gideon bekannten Söldnerangriff am 3. Mai 2020, der darauf abzielte, Präsident Maduro zu entführen und zu töten, wird vom Weißen Haus immer noch nicht anerkannt.

Auf einer Pressekonferenz am Mittwoch sagte John Kirby, der Sprecher des Sicherheitsrates des Weißen Hauses, dass man „manchmal schwierige Entscheidungen treffen muss“, um im Ausland inhaftierte US-Bürger zu retten. Dies deutet darauf hin, dass sich das Weiße Haus bewusst ist, dass das Austauschabkommen ein größerer Sieg für den Chavismus als für den US-Imperialismus ist.

## Ankunft in Venezuela

Die Ankunft von Alex Saab in Venezuela wurde von *Venezolana de Televisión* und *Telesur* live übertragen [4]. Er kam per Flugzeug aus St. Vincent und den Grenadinen, dem vereinbarten Ort für den Gefangenenaustausch, nach Hause.

Bei seiner Ankunft war Jorge Rodríguez, der Präsident der venezolanischen Nationalversammlung, unter den Ersten, die das Flugzeug verließen. Wenige Minuten später stieg der venezolanische Diplomat Alex Saab aus, um seine Kinder und seine Frau Camila Fabri [5] zu umarmen. Die venezolanische First Lady Cilia Flores gehörte ebenfalls zu denjenigen, die ihn begrüßten.

## Im Miraflores-Palast

Nach seiner Ankunft wurde Saab in einer Autokolonne zum Miraflores-Palast gebracht, wo Präsident Nicolás Maduro und einige Kabinettsmitglieder auf ihn warteten.



Publiziert auf Free21 am 09.02.2024, 6:00 Uhr

Präsident Maduro begrüßte Alex Saab, würdigte seine palästinensische Herkunft und erklärte, dass er 1280 Tage lang der physischen und psychischen Folter der Entführung widerstanden habe [6]. In diesen 1280 Tagen sei kein einziger Beweis für all die von Miami aus lancierten Fake News vorgelegt worden. Und sein einziges Verbrechen sei es gewesen, die kriminelle US-Blockade gegen Venezuela zu durchbrechen, fügte er hinzu.
„All die Lebensmittel, die Medikamente und der Treibstoff, die Sie ausgehandelt haben, sind beim venezolanischen Volk angekommen. Danke Alex“, fügte der venezolanische Präsident hinzu.

Präsident Maduro dankte Gerardo Blyde, dem Chefunterhändler der Oppositionskoalition „Einheitliche Plattform“ bei den Gesprächen mit der Regierung, und dem Emir von Katar, die beide dem Verhandlungsteam angehörten. Zusätzlich lobte der Präsident Alex Saabs Frau Camila Fabri sowie Saabs Familie für das Solidaritätsnetzwerk, das für seine Befreiung geschaffen wurde, sowie alle Bürger Venezuelas und Aktivisten auf der ganzen Welt, die mit der Bewegung #FreeAlexSaab zu seiner Befreiung beigetragen haben.

Der Präsident teilte mit, dass in den letzten Monaten der Amtszeit von US-Präsident Donald Trump eine Einigung über die Befreiung von Alex Saab erzielt wurde, dass aber das Ende seiner Amtszeit die Verhandlungen zunichte machte und der Prozess nach dem Amtsantritt von Joe Biden von Grund auf neu aufgenommen werden musste.

Alex Saab richtete einige Worte des Dankes an seine Kinder, seine Frau Camila Fabri sowie an Jorge Rodríguez, Delcy Rodríguez, Cilia Flores und das starke venezolanische Volk, das die Grundlage der Bolivarischen Revolution bildet [7].

*Andrónico Rodríguez, Präsident der bolivianischen Senatskammer, beim Volksgipfel, der zeitgleich mit dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) und der Europäischen Union (EU) in Brüssel, Belgien, stattfand, 18.7.2023. (Foto: Cámara de Senadores, Wikimedia Commons, CC-BY-2.0)*

## Die Position der Opposition

Während rechtsextreme Journalisten und Politiker in Miami und Madrid die Freilassung von Alex Saab beklagten, ist sie nach Ansicht des venezolanischen Oppositionsanalysten Luis Vicente León, Leiter des Meinungsforschungsinstituts Datanálisis, ein Sieg für Biden. Er wertete die Freilassung als Ergebnis politischer Verhandlungen, die von der venezolanischen Opposition durch das Abkommen von Barbados bestätigt wurden. Für Washington ist dies ein Ansporn für die Verhandlungen mit Venezuela über Öl- und Gas-Ressourcen, die die USA dringend benötigen.

Nach Ansicht von León ist es auch ein Sieg für Präsident Maduro, da es die Abkommen von Doha und Barbados stabilisiert, die den wirtschaftlichen Aufschwung durch die Öffnung des Öl- und Gas-Sektors im Zuge der Lockerung der US-Sanktionen ermöglicht und den klaren Weg der Einhaltung des Abkommens von Barbados beibehält; gleichzeitig wird dem politischen Druck der USA in Fragen, die in Barbados nicht ausdrücklich vereinbart wurden, keinen Zentimeter nachgegeben.

„Für Maduro ist die Freilassung von Saab eher eine Demonstration seiner Bereitschaft, sein eigenes Volk nicht im Stich zu lassen“, fügte der Oppositionsanalyst hinzu. „Er zeigt dem Chavismus, dass er bereit ist, alles zu tun, auch wenn ihm die Mittel ausgehen, um es zu verteidigen. Es geht nicht um Alex Saab, es geht um die Einheit des Chavismus und die Gewissheit, dass Maduro es nicht im Stich lassen wird. Denn das ist in einer Revolution lebenswichtig.”

## Quellen:

[1] Twitter, CGTN America „The released prisoners are "eight Americans and 13 Venezuelans," said Maria Alejandra Poleo, one of the NGO's lawyers. Among the freed Americans were Luke Alexander Denman and Airan Berry, who were serving 20-year sentences for a failed attempt to overthrow Venezuelan President Nicolas Maduro in 2020.“, am 20.12.2023: *<https://twitter.com/cgtnamerica/status/1737537878215757975>*

[2] Twitter, Alfred Nazareth „Gobierno de la República Bolivariana de Venezuela emite Comunicado por la Victoria de la verdad y la dignidad de Venezuela, a propósito de la liberación del diplomático Alex Saab, quien estuvo más de 3 años ilegalmente detenido en Miami.“, am 20.12.2023: *<https://twitter.com/luchaalmada/status/1737552324535755011>*

[3] The White House „Statement from President Joe Biden on Securing the Release of Americans Detained in Venezuela“, am 20.12.2023: *<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2023/12/20/statement-from-president-joe-biden-on-securing-the-release-of-americans-detained-in-venezuela/>*

[4] Twitter, Madelein Garcia „#ÚltimoMinuto| se abrió la puerta del avión y rápidamente **@CamillaFSaab** con sus dos nenas y sus hijos mayores subieron rápidamente para abrazarlo.“, am 20.12.2023: *<https://twitter.com/madeleintlSUR/status/1737565724988600515>*

[5] Twitter, Leonel Retamal Muñoz „ÚLTIMO MINUTO VENEZUELA“, am 20.12.2023: *<https://twitter.com/LeonelTeleSUR/status/1737566568463142942>*

[6] Twitter, Nicolás Maduro „Declaraciones Presidenciales desde el Palacio de Miraflores.“, am 20.12.2023: *<https://twitter.com/NicolasMaduro/status/1737575088088666610>*

[7] Twitter, teleSUR TV „#ENVIDEO | El diplomático #AlexSaab ofrece una palabras luego de tres años de detención ilegal por parte de Estados Unidos y su posterior liberación este miércoles“, am 20.12.2023: *<https://twitter.com/teleSURtv/status/1737582205105283494>*

*Rede Lenins, im Mai 1920 in Moskau. (Bild: Grigory Petrovich Goldstein / Wikimedia Commons / public domain)*

## Vorläufig gescheitert:

# Zum 100. Todestag von Lenin

*Der Begründer der Sowjetunion Wladimir Iljitsch Lenin liegt nun seit 100 Jahren einbalsamiert in einem Moskauer Mausoleum. Noch heute werden ihm zu Unrecht die Verwerfungen in der UdSSR angelastet.*

**Autor: Hermann Ploppa**

Hermann Ploppa ist Politologe und Publizist. Er hat zahlreiche Artikel über die Eliten der USA veröffentlicht, unter anderem über den einflussreichen Council on Foreign Relations. 2008 veröffentlichte er „Hitlers Amerikanische Lehrer“, in dem er bislang nicht beachtete Einflüsse US-amerikanischer Stiftungen und Autoren auf den Nationalsozialismus offenlegte. Sein Bestseller „Die Macher hinter den Kulissen – Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern“ sorgt nach wie vor für angeregte öffentliche Diskussionen.

Dieser Text wurde zuerst am 20.01.2024 auf www.manova.news unter der URL ‹https://www.manova.news/artikel/der-gescheiterte-utopist› veröffentlicht. Lizenz: Hermann Ploppa, Manova, CC BY-NC-ND 4.0

Am 21. Januar 1924 verstarb Wladimir Iljitsch Uljanow, weitaus bekannter als Lenin, im Alter von nur 53 Lebensjahren. Vorausgegangen war ein elendes Siechtum. Mehrere Schlaganfälle verwandelten den charismatischen Redner und Agitator in ein Häufchen Elend. Gefesselt an den Rollstuhl konnte er nicht mal mehr sprechen. Mit stechendem Blick musste er wehrlos zusehen, wie der hemdsärmelige Josef Stalin immer mehr Machtbefugnisse an sich riss und dabei den legendären Staatsgründer Lenin zunehmend bevormundete. Immer wieder warnte der moribunde Meisterdenker davor, Stalin zu viele Kompetenzen anzuvertrauen. Wie wir wissen, ohne Erfolg. Wenigstens starb Lenin nicht in Armut. Die Bolschewisten hatten ein wunderbares Anwesen in Gorki am Rand von Moskau für das Oberhaupt beschlagnahmt. Für Ausfahrten stand Lenin und seiner Frau Nadeschda Krupskaja ein Rolls-Royce mit Schneeketten zur Verfügung. Im idyllischen Park konnte Lenin wenigstens ein bisschen gesunde Luft schnuppern. Doch nicht einmal sein letzter Wille wurde respektiert. Lenin hatte sich eigentlich jede Art von Anbetung seiner Person energisch verbeten. Doch Stalin verordnete einen noch nie dagewesenen Totenkult für den berühmten Revolutionär. Dieser wurde öffentlich aufgebahrt. Das Gehirn sodann extrahiert für Forschungszwecke. Dieser Ausweidung folgte die Balsamierung und Mumifizierung. Die Bewunderer und Touristen kreisen auch heute noch um den schusssicheren Glassarg. Ein Pharaonenkult ohne Jenseits-Glauben. Diese Mumie zu erhalten hat schon etliche Millionen Rubel verschlungen. Während die Mumie noch da ist, ist Lenins Hauptwerk, die Sowjetunion, bereits vor über dreißig Jahren erbärmlich in sich zusammengefallen. Der russische Präsident Wladimir Putin hat Lenin und seine Ideen kategorisch verworfen. Diese Ideen sind in einem opulenten Bestand an klugen Texten erhalten geblieben. Doch wer möchte sich noch mit den Gedanken eines Ver-

lierers der Geschichte befassen? Lenin ist jetzt schon so lange tot, dass er eigentlich langsam mal wieder auferstehen müsste, oder? Schauen wir mal.

## Rache für den großen Bruder und eine Partei neuen Typs

Wladimir Iljitsch kommt nicht aus armen Verhältnissen. Seine Eltern waren kultivierte Bildungsbürger in der Provinz. Zartere Gefühle konnte er hier durchaus ausleben. Mit achtzehn Jahren wurde er Zeuge, wie sein älterer Bruder Alexander zum Tode verurteilt wurde. Der große Bruder hatte versucht, seinen Namensvetter, den Zaren Alexander III. mit Dynamit umzubringen, war dabei aber schon vorher von der Polizei abgefangen worden. Eindringliche Appelle und Gnadengesuche nützten nichts. Der Bruder wurde gehängt.

Lenin tat ab jetzt alles, um das verhasste Zarentum loszuwerden. In der Tat waren die sozialen Ungleichheiten zu jener Zeit enorm. Reformen wären dringend notwendig gewesen, wurden aber konsequent vermieden. Die immer deutlicher zutage tretenden Spannungen wurden kanalisiert. Als Blitzableiter mussten die Juden herhalten. Der zaristische Geheimdienst Ochrana übte härteste Repression gegen Kritiker der führenden Familien aus. Immerhin bildete sich so langsam unter widrigen Umständen eine sozialdemokratische Partei heraus. Daneben gab es anarchistische Strömungen. Oftmals verbunden mit einem romantischen Kult um die Bauern und das naturbelassene einfache Leben auf dem Lande.

Lenin scharte in der sozialdemokratischen Partei Russlands Marxisten um sich.

**Das Vorbild für die russischen Sozialdemokraten war die deutsche SPD. Damals die größte Arbeiterpartei Europas.**

Ein Machtfaktor in Deutschland, an dem sich selbst der langjährige Alleinherrscher Otto von Bismarck die Zähne ausgebissen hatte und deswegen vom jungen Kaiser Wilhelm II. in die brandenburgische Wüste gejagt wurde [1]. Doch war auch von außen nicht zu übersehen, dass es sich die deutschen Sozialdemokraten schon damals ganz komfortabel im System eingerichtet hatten. Vornehmlich Facharbeiter, die sogenannte „Arbeiter-Aristokratie“, übernahmen politische Ämter und arrangierten sich mit den konservativen oder reaktionären Mächtigen in ihrer Stadt und begannen, mit diesen zu kungeln. Heinrich Mann hat diese Kungelei zwischen dem Monarchisten Dietrich Hessling und dem Sozialdemokraten Napoleon Fischer in seinem Roman „Der Untertan“ anschaulich geschildert [2].

Die Sozialdemokraten waren eigentlich angetreten, um im Sinne von Karl Marx und Friedrich Engels den Kapitalismus durch einen Sozialismus abzulösen. In der Praxis ging es aber zunehmend nur noch darum, das Leben der Arbeiter im Kapitalismus ein bisschen angenehmer zu gestalten. Hier mal etwas mehr Lohn, dort den Aufbau einer Einkaufsgenossenschaft. Die Sozialdemokratie als dialektischer Gegenpart zu den Kapitalisten sorgte eigentlich eher dafür, die Betriebsblindheit der von unersättlicher Profitgier angetriebenen Kapitalisten aufzuheben und die Zuspitzung des Klassengegensatzes durch ungebremste Kapitalkonzentration zu verhindern. Karl Marx ging ja davon aus, dass die Kapitalkonzentration zu einer zunehmenden Verelendung der unteren Schichten führen würde.

Eine Revolution würde sodann zur Diktatur des Proletariats führen. Und sodann zur Auflösung jeder Klassenherrschaft. Genau das verhinderten nun die Sozialdemokraten, indem sie der Verelendung durch soziale Reformen entgegensteuerten.

Wir sehen heute, dass solche Errungenschaften der Arbeiterbewegung nicht in Stein gemeißelt sind. Vielmehr versucht die herrschende Klasse immer wieder, diese Errungenschaften rückgängig zu machen.

Das waren auch Lenins Bedenken. Was tun, fragte sich Lenin und schrieb im Jahre 1902 ein Buch mit eben diesem Titel [3]. Seine Hauptthese: die Arbeiter würden immer nur gewerkschaftliche Forderungen und Ziele formulieren („Trade-Unionismus“ heißt das im Original). Das Proletariat entwickele aus sich selbst heraus keine geschichtliche Perspektive. Die Arbeiter würden immer nur höhere Löhne oder eine Humanisierung der Arbeitswelt fordern. Es bedarf sozusagen gefallener Engel aus der Oberschicht, die ihre akademische Bildung mitbringen und den Kämpfen der Arbeiter erst eine Langzeitperspektive vermitteln oder quasi aufpfropfen. Die revolutionär gewendeten Akademiker würden den Arbeitern erst das Bewusstsein vermitteln, dass ihr alltäglicher Kampf nur einen Sinn hat, wenn er dazu führt, dass die bürgerliche Klasse von der Arbeiterklasse gestürzt und entmachtet wird.

**Folglich ist Basisdemokratie hier fehl am Platz. Vielmehr müssen die großräumigen Strategien zur Überwindung des Kapitalismus von außen in die Arbeiterklasse hineingetragen werden. Das kann nur eine ultra-elitäre „Partei neuen Typs“ bewerkstelligen.**

Folgerichtig bestimmt ein Zentralkomitee aus überlegener Intellektualität heraus, wer für Leitungsaufgaben geeignet ist. Zeitungen und Bücher sollen sagen, wo es lang geht. Redner und Agitatoren tragen die langfristige geschichtsphilosophische Perspektive in den alltäglichen Daseinskampf hinein. Nur so kann langfristig der Kapitalismus überwunden werden. Und nicht mit vorgeblich „systemüberwindenden Reformen“ [4]. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Und das galt auch für den Umgang mit der russischen Sozialdemokratie. Lenin und seine Mitstreiter bildeten eine eigene Gruppe innerhalb der Sozialdemokratie. Da sich Lenins Sympathisanten in der Sozialdemokratischen Partei Russlands in der Mehrheit befanden, nannten sie sich Bolschewiken, also auf Deutsch in etwa: die Leute von der Mehrheitsfraktion. Sie grenzten sich ab gegen die Minderheitsfraktion, die Menschewiki. Kompromissloser als bisher kämpften jetzt die Mehrheitssozialisten gegen das verhasste Zaren-Regime. Das hatte zur Folge, dass auch Lenin sich bisweilen in der sibirischen Verbannung wiederfand oder auch mal einige Jahre ins Exil nach Deutschland oder die Schweiz gehen musste. Was auch zeigt, wie gut die Arbeiterbewegung

*Wladimir Lenin hält eine Rede auf dem Roten Platz anlässlich der Einweihung eines provisorischen Denkmals für Stepan Rasin. 1919, 1. Mai. Moskau. (Bild: Chairman 1922 / Wikimedia Commons / CC BY-SA 4.0 DEED)*

damals international vernetzt war. Denn Lenin fand in all diesen Ländern Menschen, die ihm und seiner Frau Wohnungen und Geld zum Überleben verschafften. In Zürich wurde Lenin sogar eine Wohnung besorgt, die sich in komfortabler Nähe zur Bibliothek befand.

Wir wollen nicht unerwähnt lassen, dass die Exil gewährenden Staaten sich stets aufs Neue ein gewisses Reservoir an Dissidenten aus anderen Ländern bereitgehalten haben, um in anderen Ländern immer mal wieder einen *Regime Change* inszenieren zu können. So hatte auch Großbritannien schon dem deutschen Revolutionär Karl Marx großzügig Asyl gewährt, um im Falle des Konflikts mit Deutschland Marx quasi als Regime Change-Waffe einsetzen zu können. Wir werden noch lesen, wie Lenin von Deutschland als Waffe gegen den russischen Zaren eingesetzt wurde.

## Walter Lippmann als „Schüler" Lenins

Doch zunächst ein paar Worte zum demokratiefreien Elite-Konzept Lenins. Die linke Opposition zum kapitalistischen Establishment hat immer wieder eben jenes Establishment gezwungen, seine eigenen Positionen und Strategien zu überdenken. Ohne dieses linke Korrektiv wäre der Kapitalismus wahrscheinlich längst implodiert. Die Sozialdemokratie zwang die Kapitalisten dazu, den Arbeitern immer mehr Zugeständnisse zu machen. Und damit, wie gesagt, die marxistische Verelendungstheorie in der Praxis zu widerlegen. Die Fabian Society in Großbritannien und mächtige Kreise in den USA kopierten das sozialdemokratische Modell und brachten nun selber soziale Reformen auf den Weg, die den Untergang des Kapitalismus durch allzu krasse soziale Ungleichheiten verhindern sollten.

Doch auch Lenins elitäres Parteikonzept fand seine kapitalistischen Nachahmer. Der Lenin des US-Kapitalismus heißt Walter Lippmann. Lippmann war als junger Akademiker ein Anhänger sozialistischer Ideen. Später jedoch verabschiedete sich Walter Lippmann konsequent von linkem Gedankengut. Lenins Elitekonzept adaptierte Lippmann allerdings auf den US-Kapitalismus. In seinem enorm einflussreichen Buch „Die Öffentliche Meinung" aus dem Jahre 1922 vertritt Lippmann Thesen, die strukturell entlehnt sind aus Lenins Buch „Was tun?", das genau zwanzig Jahre zuvor erschienen war [5]. Lippmann sagt: Das einfache Volk kann gar nicht wissen und beurteilen, was für eine sinnvolle Politik nützlich und hilfreich ist.

Auch die gewöhnlichen Parlamentarier haben immer nur die Interessen ihres Wahlkreises im Sinn. Eine geschichtliche Perspektive kann so nicht entstehen, ganz zu schweigen von einer intelligenten, strategisch angelegten Politik. Die Grundzüge der Politik können nur hoch qualifizierte Experten bestimmen, die die Regierung beraten und lenken. Dem Volk muss alles so vorgekaut werden, dass die Menschen draußen im Lande nur noch mit „ja" oder „nein" abstimmen können. Aber auch diese Mehrheitsmeinung muss bereits vorher in erlauchten diskreten Kreisen hergestellt worden sein („maufacturing consent").

**Lippmanns Lenin-Plagiat führte zu einer atemberaubenden Effizienzsteigerung der kapitalistischen Regierungskunst („Governance").**

Bis dahin hatten die Mächtigen mehr aus dem Bauch heraus regiert. Jetzt wurden die besten Akademiker zusammengebracht, die langfristige Strategien für ihre Auftraggeber entwickelten. Medienleute, Hochschullehrer und Verbandsfunktionäre verbreiteten nun diese von unsichtbaren Eliten hergestellten Strategien und Meinungen in der Bevölkerung. Es entstand in diesem Sinne ein international agierendes Netzwerk angloamerikanischer Eliten, das konzentrisch um den New Yorker Council on Foreign Relations organisiert war und immer noch in Ansätzen ist [6]. Und während der sowjetische Elitismus in seiner zunehmenden Erstarrung der Stalin-Ära implodiert ist, feierte bis vor Kurzem die elitäre Governance der USA weltweit beeindruckende Erfolge. Eine bittere Ironie des Leninismus.

Doch zurück zu Lenins Werdegang! Der Erste Weltkrieg ist für Europa eine schmerzhafte Zäsur. Die zuvor beinahe allmächtigen Führungsnationen Europas zerfleischen sich gegenseitig. Und verschulden sich dabei hoffnungslos bei den großen Finanzhäusern der USA, allen voran beim Bankenkonsortium unter der Führung von JP Morgan. Die sozialistischen Parteien Europas sind sehr besorgt, dass sich hier Arbeiter und Bauern der Krieg führenden Länder gegenseitig in der offenen Feldschlacht niedermetzeln. In der Schweiz treffen sich die Vertreter der europäischen Nationen, um im Zimmerwalder Manifest den sofortigen Friedensschluss und die Selbstbe-



Publiziert auf Free21 am 15.02.2024, 6:00 Uhr

stimmung der Völker zu fordern. Auch wird in diesen Kreisen diskutiert, ob man nicht durch die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa zukünftig kriegerische Konflikte vermeiden kann. Bei dieser Gelegenheit tritt Lenin mit einem kurzen Aufsatz in Erscheinung, in dem er die Idee einer europäischen Staatengemeinschaft verwirft. Es sei nicht damit getan, als Voraussetzung eines geeinten friedlichen Europas in erster Linie die Abschaffung der Monarchien in Deutschland, Österreich und Russland zu fordern. Kriege entstünden aus dem unterschiedlichen Entwicklungstempo der kapitalistischen Staaten. Und da habe sich in den letzten Jahrzehnten einiges getan:

*„Es kann nicht anders geteilt werden als ‚entsprechend der Macht'. Die Machtverhältnisse ändern sich aber mit dem Gang der ökonomischen Entwicklung. Nach 1871 erstarkte Deutschland etwa drei- bis viermal so rasch wie England und Frankreich, Japan annähernd zehnmal so rasch wie Russland. Um die tatsächliche Macht eines kapitalistischen Staates zu prüfen, gibt es kein anderes Mittel und kann es kein anderes Mittel geben als den Krieg. Der Krieg steht in keinem Widerspruch zu den Grundlagen des Privateigentums, er stellt vielmehr eine direkte und unvermeidliche Entwicklung dieser Grundlagen dar. Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wieder herzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik.*" [7]

Daran hat sich offenkundig bis heute nichts geändert, wie man am Konflikt zwischen den USA und China sehen kann. Eine europäische Union ist also nach Lenins Meinung keine geeignete Vorsorge gegen Kriege. Das kann schon deswegen nicht mehr der Fall sein, weil Europa im Jahr 1915 nicht mehr der einzige Global Player ist.

Wenn erst einmal das Proletariat in einzelnen Ländern die Herrschaft an sich reißt, dann würden die Beziehungen zu noch kapitalistischen Ländern von dieser Systemkonkurrenz geprägt sein. Das ganze Szenario spielt sich dann sowieso auf globaler Bühne ab.

## Lenin als Theoretiker des Imperialismus

Damit kommen wir zu Lenins theoretischer Leistung, die bis heute nichts an Aktualität verloren hat. In der friedvollen Schweizer Metropole Zürich kann der russische Revolutionär im Jahre 1916 sein Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" in aller Ruhe niederschreiben [8]. Seit den Lebzeiten von Karl Marx und Friedrich Engels hatte sich die Welt radikal verändert. Die Industrieunternehmen hatten sich rasch zu großen Konzernen erweitert. Banken und Börsen wurden immer wichtiger. Und diese Einrichtungen arbeiteten an der Bildung von Kartellen. Und vor allem geschah diese Kartellbildung immer rascher auf internationaler Bühne. Kapital wurde beweglich und der Kapitalexport wurde zunehmend wichtiger.

Während früher die europäischen Großmächte sich die Rosinen anderer Kontinente ungestört herauspicken konnten, sind die kolonialen Claims zu Lebzeiten Lenins bereits vollständig abgesteckt. Wer jetzt noch kolonialen Besitz erwerben will, kann das nur noch auf Kosten anderer Kolonialmächte tun. Das heißt also, kriegerische Raubzüge. Lenin ist redlich genug zu markieren, was er von dem deutschen sozialdemokratischen Theoretiker Rudolf Hilferding übernommen hat, und wo er selber weitergedacht hat. Lenins Theorie über den modernen Imperialismus ist bis auf den heutigen Tag gültig.

Und während Lenin unter sehr bescheidenen Verhältnissen in Zürich sein Update des Marxismus vornimmt, kommt ausgerechnet der Generalstab der deutschen Streitkräfte unter der Leitung von Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff auf die glorreiche Idee, die Bolschewisten und ihren charismatischen Anführer Lenin für einen *Regime Change* im zaristischen Russland einzusetzen. Denn Deutschland führt zu jener Zeit einen unheilvollen Zwei-Fronten-Krieg. Im Westen schlägt man sich mit Frankreich, Großbritannien und Italien herum. Im Osten müssen sich die deutschen Streitkräfte mit den Truppen Russlands auseinandersetzen. Und Deutschland hat als vermeintliche Verbündete zwei Invalide mitzuschleppen. Österreich-Ungarn ist ein heterogenes Völkergemisch mit zweifelhafter Loyalität seiner diversen Staatsbürger. Und das Osmanische Reich wird eh schon verspottet als der „Alte Mann vom Bosporus".

Es liegt also nahe, sich der Front im Osten zu entledigen. Deswegen soll der Bolschewik Lenin die Zaren stürzen und dann einen Frieden mit Deutschland auf den Weg bringen. Die Kontaktanbahnung verläuft behutsam. Währenddessen hat Lenin noch Zeit, in der Stille der finnischen Wälder sein Buch „Staat und Revolution" zu schreiben [9]. In diesem Buch betont er noch einmal die Unvermeidlich-

## Quellen:


**[1]** Apolut, Hermann Ploppa, „HIStory: Bismarck oder Wilhelm II. – Wer hat Schuld am Niedergang Deutschlands?", am 15.03.2021, *<https://apolut.net/history-bismarck-oder-wilhelm-ii-wer-hat-schuld-am-niedergang-deutschlands/>*

**[2]** Heinrich Mann: Der Untertan. Frankfurt/Main 1996

**[3]** Marxists Internet Archive, Wladimir Iljitsch Lenin, „Was tun? – Brennende Fragen unserer Bewegung", 1902, *<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1902/wastun/>*

**[4]** „Systemüberwindende Reformen" war tatsächlich eine Losung der Jungsozialisten, der Nachwuchsorganisation der SPD, als Antwort auf den revolutionären Impetus der 68er Bewegung.

**[5]** Walter Lippmann, „Public Opinion", 1922, Transaction Publishers 1998 (2. Auflage), *<https://monoskop.org/images/b/bf/Lippman_Walter_Public_Opinion.pdf>*

**[6]** Telepolis, Hermann Ploppa, „Der Klub der "Weisen Männer"", am 19.08.2008, *<https://www.telepolis.de/features/Der-Klub-der-Weisen-Maenner-3419681.html>*

**[7]** mlwerke, Wladimir Iljitsch Lenin, „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa", Sozial-Demokrat Nr. 44, 23. August 1915, *<http://www.mlwerke.de/le/le21/le21_342.htm>*

**[8]** Marxists Internet Archive, Wladimir Iljitsch Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", 1917, *<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/index.htm>*

**[9]** Marxists Internet Archive, Wladimir Iljitsch Lenin, „Staat und Revolution", „II. Kapitel – Die Erfahrungen der Jahre 1848 – 1851", Veröffentlicht 1918 als Broschüre im Verlag Shisn i Snanije, *<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/staatrev/kapitel2.htm>*

**[10]** ebd. Die Rechtschreibung der Quelle wurde nicht verändert.

**[11]** Apolut, Hermann Ploppa, „HIStory: Der rätselhafte Tod des Präsidenten Harding", am 10.05.2021, *<https://apolut.net/history-der-raetselhafte-tod-des-praesidenten-harding/>*

**[12]** Apolut, Hermann Ploppa, „HIStory: 100 Jahre Vertrag von Rapallo", am 17.09.2022, *<https://apolut.net/history-100-jahre-vertrag-von-rapallo/>*

keit der Diktatur des Proletariats, die auf die Diktatur der Bourgeoisie folgen soll.

**Der Staat, so Lenin, ist immer das Instrument, durch das die herrschende Klasse ihre Herrschaft organisiert und befestigt. Das kommt zwar im Gewand der Demokratie daher, dient aber nur dazu, die Interessen der herrschenden Klasse zu bedienen. Erst wenn auf der ganzen Welt die Diktatur des Proletariats durchgesetzt ist, wird der Staat ganz von selber absterben.**

Staatliche Organe wie Polizei und Militär sind dann überflüssig, weil es keine relevanten Unterschiede mehr gibt im Besitz. Der Staat ist also zunächst unverzichtbar, um die Herrschaft der Arbeiterklasse zu sichern. Und um den Kapitalismus endgültig auszumerzen, braucht man auch nicht zimperlich zu sein. Dann entwickele sich die klassenlose Gesellschaft quasi naturwüchsig:

*„Schließlich macht allein der Kommunismus den Staat völlig überflüssig, denn es ist niemand niederzuhalten, ‚niemand' im Sinne einer* *Klasse, im Sinne des systematischen Kampfes gegen einen bestimmten Teil der Bevölkerung. Wir sind keine Utopisten und leugnen durchaus nicht die Möglichkeit und Unvermeidlichkeit von Ausschreitungen einzelner Personen und ebenso wenig die Notwendigkeit, solche Ausschreitungen zu unterdrücken. Aber erstens bedarf es dazu keiner besonderen Maschine, keines besonderen Unterdrückungsapparates; das wird das bewaffnete Volk selbst mit der gleichen Selbstverständlichkeit und Leichtigkeit bewerkstelligen, mit der eine beliebige Gruppe zivilisierter Menschen sogar in der heutigen Gesellschaft Raufende auseinanderbringt oder eine Frau vor Gewalt schützt. Zweitens wissen wir, daß die soziale Grundursache der Ausschreitungen, die eine Verletzung der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens bedeuten, in der Ausbeutung der Massen, ihrer Not und ihrem Elend zu suchen ist. Mit der Beseitigung dieser Hauptursache werden die Ausschreitungen unvermeidlich ‚abzusterben' beginnen. Wir wissen nicht, wie rasch und in welcher Folge das geschehen wird, aber wir wissen, daß sie absterben werden. Mit dem Absterben der Ausschreitungen wird auch der Staat absterben."* [10]

*Lenins Reiseroute 1917 von Zürich nach Petrograd (heute: St. Petersburg) in einem verplombten Zug. (Karte: Kimdime / Wikimedia Commons / CC BY-SA 4.0 DEED)*

## Lenin als Akteur eines Regime Changes

Die erzreaktionäre deutsche Generalität macht es möglich, dass Lenin jetzt von der Theorie zur Praxis übergehen kann. Die deutschen Militärs verfrachten Lenin und seine Entourage in einem verplombten Zug aus der Schweiz quer durch Deutschland nach Stralsund. Dort steigt Lenin, begleitet von seiner Frau, seiner Schwiegermutter und seiner aktuellen Geliebten, sowie seinen politischen Mitstreitern und zugestiegenen internationalen Sympathisanten auf eine Fähre. Und weiter geht es im Zug über Schweden und Finnland in die Heimat. Die russische Hauptstadt Sankt Petersburg heißt jetzt seit dem Frühjahr Petrograd. Der Zar hatte abgedankt, und eine Koalitionsregierung unter dem Fürsten Georgi Jewgenjewitsch Lwow führt gewisse bürgerliche Freiheiten ein, öffnet die Straflager und Gefängnisse. Die nach Sibirien verbannten Revolutionäre strömen jetzt zurück in die Städte.

Der Krieg Russlands gegen die Mittelmächte wird indes mit unverminderter Härte fortgeführt. Amerikanische Bankenkonsortien schaufeln Geld in das republikanische Russland. Antideutsche Propaganda soll nach dem Vorbild des US-amerikanischen Council on Public Information die russische Bevölkerung gestimmt machen für weitere Kriegsanstrengungen. Da beginnt die deutsche Wunderwaffe Lenin zu wirken. Denn der Bolschewist stellt in seinen Aprilthesen klar, dass der Krieg sofort beendet werden und die Macht an die Arbeiterräte übergeben werden muss. Lenin steht jetzt sehr viel Geld zur Verfügung. Zeitungen, Flugblätter und Agitatoren bearbeiten die Massen im Sinne Lenins.

**Bis heute ist nicht einwandfrei geklärt, woher die Bolschewisten plötzlich solche üppigen Geldmittel bekommen haben. Aber alles spricht dafür, dass das Geld aus Deutschland gekommen ist.**

Und es ist wahrlich kein großes Kunststück, die kriegsmüden Russen für den Friedensschluss mit Deutschland zu gewinnen. Und so ist die Oktoberrevolution ohne größere Anstrengungen leicht zu bewerkstelligen. Im Gegensatz zu dem heterogenen Block um Regierungschef Alexander Fjodorowitsch Kerenski haben die Bolschewisten eine klare Agenda.

Von nun an geht aber so ziemlich alles schief, was schief gehen kann. Bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk bilden sich die deutschen Militärs ein, sie könnten den Bolschewisten ganz kackfrech unerträgliche Maximalforderungen aufoktroyieren. Doch Hochmut kommt vor dem Fall. Denn schon im Herbst 1918 muss Deutschland vor den Westmächten kapitulieren. Jetzt attackieren die Westmächte von allen Seiten her das bolsche-



Publiziert auf Free21 am 15.02.2024, 6:00 Uhr

wistisch gewendete Russland, zum Teil auch mit Rest-Personal aus den deutschen Streitkräften. Es entbrennt ein grausamer Krieg mit äußerst heterogenen Kriegsparteien. Dass schließlich die Bolschewisten diesen Krieg für sich entscheiden können, hat sicher damit zu tun, dass die Mehrheit der Russen mit den Bolschewisten sympathisiert und die Gegner kein klar definiertes Kriegsziel haben, untereinander zutiefst zerstritten sind, und die Korruption jede Disziplin untergraben hat.

Übrig bleibt ein rauchender Trümmerhaufen, da wo sich vorher Russland befand. Der Wiederaufbau gestaltete sich äußerst kompliziert. Lenin, nunmehr unangefochtener Herr der Lage, erkennt, dass er das Land mit rigorosen Enteignungen nicht aus dem Elend herausführen kann. Er verkündet die Neue Ökonomische Politik. Jetzt ist unternehmerische Initiative gefragt. Die Bauern können ihre Produkte wieder unreguliert vermarkten – was eben auch das Potential erneuter sozialer Ungleichheiten in sich birgt. Eine Gold gedeckte Währung wird eingeführt. Und die neu gegründete Ruskombank lädt internationales Kapital ein, in der Sozialistischen Russischen Föderation zu investieren.

**Ja. Die internationale kapitalistische Staatenwelt hat jetzt erkannt, dass die Bolschewisten als regionaler Ordnungsfaktor gar nicht so schlecht sind. Hauptsache, es ist ein verlässlicher Ansprechpartner vor Ort, der für geordnete Lieferung billiger Rohstoffe zuständig ist.**

Und die USA brauchen dringend billige Rohstoffe, um die neue Mobilität mit Automobilen, die von fossilen Kraftstoffen angetrieben werden, auf den Weg zu bringen. In den USA entbrennt ein erbitterter Kampf der Konsortien um das sowjetische Öl. Sinclair Oil, das zunächst den Vertrag mit der kommunistischen Ölförderfirma Azneft bekommen soll, wird durch eine schmutzige Intrige, der sogar der US-Präsident Warren G. Harding zum Opfer fällt, vom Rockefeller-Clan verdrängt [11]. Der Wall Street-Unternehmer Averell Harriman beutet Mangan aus, und Henry Ford baut Autos im bolschewistischen Russland. Deutschland schließt mit den Kommunisten den Vertrag von Rapallo [12].

Damit sind wir wieder am Anfang unserer Erzählung. Denn Lenin wurde bereits im Jahre 1918 Opfer eines Attentats. Eine basisdemokratische Aktivistin hatte drei Schüsse auf Lenin, der Personenschutz bis dahin ablehnte, abgefeuert. Eine Kugel durchdrang ohne größeren Schaden die Haut. Doch zwei weitere Kugeln blieben in Lenins Rücken stecken. Lenin wollte nicht im Krankenhaus operiert werden. Es wurde sogar spekuliert, dass sich in den Gewehrkugeln giftige Substanzen befanden. Zunächst jedoch erholte sich Lenin schnell wieder und kehrte zur Arbeit zurück. Doch ab 1920 verschlechterte sich sein Gesundheitszustand immer mehr. Lenin konnte irgendwann nicht mehr an den wichtigen Sitzungen teilnehmen. Dann kam Stalin am Abend zu Lenin und berichtete, was man so alles in seiner Abwesenheit beschlossen hatte. Immer seltener konnte Lenin durch Erlasse direkt in das Ge-

Free21
Credible news mounted on paper

Free21.org ist ein Projekt des Vereins zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.

## Unterstützen Sie Free21 als Fördermitglied!

Mit einer Fördermitgliedschaft ermöglichen Sie Free21 eine regelmäßige, sichere finanzielle Grundausstattung. Der Förderbeitrag beträgt 5,– Euro/Monat. Selbstverständlich erhalten Sie auch eine jährliche Spendenbescheinigung.

Bitte füllen Sie dieses Formular vollständig aus und senden Sie sie per Briefpost an:
VzF unabh. journalistischer Berichterstattung e.V.
c/o Marika Matthaei
Karl-Lade-Straße 36a
10369 Berlin

*Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.*
*St.Nr. 27/680/76987*

### Ja, ich möchte für 5,-€/Monat Fördermitglied werden!

Bitte tragen Sie hier Ihre persönlichen Daten ein:

Vorname, Name des Kontoinhabers:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort, Land:

E-Mail-Adresse:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-ID-Nr.: **DE84ZZZ00001969982**
Mandatsreferenz-Nr.

**SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, Gläubiger-ID: DE84ZZZ00001969982) Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. **Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.**

schehen eingreifen. Bis er schließlich aufgrund der Schlaganfälle gar nichts mehr sagen konnte. Er schrieb dem groben Stalin noch, er solle sich nicht so flegelhaft zu seiner Frau Nadeschda verhalten. Das alleine zeigt bereits, wie wenig Lenin in den letzten zwei Lebensjahren noch zu bestimmen hatte.

Was nach Lenins Tod kam, war keineswegs eine logische Fortsetzung seiner Politik. Was dann kam, war eine markante Abweichung von Lenins Weg. Der Georgier Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili, besser bekannt als Stalin, konnte seinen Rivalen Leo Trotzki aus dem Revier vertreiben. Die Neue Ökonomische Politik wurde abgeschafft. Stattdessen setzte Stalin eine Planwirtschaft durch, die sich auf alle möglichen Bereiche ausdehnte, wo sie nun partout nicht hingehörte. Oberstes Ziel war jetzt die möglichst rasche Umwandlung der Sowjetunion von einem rückständigen Bauernland hin zu einem supermodernen Industriestaat. Ohne Rücksicht auf menschliche Bedürfnisse möglichst schnell aus der Unterlegenheit gegenüber dem entfalteten kapitalistischen Ausland herauskommen.

Stalin arbeitete zu diesem Zweck eng mit US-amerikanischen und deutschen Konsortien zusammen, die ganze Städte wie Magnitogorsk aus dem Boden stampften. Und wo Arbeiter wegen der unwirtlichen Verhältnisse nicht arbeiten wollten, da setzte Stalin Zwangsarbeiter ein. Menschen wurden rücksichtslos verheizt für den technischen Fortschritt. Dabei verhielt sich Stalin selber immer psychotischer und unterwarf seiner bürokratischen Vernichtungsmaschine auch ehemalige Mitstreiter. Das Ergebnis ist bekannt: ein verknöcherter, absolut unflexibler Machtapparat, in dem abgerichtete Bioroboter Befehle ausführten. Das konnte nur implodieren.

**Dieses Geschehen hatte dann aber auch nichts mehr mit Lenin zu tun. Und es ist unfair, Lenin die Verbrechen Stalins in die Schuhe zu schieben. Lenin hat stattdessen mit dazu beigetragen, die politische Landschaft am Anfang des Zwanzigsten Jahrhunderts neu zu gestalten. Er hat versucht, den Traum von einer herrschaftsfreien Gesellschaft wissenschaftlich und strategisch zu unterstützen.**

Er ist aber an den Realitäten seiner Zeit kolossal gescheitert. Er ließ sich mit den geopolitischen Mächten ein und musste plötzlich ganz ungewohnte neue Schachzüge ausprobieren. Dabei ist seine Verteidigungslinie komplett zusammengebrochen. In den Wirren des Bürgerkriegs bekam die Brutalisierung auf allen Seiten eine Dynamik, die jedem Humanismus Hohn spricht.

Lenin ist jetzt mumifiziert und in den Geschichtsbüchern eingelegt wie ein getrocknetes Ahornblatt. Wir dürfen gespannt sein, ob Lenin eine Renaissance erleben wird.


## Abo-Bestellschein mit Einzugsermächtigung/SEPA-Lastschrift

Hiermit ermächtige ich Free21Abo, Björn Gschwendtner, bis auf Widerruf, die Gebühren für das Aktiv-Abonnement von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die Lastschriften einzulösen. Die nebenstehenden Hinweise (Seite 51 dieser Ausgabe) habe ich gelesen und verstanden.

**Kontoinhaber**

Vorname, Nachname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

E-mail:

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers

**Abweichende Lieferanschrift:**

Vorname, Nachname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Gläubiger-Identifikations-Nr.: DE67 ZZZ 000 02 38 73 88
**Mandatsreferenz-Nr.**
(wird von Free21 ausgefüllt)

**Abschicken an:** Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt




Publiziert auf Free21 am 15.02.2024, 6:00 Uhr

# Mit Ihrer Hilfe erreichen wir mehr Menschen.

**Sie sind unser Vertrieb!**

Seit 2015 existiert das Free21-Magazin in gedruckter Form und seither gibt es den Gedanken, Free21 in den Zeitschriftenhandel zu bringen, um die Reichweite zu erhöhen. Doch immer wieder kommen wir zu dem Schluss: Das geht einfach nicht! Warum?

Der gesamte Pressehandel läuft über sog. Grossisten – an denen führt kein Weg vorbei. Sie sind die Distributoren zwischen den Verlagen und Zeitschriftenhändlern. Im Prinzip reichen sie das Produkt „Zeitschrift/Zeitung" weiter – aber sie diktieren die Mindestproduktion der Verlage und die Abnahmemengen der Händler und sie entsorgen alte Ausgaben, wenn eine neue erscheint. Dafür kassieren sie ihren Anteil! Genau dadurch wird die einzelne(!) Zeitschrift sehr teuer. Denn im Endeffekt bezahlt der Leser die Überproduktion und Entsorgung von bis zu 80% der Auflage. So landet Papier, Information, Arbeit im Müll und viel Geld beim Grossisten – und das mit jeder einzelnen Ausgabe.

**Wir bleiben also dabei:** Unsere Abonnenten sind unser Vertrieb! Als Abonnent erhalten Sie zehn Magazine für 10,- Euro. Geben Sie sie weiter an Freunde, Bekannte oder andere Interessierte!

## Das Free21-Aktiv-Abo

- ✓ **10er Pack** Free21-Magazine
- ✓ Das Magazin **erscheint 6 Mal** im Jahr
- ✓ **Bequeme Lieferung** nach Hause

Erhalten Sie das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Aktiv-Abonnement. Die Bezugsgebühren innerhalb Deutschlands (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen pro Ausgabe 10,– EUR, innerhalb der EU-Länder 15,– EUR. Sie erhalten 10 Exemplare pro Ausgabe zum Selberlesen und Weiterverteilen.

Abo Free21

**free21abo.de**

**Zum Abo:** Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare gelten im Voraus und werden zum Erscheinungstermin fällig. Beim Abschluss des Abonnements mittels SEPA-Lastschriftverfahren wird der Betrag Anfang jedes geraden Monats (ca. 25 Tage vor Erscheinungstermin) eingezogen. Der neue Turnus beginnt nach dem Versand der neuesten Ausgabe. Beim Abschluss mittels PayPal wird der Betrag direkt bezahlt. Die Abbuchungen für die weiteren Ausgaben erfolgen dann alle 2 Monate. Beim Abschluss mittels Vorab-Banküberweisung/Dauerauftrag erhalten Sie nach der Bestellung eine E-Mail mit den Kontodaten, auf das Sie den Betrag überweisen müssen. Bitte nutzen Sie die Bestellnummer als Verwendungszweck. Das Abonnement gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der nächsten Ausgabe, ab dem Zeitpunkt der Bestellung online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post).

**Kündigung:** Das Aktiv-Abonnement ist jederzeit zum Monatsende kündbar. Die Kündigung kann per E-Mail an info@free21abo.de, online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) erfolgen.

**Einzugsermächtigung/Zahlung per SEPA-Lastschrift:** Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt (Gläubiger-ID: DE67ZZZ00002387388) wird ermächtigt, Zahlungen vom Konto des Abonnenten mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut des Abonnenten angewiesen, die Lastschriften einzulösen. Es gelten die Bedingungen des jeweiligen Kreditinstituts. Innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, kann die Erstattung des belasteten Betrages seitens des Abonnenten gefordert werden.

**Widerrufsbelehrung:** Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag, an dem Sie das Abonnement online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) rechtsverbindlich abschließen. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie online auf www.free-21abo.de oder schriftlich (per Post) Ihren Widerruf eindeutig erklären. Die Widerrufsfrist ist gewahrt, wenn die Widerrufserklärung vor Ablauf der Widerrufsfrist abgesendet wird. (Es gilt das Datum des Poststempels.)

# Abonnement-Bestellschein

**Jeder Abonnent erhält alle 2 Monate je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare. Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen (solange der Vorrat reicht).**

Free21 präsentiert:

ISBN 978-3-910881-00-6
© Copyright Thiemo Kirmse, Free21

# Jetzt erhältlich!

Buch + ePUB-Version 8,49 €
ePUB zum Download 6,99 €

**JETZT BESTELLEN**

**free21abo.de**

Der Kapitalismus bedroht alles Lebendige. Wenn die Menschheit eine Zukunft haben will, muss dieses zerstörerische System überwunden werden. Dafür braucht es zuerst eine sichtbare Alternative. Seit dem Ende des Realsozialismus fehlt uns ein solches Bild. Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus? System Change wohin? Das ist hier die Frage.

Wir brauchen Vorstellungen von einer anderen Welt, wir brauchen wieder Träume und Utopien. Darüber sollten wir diskutieren und eine geteilte Vision entwickeln – keine fertige Blaupause und keinen vorgefertigten Plan. Vielmehr eine konsistente Skizze, die Ziel und Weg beschreibt und die die Hoffnung begründet, dass wir etwas viel Besseres als den Kapitalismus schaffen können.

Thiemo Kirmse glaubt an die menschlichen Möglichkeiten. Seine Utopie soll nur eine von vielen sein. Detailliert und ausgemalt für eine geteilte Vision, soll sie vor allem Ideen liefern und zur Diskussion anregen.

Ist eine andere Welt möglich?
Viele andere Welten sind möglich!

Free21
Credible news mounted on paper

*Free21 veröffentlicht primär Texte freier Autoren und Journalisten, ergänzt um Bilder und einem ausführlichen Quellenverzeichnis und stellt diese gelayoutet und ausdruckbar im PDF-Format zur Verfügung. Aus einer Auswahl dieser Texte entsteht alle zwei Monate ein Magazin im PDF-Format, welches ebenfalls frei geteilt oder ausgedruckt werden kann.*

*Im Netz:* **www.free21.org**

Ein Projekt des Vereins zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. Informationen unter www.free21.org/verein

PDF

**Unterstütze Free21.org**
**Vereins-Spendenkonto:**

VzF unabh. journalist. Berichterstattung e.V.
**IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **GLS Bank,**
**BIC:** GENODEM1GLS, **Verwendungszweck:**
FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

# Free21 Researcher/in

## in ehrenamtlicher Mitarbeit gesucht!

Du bist kritisch, skeptisch, sattelfest in Rechtschreibung und dazu noch misstrauisch? Dann unterstütze uns mit Deinem Recherche-Talent! Bevor wir Artikel layouten und veröffentlichen, prüfen und korrigieren unsere Researcher die Texte unserer Autoren sowie die Links und Quellen auf Verfügbarkeit und sachliche Richtigkeit. Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an **research@free21.org!**

Unterstütze **Free21:** drucken – lesen – teilen – spenden: **www.free21.org**